M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Aktionen: Dritte Welt Handel
Darstellung und Kritik

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Nr. 59 Februar 77 DM 2.50

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761/74003.

Zusammengestellt von:
S. Bartels, R. Beckert, G. Cremer, M. Glatthaar, E. Gohl, K. Höweling. C. Jürgenmeyer, L. Klering, M. Mack, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Poschen, P. Riedesser, J. Rösel, R. Samela-Gohl, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, S. Stankowski, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, E. Wittmann, W. Witzel, E. Zeller.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon 17618

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377. 047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland:DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Euopa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/FR 2,50/S 17,–

Nachrichten und Kurzberichte

Lateinamerika

MEXIKO
(Siehe Hintergrundinformation iz 51, 55, 56)
In dem nordwestlichen Bundesstaat Sonora hatten landlose Bauern im Oktober vorigen Jahres Latifundien besetzt. Die bewaffneten Bauern forderten die Enteignung des Großgrundbesitzes, der zwar gesetzlich verboten ist, aber trotzdem offiziell geduldet wird.
Der damalige Präsident Echeverria, schwankend in seiner Einstellung den Bauern gegenüber, entschied dieses Mal, daß das besetzte Land enteignet und an die Bauern verteilt werden sollte. Durch diese Entscheidung in den letzten Tagen seiner Amtsperiode wollte Echeverria sich noch einen guten Namen bei den Bauern verschaffen.
Die mit den Großgrundbesitzern verbündeten Industriellen des Landes beschlossen daraufhin, einen „Proteststreik" und Boykottmaßnahmen durchzuführen. Einen Tag lang wurden in den größten Städten die Läden und Fabriken stillgelegt. Aus diesen Kreisen sollen auch die Gerüchte stammen, daß Echeverria einen Staatsstreich vorbereite.
Der Protest der Unternehmer richtete sich auch gegen die Wirtschaftspolitik der Echeverria-Regierung. Nach zweimaliger Abwertung des Peso (im August und Oktober) hatte die mexikanische Währung rund die Hälfte ihres Wertes gegenüber dem Dollar verloren. Die Reichen des Landes tauschten ihre Pesos daraufhin panikartig in US-Dollar um, so daß die Kapitalflucht innerhalb kurzer Zeit 400 Mio US-Dollar betrug (Le Monde 1. 12. 1976). Durch diese Kapitalflucht sollte nebenbei die Wirtschaftskrise des Landes noch verschlimmert werden, um der Regierung die „sozialistische und kommunistische Tendenzen" aufzeige, ihre Unfähigkeit „nachzuweisen". (Bezeichnenderweise soll Echeverria selbst zu denjenigen gehören, die ihre Gelder in Dollar umtauschten.)
Der neue Präsident Lopez Portillo, der die Wirtschaft durch Unterstützung privater inländischer und ausländischer Investitionen ankurbeln will, hält nichts von Landenteignungen. Seiner Ansicht nach soll die Agrarfrage anders gelöst werden – wie, das läßt er offen –, und so hob er den Enteignungsbeschluß seines Vorgängers gleich nach der Amtsübernahme auf. Es bleibt nur abzuwarten, wie lange die Bauern diese seit der Revolution von 1910 andauernde Schaukelpolitik noch hinnehmen wollen.

rsg

PERU
Weiterhin Ausnahmezustand
21.12.76 NfA / 13.12.76 Info aus Südamerika
Unter dem Schutz des seit Juli herrschenden Ausnahmezustandes sind die schon früher bereits zahlreichen Verletzungen bürgerlicher und sozialer Rechte in Peru inzwischen zum Regelfall geworden. Die Knebelung der (freilich noch nicht verbotenen) Gewerkschaften, die zahlreichen Verhaftungen von Gewerkschaftsführern, Studenten, Arbeitern und Bauern, sowie die gewalttätige Repression der Staatsorgane schaffen die idealen Voraussetzungen für die breite Offensive der Industrie, die Arbeitsplatzstabilität auszuheben, willkürliche Lohnkürzungen vorzunehmen und Produktionsänderungen ohne Rücksicht auf die sozialen Konsequenzen durchzusetzen. Dieser Vormarsch sowie die schrittweise Organisierung des Widerstandes von Seiten der Gewerkschaften und politischen Gruppen kennzeichnen die bisherige Entwicklung.
Die Politik der Militärs wird zunehmend klarer: Der Wirtschaftsminister nannte im Dezember als Ziele der künftigen peruanischen Wirtschaftspolitik u.a.: Förderung der nichtstaatlichen Wirtschaft; Förderung ausländischer Direktinvestitionen; Erhöhung der Exportproduktion. Folgerichtig wurde eine Komission eingesetzt, die prüfen soll, welche der 174 Staatsbetriebe (insges. etwa 120 000 Beschäftigte) reprivatisiert werden können.

Die Konsequenzen für die Arbeitnehmer zeichnen sich deutlich ab: Die Comunidad Industrial, das begrenzte Vermögensbeteiligungs- und Mitbestimmungsmodell für Beschäftigte in Mittel- und Großbetrieben (Einzelheiten: „blätter. . . " Nr. 36/37, S. 46), wird beschränkt: In Zukunft soll die Comunidad Industrial höchstens 1/3 des Betriebskapitals (bisher: 50 %) erreichen dürfen; damit ist garantiert, daß die Kapitaleigner in jedem Fall die Entscheidungsgewalt haben. Das sieht in der Praxis dann z.B. so aus: Die Textilfabrik Davila schleppte über Nacht alle Maschinen fort; 40 Arbeiterinnen standen daher von einem Tag zum anderen ohne Arbeit auf der Straße.
In allen Bereichen ist die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet. Allein im metallverarbeitenden Bereich meldete die Gewerkschaft über 200 gesetzwidrige Entlassungen (fast ausschließlich Vertreter der Gewerkschaften oder der Comunidades Industriales). In Lima wurden 400 städtische Arbeiter nach dem 1-Tag-Streik ihrer (regierungstreuen) Gewerkschaft entlassen.
Die Organisation des Widerstandes durch die Gewerkschaften und politische Parteien der Linken ist vor allem durch den Streik der Fischer vorangekommen. Die Fischfangindustrie wurde 1973 verstaatlicht. Jetzt soll sie in eine Vielzahl von Kleinunternehmen überführt werden. Das würde für die etwa 10 000 Beschäftigten der Fischerei den Verlust von Arbeitsplatzsicherheit und sozialen Rechten bedeuten. Daher traten die Fischer am 18.10.76 in den Streik. Die Reaktion der staatlichen Stellen war hart: Sämtliche Fischer wurden entlassen. Streikbrecher durften sich neu bewerben. Das Militär besetzte die größeren Fischereistädte (Chimbote; Huacho) und verhängte auch dort (wie in Lima) nächtliches Ausgehverbot. Brutale Einsätze auch gegen Frauen und Kinder der Fischer, Abstellen der Licht- und Wasserversorgung für die Fischer-Siedlungen, sowie ungenügende Lebensmittelversorgung durch die staatliche Vermarktungsgesellschaft EPSA, das alles soll die Fischerfamilien in die Knie zwingen. Die Streikfront ist dadurch zwar schwächer geworden, aber auch am 50. Streiktag (ohne Streikkasse!) noch nicht besiegt.
Die zunächst nur zögernde Solidarität der anderen Gewerkschaften fand ihren Niederschlag jetzt in einem nationalen Kampfkomitee, dem sich jedoch vorerst nur die CCP sowie die Gewerkschaft der Metaller, der Minenarbeiter, der Bier- und Versicherungsarbeiter angeschlossen haben. Die Linke in Peru ist derzeit zu stark zersplittert, um einheitlich gegen die Repression vorzugehen.





Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt die Regierung
Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FEST) unterstützt in Lateinamerika eine Reihe von Projekten; Peru ist dabei Schwerpunktland. Anfang November reiste der Vizepräsident der Bank für Gemeinwirtschaft und Mitglied des Verwaltungsrats der FEST, Hoffmann, durch Peru. Gegenüber Journalisten sprach Hoffmann dabei von der Richtigkeit der jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen; er lobte den peruanischen Realismus und betonte das Ansehen der peruanischen Regierung. Diese Äußerungen wurden von der staatlichen Presse groß herausgestrichen. Der Tenor der Kommentare dazu war: Sogar die großen internationalen Banken (BfG) und sozialdemokratische Institutionen (die BfG wurde ausdrücklich als Gewerkschaftsbank vorgestellt) billigen und unterstützen gerade jetzt den Kurs von Peru.

Der Lima-Chef der FEST, Kerbusch, sprach am 6.12.76 lobend über das „Vorbild Peru bei der Durchführung struktureller Reformen und der Verringerung von Abhängigkeit"; die FEST sei stolz, hierzu einen kleinen Beitrag zu leisten. . . .Diese Ausführungen wurden als Tageskommentar von allen Radiostationen Limas gesendet.

wawi

POLITISCHE GEFANGENE IN PERU

Der seit dem 2. Juli 1976 andauernde Ausnahmezustand, die gleichfalls fortbestehende Ausgangssperre in den Nachtstunden und die Außerkraftsetzung der konstitutionellen Bürgerrechte haben inzwischen zu einer auf über 100 angestiegenen Zahl von Todesopfern geführt. Darüber hinaus sind in den vergangenen Monaten hunderte von Gewerkschaftern, Anwälten, Studenten, Journalisten, Intellektuellen und Bauern verhaftet und in wenigen Fällen vor Gericht gestellt oder ins Ausland abgeschoben worden. Es zeigt sich, daß die Regierung in der Behandlung ihrer Opfer unterschiedlich vorgeht. Unbekannte Arbeiter Bauern und Studenten verschwinden in den Gefängnissen und Verhörzellen der Geheimpolizei, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas erfährt. Bekannten Gewerkschaftsführern, Rechtsanwälten oder Journalisten hingegen wird oft eine andere Behandlung zuteil: sie werden nach einiger Zeit der Haft ins Ausland abgeschoben. Insbesondere sind in der letzten Zeit die wenigen Rechtsanwälte davon betroffen, die sich gerade in verantwortungsvoller Weise als Rechtsbeistand für die Verteidigung politisch Verfolgter oder die Durchsetzung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte in den Arbeitskämpfen einsetzten. Mit ihrer Verhaftung und Deportierung versucht die Militärjunta ein wichtiges Glied in der Kette der Ankläger des bestehenden Regimes zu treffen. Deshalb ist innerhalb der Solidaritätskampagnen für die politischen Gefangenen in Peru diesem Personenkreis besondere Beachtung beizumessen.



Der im folgenden aufgeführte Fall ist typisch für die zahlreichen anderen Gefangenen und Deportierten Perus. Wir hoffen, daß alle diejenigen, die sich gegen ungesetzliche Verfolgung und Gefangennahme, gegen Folter und Zwangsdeportation wenden, einen Protestbrief an die angeführten Adressen in Peru schicken.
Die Chance, auf diese Weise Einfluß auf die peruanischen Machthaber zu nehmen ist vergleichsweise groß, da die Militärs immer noch relativ sensibel auf ihr Ansehen im Ausland (insbesondere in den Kreditgeberländern wie der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den USA) reagieren.

DANIEL RAYMOND SANABRIA LEVANO

Student der Volkswirtschaft an der Uni San Martin de Porres. Bauer und Bürgermeister in seiner Gemeinde Catahuasi in der Provinz Yauyos, verheiratet und Vater von 2 Kindern, Präsident der Konvention von 74 Comunidades Campesinas in Yauyos und Canete.
Sanabria steht unter der Anklage, einen Angriff gegen die Streitkräfte unternommen zu haben, in dessen Folge der Tod eines Polizeibeamten zu beklagen war. Nach dem geltenden Gesetz steht darauf die TODESSTRAFE.
In dem uns vorliegenden Schreiben seines RA Cesar Arturo Uceda Solis weist dieser darauf hin, daß sein Klient zwei Monate keinen Kontakt zu seiner Familie und zu seinem RA aufnehmen durfte, er gefoltert und ihm Unterschriften unter Erklärungen abgezwungen wurden, die letztlich in verschlüsselter Form das Eingeständnis zum Mord enthielten.
Der Gipfel in der Behandlung dieses Falles ist in der richterlichen Struktur dieses Prozesses zu sehen: eine Polizeibehörde („Segunda Zona Judicial de Policia de Lima – 2° Juzgado") entscheidet den Fall und ist damit zugleich Prozeßbeteiligter und Rechtsprechende Instanz, denn die Richter sind hohe Polizeibeamte!
Der betreuende RA verfügt über gutes Beweismaterial für die Unschuld seines Mandanten und wünscht, daß der ganze Fall so offen wie möglich diskutiert wird.

Wir möchten Sie eindringlich bitten, in diesem Fall besonders schnell zu reagieren, da in Peru nach den derzeit gültigen Gesetzesdekreten zwischen der Urteilsverkündung und ihrer Vollstreckung nur 48 Stunden liegen. Eine Einflußnahme auf das Gericht noch vor dem Richterspruch ist deshalb erforderlich.

Protestbriefe auf deutsch oder spanisch, die die Freilassung von **Daniel Raymond Sanabria Levano** verlangen, sind zu richten an:

1. **Presidente de la Republica del Peru**
   Gral. Div. EP Francisco Morales Vermudez Cerrutti
   Palacio del Gobierno, LIMA, Peru

2. **Ministro del Interior**
   Gral. Brigada EP Luis Cisneros Vizquerra
   Ministerio del Interior, Prolg. Av. E. Cantaval Moreyra, LIMA, Peru

3. **Presidente del Corte Suprema del Peru, Palacio del Justicia, LIMA, Peru**

4. **Arzobispo de Lima y Cardenal Primado del Peru, Juan Landazuri Rickets**
   Arzobispado de Lima, Carabaya, LIMA, Peru

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN
24. 12. (NZZ) / 31. 12. (Le Monde, FR)

NEUE REPRESSIONSWELLE
vgl. Heft Nr. 57

Mit einer neuen Repressionswelle hat die äthiopische Militärregierung der sozialistischen Opposition, insbesondere der EPRP, den offenen Krieg erklärt. Massenverhaftungen und -erschießungen sind in allen Landesteilen an der Tagesordnung.
In ihrem Kampf gegen die revolutionären Kräfte wird der Charakter der Militärregierung als Vertreter der Interessen des amerikanischen Imperialismus und des einheimischen Bürgertums immer deutlicher.
Es ist jedoch abzusehen, daß die äthiopische Revolution die Machtbasis der Regierung so weit aushöhlen wird, daß sie entweder fällt oder auf weitere massive ausländische Hilfe zurückgreifen muß.
Verschiedene Maßnahmen der Regierung zur Durchführung ihres eigenen Reformprogrammes sind durchaus positiv zu bewerten. So werden große illegal oder in der Feudalzeit angehäufte Barguthaben durch die Einführung einer neuen Währung (ähnlich wie in Angola oder Vietnam) entwertet. Meist dienen die Maßnahmen jedoch, wie z. B. die Schulreform und die Aufstellung von Milizen, vor allem der Stärkung der Machtbasis der Militärregierung. Sie will die sich zuspitzende revolutionäre Situation in den Griff bekommen, indem sie sich den Forderungen der Bevölkerung anpaßt, scheint damit aber wenig Erfolg zu haben.
Die Bevölkerung nimmt immer mehr die Dinge in eigene Hand. Dort, wo äthiopischer (amharischer) Feudaladel im Bunde mit der Polizei riesige Ländereien anderer Völker besetzt hielt, ist die Landreform gleichzeitig antikolonialer Befreiungskampf. Mit den Großgrundbesitzern wird auch die Polizei verjagt; Genossenschaften werden gegründet, die vor allem der Selbstversorgung dienen (was zu einer Ernährungskrise in den Städten führt). Etwas Besonderes ließen sich die Bauerngenossenschaften in der Provinz Sorna Goba einfallen: sie zwangen ehemalige Feudalherren, die in die Stadt geflohen waren, zurückzukehren und auf dem Land zu arbeiten, anstatt in der Stadt in reaktionärer Weise politisch tätig zu sein (12. 11., Ethiopian Herald).
Emanzipationsbewegungen gibt es überall: Priester kämpfen gegen die Kirchenhierarchie, Arbeiter gegen Kapitalisten, Mieter gegen Vermieter, Schüler und Frauen gegen mittelalterliche Lebensformen.
Die meisten Kämpfe entwickeln sich von der Basis aus ohne Koordination. Dennoch ist der politische Einfluß der EPRP stark. Die EPRP hat als erstes Ziel auf dem Weg zu einem sozialistischen Äthiopien eine Volksfrontregierung anstelle einer Militärherrschaft im Auge. Dies würde auch eine stärkere Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Äthiopiens bedeuten.
Ein Sieg der EPRP ist auch die Hoffnung der eritreischen Befreiungsbewegungen, weil dies voraussichtlich das Ende des äthiopischen Vernichtungsfeldzugs gegen die Eritreer bedeuten würde. Obwohl in Eritrea aufgrund der äthiopischen Bombardements Hunger herrscht, wächst die Kampfkraft der Befreiungsarmeen. Immer wieder werden äthiopische Truppen eingekesselt und vernichtet. Weltweites Aufsehen erregte die Flucht eines Truppenteils aus dem

Schwerpunkt der gegenwärtigen Kämpfe dem Gebiet um Keren in den Sudan. Deserteure aus der äthiopischen Armee verstärken die eritreischen Reihen; politisierte äthiopische Piloten verweigerten bereits den Kampfeinsatz in Eritrea.

ZENTRALAFRIKANISCHES REICH
13. 12. (FR) / 16., 22. 12. (Le Monde)
Kaiser Bokassa I.

Der zentralafrikanische Militärdiktator Bokassa, „Marschall" einer Armee von 3000 Soldaten, hat sich zum „Kaiser" der ca. drei Millionen Einwohner seines Landes gemacht. Welch eine Delikatesse für die westdeutsche Presse, für die Rassisten, die mit den Herren Smith und Vorster die Afrikaner für große Kinder halten, unfähig zu regieren, geschweige denn ohne ausländische Hilfe nach europäischen Zivilisationsnormen zu leben! Zwischen Bokasse I. und anderen Statthaltern des Neokolonialismus in Afrika bestehen indes nur Unterschiede im Herrschaftsstil; anders als viele in der europäischen Presse gelobte „maßvolle" Staatschefs betreibt er das Geschäft der Ausbeutung und Repression brutaler, chaotisch und äußerst dumm, den Herren Amin (Uganda) und Macias Nguema (Äquatorial Guinea) vergleichbar. Daß er in peinlicher Weise nicht nur zu Frankreich und zur Volksrepublik China, sondern auch zu Südafrika beste Beziehungen unterhält und sein Volk zu offen unterdrückt, hat ihn bereits vor seiner Selbstinthronisation bei seinen afrikanischen Kollegen in Verruf gebracht. Nicht daß er, ähnlich anderen afrikanischen Staatschefs, schmuggelt, Staatsgelder unterschlägt und in europäischen Immobilien investiert, ist der Skandal, sondern daß er dabei Diskretion und wirtschaftliche Voraussicht vermissen läßt.

Die europäische Presse, die weder die hunderttausende von Toten der kolonialen Repression in Afrika zur Kenntnis genommen hat noch die ehrliche Betroffenheit fortschrittlicher Afrikaner erwähnen will, hat ihren neuen Amin. Dabei ist Bokassa I. das Produkt fortdauernder europäischer Kolonialpolitik im EG-assoziierten Zentralafrika. Die alte und neue Kolonialmacht Frankreich hat die Bedingungen gesetzt, die eine Figur wie ihn möglich machen.

Zentralafrika, die ehemalige französische Ubangi-Schari-Kolonie, wurde seit ihrer Besetzung 1892 durch Konzessionsgesellschaften auf dem Wege unkontrollierter Raubwirtschaft ausgebeutet. Die willkürlich gezogenen Grenzen verlaufen so unsinnig, daß das Land ohne direkten Zugang zum Meer ist. Die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur ist jedoch immer noch die der Kolonialzeit, so daß das Land auf den Rohstoffexport und den Fertigwarenimport angewiesen ist. Der Transportweg zum Meer, über Lastwagen, Flußschiffahrt und Eisenbahn, erfordert dreifaches Umladen mit enormen Kosten für Fracht und Schwund. Die miserable innere Verkehrsstruktur ist durch die Mißwirtschaft der Militärdiktatur fast völlig zusammengebrochen. Wirtschaftlich bedeutete die Kolonialherrschaft für die Zentralafrikaner die Einführung der Weltmarktabhängigkeit ohne ausreichende Möglichkeit, den Markt zu erreichen. Frankreich als Haupthandels-„Partner" besitzt dadurch erdrückende Möglichkeiten wirtschaftlicher Einflußnahme. Die sozialen Folgen des Kolonialismus sind gleichermaßen verheerend. Das System der Unterdrückung, Zwangsarbeit und des Zwangsanbaus von Exportkulturen hat seine Spuren bis heute hinterlassen. Die alten Gesellschaftsstrukturen sind zerschlagen, hingegen hat der Kolonialismus, der das Land von Brazzaville (Kongo) her verwaltete, nicht einmal eine nennenswerte politisch bewußte Kleinbourgeoisie entstehen lassen. Die Schicht der Intellektuellen ist so dünn, daß die Regierungsbildung bei der „Unabhängigkeit" schon aus diesem Grunde einige Schwierigkeiten machte. Somit gibt es kaum einheimische politische Kräfte, die Bokassa I. hemmen könnten; außerdem macht der Mangel an qualifizierten Kadern das Land völlig von ausländischen „Experten" abhängig. as

---

Dienen Neger als Versuchskaninchen?

WHO: Pharma-Industrie testet ungeprüfte Medikamente in der dritten Welt

von unserem Korrespondenten Pierre Simonitsch

Genf, 13. Oktober. Klinische Versuche mit neuen Medikamenten, die in Europa und Nordamerika durch strenge gesetzliche Bestimmungen unterbunden sind, werden von der pharmazeutischen Industrie jetzt in den Entwicklungsländern durchgeführt. Diese Anschuldigung wurde auf einer in Genf abgehaltenen Expertentagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhoben. Angeblich werden in den Entwicklungsländern auch neue Heilmittel auf den Markt gebracht, die sich erst in einem frühen Untersuchungsstadium befinden.

Die Praxis, daß die Bewohner von Entwicklungsländern als Versuchskaninchen für die pharmazeutische Industrie der hochentwickelten Staaten dienen, ist anscheinend nicht ganz neu. „Seit einigen Jahren stellen wir die Tendenz fest, daß die Pharma-Industrie das Fehlen von Regelungen in den unterentwickelten Weltgegenden ausnutzt, um dort ihre Erzeugnisse zu testen", erklärt ein leitender Beamter der WHO zu den Vorwürfen, die auf einer WHO-Konferenz über den weltweiten Transfer von Heilmittelinformationen erhoben wurden.

In Genf wurde die Klage von Vertretern der Gesundheitsdienste des Sudan, Ghanas und Sri Lankas (Ceylon) vorgetragen. Die Teilnehmer der Konferenz stimmten überein, daß eine Harmonisierung der Reglemente in allen Staaten unternommen werden müsse, um einen Mißbrauch der Gesetzeslücken zu verhindern.

Die Gesundheitsdienste afrikanischer oder asiatischer Staaten nehmen hin, daß an ihrer Bevölkerung neue Medikamente erprobt werden, die spezifische Leiden ihrer Breitegrade bekämpfen. Unakzeptabel sei jedoch, wenn klinische Versuche mit Heilmitteln durchgeführt werden, die nur für Euopa und Nordamerika von Nutzen sind.

Auf der Genfer Tagung wurden keine konkreten Beispiele genannt, da die WHO keine einzelnen Firmen an den Pranger stellen wollte, heißt es, Es sei auch nicht erwiesen, daß die klinischen Versuche mit bestimmten Medikamenten in den Entwicklungsländern Schäden verursacht haben. Der Umstand sei aber unbefriedigend, wenn die Verschärfung der Heilmittelbestimmungen in den hochentwickelten Staaten dazu führt, daß die Tests jetzt in anderen Weltgegenden unternommen werden.

Die in Genf versammelten Experten fordern daher, daß die WHO diese Probleme durch geeignete Maßnahmen aus der Welt schafft.

(Frankfurter Rundschau)

KRAFTWERK-GROSSPROJEKT IN SÜDAFRIKA SISTIERT

Pretoria, 21. Nov. (dpa) Zum zweitenmal innert Wochenfrist hat Südafrika aus Mangel an Kapital ein Großprojekt auf unbestimmte Zeit zurückstellen müssen. Nach der am vergangenen Dienstag angekündigten Aufgabe eines Stahlwerkvorhabens der südafrikanischen Eisen- und Stahlvereinigung Iscor sieht sich nun auch die Elektrizitätsversorgungskommission Escom zum Verzicht auf das Projekt eines mit 1 Mia. Rd. (rund 2 Mia. Fr.) veranschagten Elektrizitätswerks gezwungen. Das Kraftwerk Ilanga im Osten der Provinz Transvaal mit einer geplanten Kapazität von 3600 MW hätte seine Elektrizität hauptsächlich in die Provinz Natal liefern sollen.

Neue Zürcher Zeitung

Südliches Afrika

STRUKTURDATEN NAMIBIA

Quellen:
blätter des iz3w Nr. 48, S. 34ff
Die Industrie, Nr. 45, 5. 11. 76, S. 24f
Namibia-Flugblatt der AAB (Bonn)
Fischer Weltalmanach FR 21.12.76

Fläche: 824 276 km^2

Einwohner: ca. 852 000. Namibia ist also mit etwas mehr als einem Einwohner pro Quadratkilometer eins der am dünnsten besiedelten Länder der Erde.

Die wichtigsten Bevölkerungsgruppen (Schätzung 1974):

Ovambos	396 000	(46,5%)
Weiße	99 000	(11,6%)
Damaras	75 000	(8,8%)
Hereros	56 000	(6,6%)
Kavangos	56 000	(6,6%)
Namas	37 000	(4,3%)
Mischlinge	32 000	(3,8%)
Caprivians	29 000	(3,4%)
Buschmänner	26 000	(3,0%)
Rehoboth-Basters	19 000	(2,2%)
Kaokolander	7 000	(0,8%)
Tswana	5 000	(0,6%)

Die meisten afrikanischen Gruppen sind gezwungenermaßen in bestimmten Landesteilen seßhaft. Das südafrikanische Rassenregime hat das Land 1968 in zehn kleine „Bantustans" und ein weißes „Homeland" aufgeteilt, das etwa zwei Drittel der Gesamtfläche ausmacht. Aufgrund der willkürlichen Grenzziehung durch die Kolonialmächte wurde seinerzeit das Ovambogebiet geteilt, so daß ein Teil dieses Stamms in Angola ansässig ist. Von den Weißen sind etwa ein Drittel (35 000) deutschstämmig. Davon besitzen ca. 10 000 die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Hauptstadt

Windhuk wird großenteils deutsch gesprochen. Während die meisten deutschstämmigen Weißen Farmer oder Geschäftsleute sind, handelt es sich bei der Afrikaans sprechenden weißen Bevölkerung aus Südafrika (etwa 50 000) überwiegend um Beamte, Soldaten, Verwaltungsfachleute etc.

Landschaft, Klima, Bodenschätze:

Große Teile Namibias sind Wüste (Namib, Kalahari) bzw. Steppe. Das Klima ist außerordentlich trocken. Im Gegensatz zum Wasser gibt es Bodenschätze in Hülle und Fülle: Diamanten, Kupfer, Eisen, Blei, Beryll, Vanadium, Zink, Zinn, Lithium, Magnesium, Wolfram und vor allem Uran. Die Bodenschätze finden sich fast alle im „weißen" Gebiet. Vor der Küste Namibias gibt es reiche Fischvorkommen.

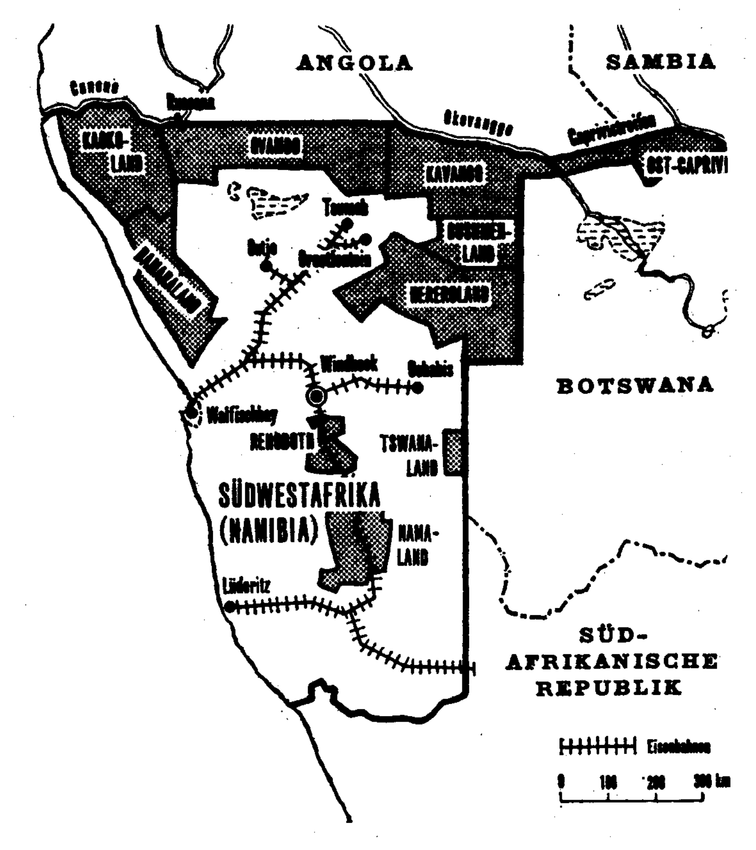
Wirtschaft, Eigentumsverhältnisse:

Namibias Wirtschaft umfaßt vor allem die Sektoren Bergbau, Viehzucht und Fischerei. Eine verarbeitende Industrie ist erst im Aufbau; sie produziert in erster Linie Lebensmittel (Fisch- und Fleischverarbeitung).

Der Bergbau ist in den Händen großer internationaler Konzerne: de Beers, Newmount Mining, American Climax, Anglo-American u.a. Das profitträchtigste Bergbauprojekt liegt bei Roessing, wo über Tage Uran abgebaut wird. An diesem Projekt ist neben General Mining, Rio Tinto u.a. auch die Deutsche Urangesellschaft beteiligt. Bis 1980 sollen dort 5 000 Tonnen Uran im Jahr gewonnen werden. Die Produktion beläuft sich heute schon auf etwa die Hälfte davon.
In der Viehzucht spielen Rinder (im Norden) und Karakulschafe (im Süden) die größte Rolle. Die reichsten Landbesitzer in Namibia sind die deutschstämmigen Weißen. Ihre Farmen sind bis zu 50 000 Hektar groß. (Das ist mehr als die Fläche von West-Berlin.) Nach Angaben des ehemaligen UN-Kommissars für Namibia, Sean McBride, besitzen sie zusammen 67% des gesamten Grund und Bodens der ehemaligen deutschen Kolonie.
Die Fischerei ist in Walvis Bay konzentriert. Walvis Bay gehört offiziell nicht zu Namibia, sondern ist unmittelbar südafrikanisches Territorium.

Geschichte

Von 1884 ab war Namibia als „Deutsch-Südwestafrika" deutsche Kolonie. Die damalige Kolonialmacht war noch brutaler gegenüber der afrikanischen Bevölkerung als die heutige. Als der Stamm der Hereros sich 1904 mit Waffengewalt gegen den Landraub und die Diskriminierung durch die Deutschen zu wehren versuchte, wurde er von den überlegen bewaffneten Truppen Wilhelms II. nahezu ausgerottet. „Wie ein halb zu Tod gehetztes Tier war der Feind von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht worden, bis schließlich die wasserlose Omahek-Wüste vollenden sollte, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Herero-Volkes." (Aus einem Bericht des deutschen Generalstabs 1904).
1915 wurde Deutsch-Südwestafrika von südafrikanischen Streitkräften besetzt



und 1920 - nach der Niederlage des Deutschen Reichs im Weltkrieg I - vom Völkerbund (Vorläuferorganisation der UNO) der Republik Südafrika als Mandat übergeben. Südafrika verleibte sich Namibia praktisch ein. Es übertrug das unmenschliche Apartheid-System dorthin. Die Weißen in Namibia entsenden Abgeordnete in die politischen Institutionen der Republik Südafrika. Daraufhin entzog 1966 die UNO-Vollversammlung Südafrika das Mandat, 1967 beschloß sie die Einführung einer UNO-Verwaltung (UNO-Rat mit einem UNO-Kommissar) für Namibia. Die Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO (South West Africa Peoples Organisation), die vor allem im Norden des Landes einen bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Besatzerregime führt, wird von der UNO seit 1973 als rechtmäßige Vertreterin der Bevölkerung von Namibia anerkannt.
Faktisch ist Namibia jedoch immer noch unter südafrikanischer Herrschaft. Die RSA erkennt die Zuständigkeit der UNO und die diesbezüglichen Entscheidungen des internationalen Gerichtshofes nicht an und hat - aufgrund massiven Polizei- und Militäreinsatzes - Gewalt über die größten Teile des Landes. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, daß die USA, Frankreich und Großbritannien ihr Veto-Recht im Sicherheitsrat dazu benutzen, materielle UNO-Sanktionen gegen die RSA wegen ihrer Namibia-Politik zu verhindern. Die Befreiung der Nachbarstaaten Mozambique und Angola vom portugiesischen Kolonialismus sowie der Legitimationsdruck, der von seiten der demokratisch orientierten Weltöffentlichkeit auf den westlichen Industrieländern ruht und von diesen an die RSA weitergegeben wird (Kissinger-„Missionen"), haben das Vorster-Regime in den letzten Jahren zu kosmetischen Korrekturen seiner Namibia-Politik veranlaßt: Vorster berief für September 1975 eine nach Rassen und Volksgruppen zusammengesetzte „Verfassungskonferenz" nach Windhuk ein („Turnhallenkonferenz"), deren 156 Teilnehmer - zumeist Vertreter der Stammesaristokraten, die als verläßliche Parteigänger des Vorster-Regimes gelten und größtenteils nicht einmal gewählt wurden - hinter ver-

schlossenen Türen eine formal unabhängige Föderation unter südafrikanischer „Schirmherrschaft" schaffen sollen, in der überdimensionale weiße Bundesstaat natürlich die Übermacht haben würde.

Die SWAPO lehnt eine Teilnahme an den Turnhallengesprächen - zu denen sie im übrigen auch garnicht zugelassen ist - entschieden ab und fordert stattdessen den Abzug aller RSA-Besatzungstruppen sowie eine echte Verfassungskonferenz, deren Mitglieder durch allgemeine und freie Wahlen in ganz Namibia bestimmt werden.

Lage der afrikanischen Bevölkerung

Die afrikanische Bevölkerungsmehrheit wurde aus ihrem eigenen Land vertrieben. Sie muß in den unfruchtbaren kleinen Bantustans leben, während die weiße Minderheit (12% der Bevölkerung) die fruchtbarsten und rohstoffreichsten zwei Drittel des Landes bewohnt und bewirtschaftet. Um in den Bantustans nicht zu verhungern, kommen jährlich 44 000 Wanderarbeiter ins „weiße" Gebiet, wo ihnen Niedrigstlöhne - etwa ein Zwölftel des Lohns eines Weißen - bezahlt werden. Streikrecht haben sie nicht. Während des Arbeitsaufenthaltes leben die schwarzen Arbeiter zusammengepfercht in Lagern, getrennt von ihren Familien. Eine Gesundheitsfürsorge findet praktisch nicht statt: im südlichen Afrika kommt auf 440 000 Schwarze ein Arzt, bei den Weißen werden 400 Personen von einem Arzt betreut. Hinzu kommt die offizielle staatliche Unterdrückung der Afrikaner und ihrer politischen Organisationen: Diskriminierende Paßgesetze schränken die Bewegungsfreiheit ein, die SWAPO ist verboten und wird erbittert verfolgt.

NAMIBIA

Fortgang der „Turnhallen"-Konferenz

SZ 22.10.76/ AK Dez. 76/ NZZ 19.12., 29.12.76

Im Oktober drohte die von Vorster einberufene „Verfassungskonferenz" der weißen und schwarzen Bourgeoisie in Windhuk zu platzen: Die Stammesabordnungen der Damaras und der Tswanas sowie die Vertreter der Mischlinge zogen zeitweise aus. Der Grund war allerdings nicht, daß diese Abordnungen auf eine konsequent die Unabhängigkeit Namibias fordernde Politik umgeschwenkt wären, sondern die Konkurrenz zwischen weißer und schwarzer Bourgeoisie um Privilegien: Vorster hatte sich mit den weißen Delegierten getroffen und diese hatten sich geweigert, den nicht-weißen Delegationen darüber Näheres mitzuteilen.

Auch innerhalb der weißen Delegation und der regierenden nationalen Partei gibt es Spannungen: Der offen reaktionäre Flügel der weißen Bourgeoisie („Verkrampte") hinter dem Wortführer Eben van Zyl fordert die endgültige formale Integration Namibias in die RSA bei unveränderter Beibehaltung des heutigen Apartheid-Systems. Der „liberale" Flügel hinter dem Konferenz-Präsidenten Mudge ist hingegen bereit, die Zugehörigkeit zu Südafrika und gewisse Vorrechte der Weißen formal aufzugeben. Mit ihm hat sich die schwarze Oberschicht bei den „Turnhallen"-Gesprächen verbündet, denn sie - sicher nicht die Masse des namibischen Volkes - würde von der Verwirklichung dieses Konzeptes profitieren.

Die bürgerliche Presse in Europa und den USA hofft, daß der Widerstand der „Verkrampten" gegen die von Vorster vorgeschlagene und von Mudge vertretene „Lösung" (formale Unabhängigkeit als Bundesstaat, formale Rechte für die Afrikaner, aber weiterhin alle wirtschaftlichen Vorteile für die Weißen, weiterhin Ausbildung der Polizei und des Militärs durch die RSA) möglichst bald aufgegeben wird. Denn nur dies könnte zu einem Erfolg der Turnhallen-Konferenz führen und nur ein solcher Erfolg ließe die Hoffnung, daß statt des radikal auf Unabhängigkeit bestehenden Konzepts der SWAPO, das den ausländischen Konzernen und den weißen Siedlern ihre Profitmöglichkeiten beschneidet, ein pseudodemokratisches Konzept sich durchsetzt, das im Grunde alles beim alten ließe.

Daß in der südafrikanischen Presse behauptet wird, auch Prominente der SWAPO nähmen an der Verfassungskonferenz teil und nur eine verschwindende Minderheit von SWAPO-Mitgliedern führe den bewaffneten Unabhängigkeitskampf weiter, ist Wunschdenken in d ieselbe Richtung und zu demselben Zweck. In Wirklichkeit hatten die angeblichen SWAPO-Prominenten auf der Konferenz ihre Positionen innerhalb der Organisation bereits vor 5 bis 15 Jahren abgeben müssen. Sie wurden wegen Veruntreuung von Geldern aus der Befreiungsbewegung ausgeschlossen.

BRD verteidigt Privilegien der Namibia-Deutschen

SZ 29.10.76/FR 20.11.,21.12.,31.12.76 /NZZ 17.12., 24.12.76

Sean Mc Bride, irischer Friedensnobelpreisträger und UNO-Kommissar für Namibia, wurde in dieser Funktion zum Jahresende programmgemäß durch den Finnen Martii Ahtisaari abgelöst. Mc Bride appellierte im November in einem Interview des Südwestfunks an die Bundesrepublik, sich rechtzeitig darüber Gedanken zu machen, was mit den Deutschen geschehen solle, die nach der Unabhängigkeit Namibia verlassen wollen. Er stellte fest, daß die Deutschen zwar auch nach der Unabhängigkeit in Namibia willkommen sein würden, daß sie aber Land an die Schwarzen abgeben und sich den veränderten Bedingungen eines unabhängigen afrikanischen Staates anpassen müßten. (Ähnlich wie in Lateinamerika sind auch in Namibia viele Auslandsdeutsche ausgesprochen rassistisch, wenn nicht offen faschistisch eingestellt, so daß diese Anpassung in den meisten Fällen höchst schwierig sein dürfte.)

Die Äußerungen McBrides wurden in Bonn heftig kritisiert. Man solle doch die Vertreibung von Menschen nicht herbeireden. Anstatt der Forderung der SWAPO nachzukommen, das deutsche Konsulat in Windhuk zu schließen, um den Prozeß der Unabhängigkeit zu beschleunigen, behauptet das Auswärtige Amt einfach, die Äußerungen des UNO-Kommissars seien für die Unabhängigkeit wenig förderlich und liefen auch den politischen Bestrebungen der SWAPO entgegen.

Im Verborgenen hat das BRD-Konsulat in Windhuk gleichwohl begonnen, die Deutschen in Namibia zu registrieren. Die Namibia-Politik der Bundesregierung ist also real bestimmt einerseits von dem Bemühen, die Privilegien und Profite der deutschstämmigen Siedler und Firmen so lange wie möglich zu verteidigen, andererseits von der Gewißheit, daß sie sich wegen des entschlossenen Unabhängigkeitskampfes der SWAPO nicht ewig werden verteidigen lassen. Beteuerungen, die BRD-Regierung unterstütze die Bestrebungen der Afrikaner Namibias um Gleichberechtigung und Unabhängigkeit, sind offensichtlich Lippenbekenntnisse.

Die Situation der SWAPO

SZ 22.10., 28.10., 23.12.76/ AK Dez. 76/ NZZ 19.12., 29.12. 76/ FR 21.12.76

Als Antwort auf die Abwiegelungsstrategie Vorsters versucht die SWAPO, den bewaffneten Kampf zu verstärken. Sie bemüht sich um eine bessere Bewaffnung und ist zu diesem Zweck in Verhandlungen mit den „sozialistischen Staaten" getreten. Der SWAPO-Vorsitzende Sam Nujoma hat zu demselben Zweck Kuba besucht.

Der Guerilla-Kampf der SWAPO konzen-

OFFENER BRIEF

An den
DGB-Bundesvorstand
4000 Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) beschloß auf seiner Sitzung vom 25.11.1976 einstimmig, die Woche ab Montag, dem 17. Januar 1977, für eine gemeinsame gewerkschaftliche Protestaktion gegen das südafrikanische Apartheidsregime vorzusehen. Er stellte fest, daß diese Aktion umfassen soll: „Großveranstaltungen, Presse-, Rundfunk- und Fernsehinterviews mit afrikanischen Persönlichkeiten aus der Republik Südafrika, Verbreitung von Informationsmaterial und industrielle Aktionen zum Zeichen des Protests gegen das Apartheidsregime." Ferner beschloß der IBFG, daß diese Aktion einschließen soll: „Die Nichtabfertigung von südafrikanischen Flugzeugen und Schiffen sowie ein Boykott des Ladens und Löschens von Waren nach oder aus Südafrika." Er empfahl außerdem, daß ein „totaler Konsumentenboykott für dieselbe Woche überlegt werden soll."
(Aus: 'Circuler No 56/1976 des IBFG)

Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) hat diesem Beschluß – nach ursprünglicher Ablehnung – zugestimmt. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, beschränkt er sich bei der Durchführung dieser Aktions- und Boykottwoche allerdings darauf, eine Pressekonferenz am 19.1.1977 in Bonn abzuhalten. Auf alle übrigen vorgesehenen Aktionsformen verzichtet der DGB. Dies erscheint uns vollkommen unzureichend, um dem Anliegen des Beschlusses nachzukommen. Wir haben den Eindruck, daß der DGB sich – nachdem er dem Beschluß nur zögernd zugestimmt hat – nun mit möglichst wenig Aufsehen aus einer Angelegenheit davonschleichen will, die er politisch nicht ernsthaft unterstützt.

Wir fragen deshalb den DGB-Vorstand:

– Unterstützt der DGB tatsächlich den Beschluß des IBFG, eine Boykottwoche gegen Südafrika durchzuführen?

– Wie gedenkt der DGB den Kampf der südafrikanischen Arbeiter um ihre Rechte und ein menschenwürdiges Leben konkret zu unterstützen?

In Südafrika leben knapp 25 Millionen Menschen; etwa 4 Millionen Weiße, 18 Millionen Afrikaner, sowie Mischlinge und Asiaten. Die weiße Minderheit unterdrückt die afrikanische Mehrheit wirtschaftlich, politisch und militärisch. 77 % der Afrikaner haben ein EINKOMMEN UNTER DER ARMUTSGRENZE! Ihr monatlicher Lohn liegt im Durchschnitt bei 55 Rand (etwa 140,– DM), während er bei den Weißen bei 500 Rand liegt. (Angaben des südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen; in 'Survey' 1974) Für die gleiche Arbeit erhält ein Afrikaner bei gleicher Qualifikation einen Lohn, der wesentlich unter dem des weißen Kollegen liegt.
Internationale Firmen und Konzerne, viele davon aus der Bundesrepublik Deutschland profitieren von diesen für sie günstigen Bedingungen, die ihnen der Apartheidsstaat bietet. Sie zahlen Löhne weit unter dem Existenzminimum. Eine LISTE DEUTSCHER FIRMEN ergab, daß AEG 68 % seiner schwarzen Belegschaft Löhne unter dem Existenzminimum bezahlte. Bei BASF waren es 55 %, Bei Daimler-Benz 70 %, Farbwerke Hoechst 65 %, bei Bayer mindestens 55 % genauso wie im Volkswagenwerk. (Diese Liste wurde von der SPD-Bundestagsabgeordneten Frau L. von Bothmer zusammengestellt. Stichtag: 31. Januar 1973).

Um Höchstgewinne zu erzielen, nuten diese Firmen die Lage der Afrikaner aus, denen das Wahlrecht, die Organisationsfreiheit, die Pressefreiheit und andere Grundrechte vorenthalten werden. Afrikanische Organisationen, die für politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Südafrikaner eintreten, sind entweder verboten oder können nicht arbeiten. „Afrikanische Gewerkschaften sind nicht verboten, aber es ist faktisch unmöglich, daß sie tätig werden." (Aus einem Interview mit dem Generalsekretär der südafrikanischen Gewerkschaften, Mark Shope, in: 'Der Gewerkschaftler' 5/74) Nach einem 1953 verabschiedeten Gesetz können streikende Afrikaner mit einer hohen Geldstrafe belegt oder für 3 Jahre eingesperrt werden. Trotzdem erheben sich die schwarzen Südafrikaner, streiken für politische Rechte, höhere Löhne und menschenwürdigere Arbeitsbedingungen.

Der Apartheidsstaat reagiert mit Gewalt.

In dieser Situation kann der Widerstand gegen das südafrikanische Regime nur wirksam sein, wenn

– er Maßnahmen umfaßt, die es materiell treffen. Moralische Apelle gegen die Apartheid bleiben unwirksam, weil die rassistische Unmoral des Vorster-Regimes die Funktion hat, materielle Vorteile der herrschenden weißen Klasse und der ausländischen Firmen zu schützen.

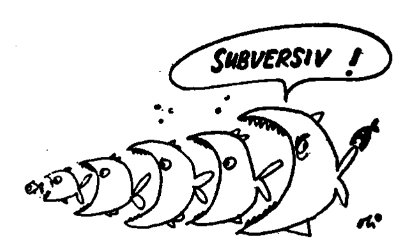
– Der Kampf der südafrikanischen Bevölkerung gegen Elend und Entrechtung international unterstützt wird. Die Arbeiter Südafrikas haben selbst keine faktische Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre berechtigten Interessen durchzusetzen. Die großen Konzerne arbeiten mit weltweiter Strategie an der Realisierung ihrer Gewinne. Deshalb ist Solidarität mit dem Widerstand in Südafrika notwendig.
„Wenn die Arbeiter bei Siemens oder im Volkswagenwerk verlangen, daß die afrikanischen Arbeiter in den Niederlassungen in Südafrika genauso behandelt werden wie die Arbeiter in Deutschland, dann würden sie uns in unserem Kampf um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr helfen". (nochmals aus dem Interview mit Mark Shope, in: „Der Gewerkschaftler' 5/ 74).

– die internationale Unterstützung von den Werktätigen ausgeht. Die ausländischen Firmen, die dank des Vorster Regimes große Gewinne aus Südafrika holen, und die Regierungen der westlichen Länder, die die Interessen dieser Firmen zu vertreten haben, können an einer Beseitigung der unterdrückerischen Verhältnisse in Südafrika allenfalls verbal interessiert sein. Es wäre falsch, im Widerstand gegen das Apartheid-Regime auf sie zu setzen.

Der Beschluß des IBFG erfüllt diese drei Bedingungen: er sieht materiell wirksame Aktionen (Streiks und Boykotte) vor, er ruft die Gewerkschaften aller Mitgliedsländer zur Beteiligung auf und er wendet sich in erster Linie an die Werktätigen und ihre Organisationen und nicht an Regierungen oder andere staatliche Institutionen. Wir halten ihn deshalb für ein geeignetes Mittel, um konkrete Solidarität mit der afrikanischen Bevölkerung der Republik Südafrika zu üben.

Wir wollen an dieser Stelle daran erinnern, daß Heinz O. Vetter vor einigen Jahren darauf hinwies, „daß ein gemeinsames Gegenüber die Situation der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit der Lage der südafrikanischen Arbeiter immer verbindet. Es sind die gleichen Unternehmen, mit denen die deutschen Gewerkschaften hierzulande um jeden Pfennig Stundenlohn und um Mitbestimmungsrechte kämpfen müssen, die dort den schwarzen Arbeitern Hungerlöhne zahlen und Gewerkschaftsrechte vorenthalten.

Aktion Dritte Welt e.V.



triert sich bisher im wesentlichen auf den Norden des Landes und hier wieder besonders auf das Ovambo-Gebiet. Bei den Ovambos hat die SWAPO traditionellerweise ihre Hauptbasis. Durch den Sieg der MPLA in Angola fällt es der SWAPO heute wesentlich leichter als früher, ihre Kader auszubilden und ihren Nachschub zu sichern. Nachdem die SWAPO früher hauptsächlich mit der UNITA zusammengearbeitet hatte, ist sie neuerdings ein enges Bündnis mit der MPLA eingegangen. Die MPLA-Regierung unterstützt die SWAPO nach Kräften.
Das Bündnis mit der MPLA bringt aber auch Schwierigkeiten für die SWAPO mit sich: Die UNITA hat bei der Ovambo-Bevölkerung in Südangola immer noch einen gewissen Rückhalt. (Dies war auch der Grund für die Zusammenarbeit zwischen SWAPO und UNITA.) Da die UNITA der SWAPO aber heute (eben wegen deren Bündnis mit der MPLA) den Kampf angesagt hat, scheint es zu Konflikten an der Basis zu kommen. Die SWAPO betreibt angesichts solcher Probleme eine Politik, die bewußt Stammesschranken zu überwinden versucht. Z.B. ist sie im Dezember 76 aus dem Bündnis „Nationale Bewegung Namibias" (NNC) ausgetreten, das verschiedene namibische Afrikanerorganisationen umfaßt, mit der Begründung, die Politik des Bündnispartners SWANU (South West Africa National Union) sei sehr an Stammesinteressen orientiert. Probleme für den Kampf der SWAPO ergeben sich auch daraus, daß die RSA ihre militärische Präsenz in Namibia erheblich verstärkt und die Grenze zu Angola in ein Schußfeld verwandelt hat. Außerdem werden entlang der angolanischen Grenze vom Vorster-Regime Militär- und Ausbildungscamps für die UNITA eingerichtet. Vorster hat bei der UNO den Antrag gestellt, diesen Basen der UNITA „Flüchtlingshilfe" zukommen zu lassen. Das bedeutet, daß die UNO die angolanische Konterrevolution finanzieren soll.

hpö

Aktionen: Dritte Welt — Handel

Aufgrund der vorliegenden Zahlen über beteiligte Gruppen, Dritte-Welt-Läden und Umsatzhöhe der Aktion Dritte Welt-Handel (A3WH) läßt sich sagen, daß die A3WH und die ihr ähnlichen Aktionsformen in den letzten Jahren zur beherrschenden Form entwicklungspolitischen Engagements von Jugendlichen in der Bundesrepublik geworden sind: Neben den Dritte Welt-Läden und ständigen Aktionsgruppen sind es vor allem die unzähligen konfessionellen Jugendgruppen, die auf Gemeindeebene den Verkauf von Dritte-Welt-Waren betreiben (auf die Ursachen dieser Verbreitung wird weiter unten eingegangen).
Die Aktion Dritte Welt hatte schon seit längerem geplant, ihre Kritik an Dritte-Welt-Handels-Aktionen in den „blättern" einmal ausführlicher darzulegen. Denn unsere Zeitschrift will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen und gibt dazu Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.

Der erste Artikel soll vor allem eine Darstellung der Aktion Dritte Welt-Handel sein, verbunden mit einer kritischen Einschätzung ihrer Möglichkeiten, ihrer Theorie und Praxis durch einen „Insider". Der Autor, **Wolfgang Müller**, *ist Pädagogikstudent in Tübingen. Er arbeitet seit 1974 beim „Aktionszentrum Arme Welt e. V." in Tübingen, das einen Dritte Welt-Laden betreibt. Er war 1975/76 Sprecher des Dachverbandes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg, vom August 1975 bis Mai 1976 Mitarbeiter der Regionalstelle Süd von Aktion Dritte Welt-Handel und ist noch heute persönliches Mitglied der Aktion Dritte Welt-Handel.*
Der zweite Artikel soll die Kritik unserer Gruppe an Konzeption und Praxis der Aktion Dritte Welt-Handel darstellen.

Red.

Handel zwischen Barmherzigkeit und Profit

Zur Konzeption der Dritte-Welt-Handel-Aktionen am Beispiel der Aktion Dritte Welt Handel (e. V.)
Wolfgang Müller

Freizeithändler im Weihnachtsmarkt
Inmitten der Sonderaktionen des Einzelhandels, mit denen dem im Weihnachtsrummel besonders ausgabefreudigen Bürger das Geld aus der Tasche gelockt werden soll, fielen auch im Advent 1976 Verkaufsaktionen besonderer Art auf. Mit Verkaufsständen in Kirchengemeinden, auf öffentlichen Plätzen, bei Weihnachtsbazaren, mancherorts in eigenen Läden, boten Freizeithändler Waren aus Entwicklungsländern und Informationen über die Probleme der Dritten Welt an.
Ziel dieser Aktionen ist, unter dem Schlagwort ‚Hilfe durch Handel' konkrete Hilfe für Partner in Entwicklungsländern zu verbinden mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit hierzulande.
In den letzten Jahren haben sie sich fest in der entwicklungspolitischen Szene der Bundesrepublik etabliert. Die größte Organisation, die Aktion Dritte Welt Handel, beliefert mehr als 1.500 Aktionsgruppen mit Waren und Informationsmaterial, daneben gibt es über 50 mehr oder weniger ständig arbeitende Dritte-Welt-Läden. Die gesamten Verkaufsumsätze dürften zwischen vier und fünf Millionen D-Mark pro Jahr liegen (1).
So bedeutsam sie von den Umsätzen, der Zahl der beteiligten Aktivisten, der Größe des angesprochenen Publikums her erscheinen, muß doch gefragt werden, welcher Stellenwert den Dritte-Welt-Handel-Aktionen unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten zukommt.

Am Beispiel der Aktion Dritte Welt Handel werden zunächst Entstehung, Ziele und Arbeit dieses originellen entwicklungspolitischen Ansatzes dargestellt. Gemessen an den von der Aktion selbst gestellten Zielen wird dann untersucht, was bisher erreicht worden ist und was nicht. Schließlich wird versucht, einige Voraussetzungen für eine Qualifizierung der Dritte-Welt-Handel-Aktionen aufzuzeigen.

1. Entstehung und Entwicklung der Aktion Dritte Welt Handel
Kirchliche Jugendverbände starten eine Aktion
Die Aktion Dritte Welt Handel wurde 1970 ins Leben gerufen vom gemeinsamen entwicklungspolitischen Arbeitskreis der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) und des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ). Sie sollte die mit dem ‚Friedensmarsch 1970' begonnene Arbeit fortsetzen und dessen entwicklungspolitische Forderungen sichtbar machen:
- Unterstützung unterprivilegierter Gruppen in der Dritten Welt,
- Öffnung der Märkte der Industrieländer für Produkte aus der Dritten Welt,
- Einstellung einheimischer Produktion von Waren, die Entwicklungsländer billiger liefern können (2).

Daneben stand im Hintergrund eine Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe, unter deren Einfluß sich das Bewußtsein der Bevölkerung von der Problematik der Dritten Welt auf das Hungerproblem fixiert habe. Da dies aber nur ein Teilaspekt der Entwicklungsproblematik sei, wurde der Schluß gezogen:

„Aufgaben zukunftsweisender Bewußtseinsbildung auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik heißt, Modelle entwerfen, die Entwicklungspolitik darstellen als Problem der Weltwirtschaft, der Handels- und Zollpolitik, der Schaffung von Arbeitsplätzen in der 3. Welt im Sinne einer Weltarbeitsteilung." (3)

Entwicklungspolitisch engagierte Gruppen wurden aufgefordert, in Form von Verkaufsausstellungen in der Vorweihnachtszeit eine ‚Aktion Dritte Welt Handel' durchzuführen. Dazu besorgte der entwicklungspolitische Arbeitskreis der Jugendverbände von der holländischen ‚Stichting Ontwikkelings-Samenwerking' (‚Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit', S. O. S.) kunstgewerbliche Waren aus Entwicklungsländern. Die S. O. S., die bereits mehrjährige Erfahrung mit dem Import und Vertrieb solcher Waren hatte, habe die Waren nach folgenden Kriterien eingekauft:

1. „Produkte kleiner Genossenschaften" ohne ausreichenden Absatzmarkt im eigenen Land und ohne eigene Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt;
2. Einkauf zu Preisen, „die den Herstellern wenigstens das Existenzminimum in ihrem Lande sichern";
3. auch bei billigeren und besseren Angeboten „werden keine Waren gekauft von Industrie aus Privatbesitz"(2).

Damit waren die Grundlagen gelegt für die Aktion Dritte Welt Handel (im weiteren abgekürzt: A3WH) und ihre Konzeption.

Festzuhalten bleibt noch, daß ganz zu Beginn die Aktion mit einer längerfristigen und einer politischen Perspektive geplant wurde:

„Wenn die Aktion gut anläuft, können wir im nächsten Jahr durch eigene Importe das Sortiment verbreitern, ein eigenes Lager in der BRD einrichten und somit eine ständige Bewußtseinskampagne einrichten. (. . .) Mit dieser Aktion schaffen wir gleichzeitig eine Ausgangsposition um Willenskundgebungen zu entwicklungspolitischen Fragen auf einer breiten Basis zu sammeln und an die entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu richten"(4).

Rasches Wachstum der Aktion

Dieser anfängliche Optimismus schien sich zu bestätigen: bereits im ersten Herbst fanden 70 örtliche Aktionen statt, die Waren für 200.000 DM verkauften. 1971 waren es schon 176 Gruppen, die 865.000 DM umsetzten. Im November 1971 wurde bereits das dritte Auslieferungslager in der BRD in Betrieb genommen. Das sprunghafte Anwachsen von Aktionen und Umsätzen hat bis heute angehalten. Für 1975 wurden ca. 1.500 beteiligte Gruppen angegeben, allein im zweiten Halbjahr wurden 2,9 Millionen DM umgesetzt. 1976 fand eine weitere Steigerung statt (5).

Dieser schnelle Expansionsprozeß erforderte eine fast ständige Anpassung der organisatorischen und vertriebstechnischen Möglichkeiten an die wachsende Nachfrage der Gruppen nach Informationsmaterial und vor allem nach Waren.

Die Aktion organisiert sich

Als Koordinierungsstelle bildete der entwicklungspolitische Arbeitskreis von AEJ und BDKJ 1971 einen Leitungskreis der A3WH, der zwei Jahre später um Vertreter der Aktionsgruppen erweitert wurde. Diese wurden von neu eingerichteten Regionalkonferenzen gewählt, zu denen die Gruppen der jeweiligen Region zusammenkamen, die im abgelaufenen Jahr eine Verkaufsaktion durchgeführt hatten. Damit glaubte man, „eine Lösung gefunden (zu haben) für das Problem, die Aktionsgruppen einerseits unabhängig und dynamisch zu erhalten, ihnen aber andererseits ausreichende Möglichkeiten zur Mitbestimmung zu geben"(6).

Daß die Mitbestimmung nicht besonders gut funktionierte, zeigte das Beispiel der Region Süd, wo die Regionalkonferenzen wieder einschliefen, nachdem einmal Vertreter in den Leitungskreis entsandt waren. Nach einer Wiederbelebung mit drei Regionalkonferenzen von November '75 bis Mai '76 kam erneut die Flaute: im Herbst '76 fielen nacheinander zwei Konferenzen mangels Masse aus. In anderen Regionen gab es ähnliche Fälle.

Eine andere schwache Seite der Mitbestimmung in der A3WH zeigt folgendes Zitat auf: die „gegenwärtige Struktru der A3WH ermöglicht nicht die gleichberechtigte Mitbestimmung der Gruppen im Leitungskreis, die zwar ‚zahlenmäßig' vorhanden, durch den Informationsvorsprung und die Verflechtung der Jugendfunktionäre mit ihrem Verband real nicht gegeben ist" (7).

Schon im Mai 1972 wurde der Beschluß gefaßt, einen eingetragenen gemeinnützigen Verein zu gründen. Er wurde zwei Jahre später als ‚Aktion Dritte Welt Handel e. V.' ins Vereinsregister eingetragen. Die Aktionsgruppen waren an der Vereinsgründung nicht beteiligt, wenn man davon absieht, daß ihre Vertreter im Leitungskreis mitabgestimmt haben (8).

Mißlungene Kooperation mit S. O. S

Parallel dazu wurde der ‚wirtschaftliche Arm' der A3WH ausgebaut. 1973 wurde eine deutsche Vertriebsfirma gegründet, die ‚Gesellschaft für Handel mit der Dritten Welt mbH'. Sie war eine hundertprozentige Tochter der holländischen S. O. S., die vorhatte, ein multinationales Alternativhandelsunternehmen aufzubauen.

Für die A3WH erwies sich die S. O. S.-Tochter nicht als gefügig. Sehr bald nach der Gründung wurden schon Überlegungen zu einer Trennung angestellt.

Dazu teilte der Vorstand der A3WH e. V. nach erfolgter Trennung den Aktionsgruppen mit:

„Leitungskreis und Aktionsgruppen der A3WH waren mit Teilen der Geschäftspolitik der S. O. S. nicht voll einverstanden. Die Differenzen betrafen: a) den Stellenwert der pädagogischen Arbeit; b) die Auswahl von Projektpartnern; c) die Auswahl und Qualität der Waren; d) die Preisgestaltung; e) mangelnde Information über die Partner und ihre Situation und über die Preisgestaltung; f) Partnerbetreuung und Beratung; g) Eigenimporte (der deutschen GmbH war es nicht gestattet, direkt aus Projekten zu importieren)" (9).

Hinter diesen vorsichtigen Formulierungen versteckte sich, daß die S. O. S. die A3WH nicht in der Geschäftspolitik mitreden ließ, nicht einmal bei ihrer deutschen Tochter, deren Gesellschafter immerhin vom Leitungskreis der A3WH gestellt wurden.

Die Loslösung von der S. O. S. zog sich trotz dieser erheblichen Einschränkungen, die die A3WH eher zum Filialverwalter als zum Kooperationspartner der S. O. S. machten, über Jahre hin. Ein Grund dafür war, daß die A3WH kein Kapital hatte, um eine eigene GmbH zu gründen.

GmbH mit kirchlichem Geld gegründet

Die A3WH suchte finanzkräftige Partner und fand sie in den Kirchen. Im Mai 1975 wird die ‚Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH' gegründet; Gesellschafter wurden zunächst nur die A3WH e. V. und die (evangelische) ‚Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Entwicklungsdienste', der Beitritt der (katholischen) Beschaffunggesellschaft mbH für kirchliche, caritative und soziale Vorhaben in Missionsgebieten und Entwicklungsländern' sowie der ‚Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e. V.' verzögerte sich lediglich aus formalen Gründen. Die kirchlichen

Gesellschafter erhielten einen größeren Anteil am Stammkapital und damit die Stimmenmehrheit. Sie stellten außerdem je ein Geschäftskapital von ca. einer halben Million DM zur Verfügung, das erforderlich war, damit die GmbH ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Neue GmbH weiterhin von S. O. S. abhängig
Die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (im weiteren abgekürzt: GEPA) übernahm die deutschen Geschäfte der S. O. S.-Tochter. In einem Vertrag, der die Geschäftsübergabe und die künftige Kooperation mit der S. O. S. regelt, wurden der S. O. S. „Mindestabnahmegarantien gegeben, die sich für 1976 auf 80 %, für 1977 auf 60 % und für 1978 auf 30 % des totalen Jahresumsatzes" (10) der GEPA belaufen. Das Warenangebot der GEPA wird also heute immer noch zum größten Teil von der S. O. S. geliefert.
Der Organisierungsprozeß der A3WH ist vorläufig abgeschlossen. Er hat über Jahre hinweg einen großen Teil der personellen Kapazitäten der A3WH in Anspruch genommen, d. h. praktisch von den eigentlichen Aufgaben der Bildungsarbeit abgezogen. Selbst wenn man mal absieht von noch bestehenden Differenzen zwischen A3WH e. V. und GEPA, ist aufgrund der Abhängigkeit von der S. O. S. bis heute noch nicht erreicht, daß die beiden Ziele der Aktion, Bildungsarbeit und ‚Hilfe durch Handel', unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten aufeinander abgestimmt verfolgt werden.



Organisationsübersicht A3WH (11)
a) ‚Aktion Dritte Welt Handel e. V.', gemeinnütziger Verein; Mitgliederversammlung: 8 Vertreter des entwicklungspolitischen Arbeitskreises von AEJ/BDKJ (kirchliche Jugendverbände) und 8 Vertreter der Regionalkonferenzen (Nord, West, Mitte, Süd) sind stimmberechtigt; daneben 20 weitere Mitglieder, Mitarbeiter, ständige Gäste ohne Stimmrecht; Vorstand: (z. Z.) 2 Hauptamtliche der Bundesgeschäftsstellen von AEJ und BDKJ als 1. und 2. Vorsitzende, 3 Regionalvertreter als Schatzmeister und Beisitzer; Geschäftsstelle in Frankfurt (dem Vorstand unterstellt): z. Z. 1 Bundesreferentin, 1 Sekretärin, 1 Praktikantin, eine Stelle für den 2. Bildungsreferenten, gleichzeitig Geschäftsführer, ist ausgeschrieben; Regionalkonferenzen: Treffen der Aktionsgruppen der Regionen, wählen Vertreter in die Mitgliederversammlung: Finanzen: Etat 1976 223.000 DM, davon kirchliche Zuschüsse 120.000 DM, Eigenleistungen: a) Spenden/Druckkostenanteile der Gruppen 10.000 DM, b) Erstattungen/ Zuschüsse der GEPA 63.000 DM (12);
b) ‚Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH', (GEPA), Import- und Vertriebsfirma, z. T. auch Einzelhändler; Grundkapital: 38.000 DM; Gesellschafter (in Klammern Anteile am Grundkapital): Aktion Dritte Welt Handel e. V. (9.000 DM), Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e. V. (9.000 DM), Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Entwicklungsdienste (evangelisch) (10.000 DM), Beschaffungsgesellschaft mbH für kirchliche, caritative und soziale Vorhaben in Missionsgebieten und Entwicklungsländern (katholisch) (10.000 DM); Stimmverteilung in der Gesellschafterversammlung entsprechend den Kapitalanteilen; Geschäftsführung und Zentrallager in Wuppertal, Regionallager in Wuppertal, Frankfurt, Stuttgart, Saarbrücken (Kooperation mit Dritte-Welt-Laden) und Rendsburg (Kooperation mit Diakonischem Werk); Mitarbeiter: ca. 24; Umsatz: 1975 (Juli bis Dezember) 2,9 Millionen DM, 1976 (grobe Schätzung) ca. 4 bis 5 Millionen DM (13);

2. Grundlagen, Ziele und Methoden der A3WH
Obwohl sich in einer Reihe von Publikationen der A3WH verstreut Aussagen zu diesem Bereich finden, stütze ich mich in diesem Abschnitt im wesentlichen auf eine Broschüre und zwei Faltblätter, die in der Informationsarbeit der A3WH aufgrund ihrer Verbreitung bisher die größte Rolle gespielt haben (14).

Entwicklungspolitische Grundlagen der A3WH
Die Broschüre „Entwicklung der Unterentwicklung", die als Hintergrundinformation für Aktionsgruppen und interessierte Kunden schon seit einigen Jahren vertrieben wird, ist die einzige zusammenfassende Darstellung der Grundlagen, Ziele und Methoden der A3WH.
Sie ist verständlich geschrieben und mit Grafiken, die statistische Fakten veranschaulichen, versehen.
Bereits im ersten Teil, der Begriffe definiert und Erscheinungsformen der Unterentwicklung darstellt, werden Ursachen der Unterentwicklung und Voraussetzungen ihrer Überwindung angesprochen.
Der zweite Teil geht aus von der Feststellung, daß trotz aller Entwicklungshilfe die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Um dies zu verstehen, sei es notwendig, die Ursachen der Unterentwicklung zu kennen:
„Einer der wesentlichsten Faktoren ist der Kolonialismus, der im vorigen Jahrhundert ganz unverblümt dazu eingesetzt wurde, die Reichtümer der südlichen Kontinente auszuplündern und die dortigen Länder in eine solche Abhängigkeit von ihren Kolonialherren zu bringen, daß ihnen eine selbständige Existenz auf lange Zeit wirtschaftlich und politisch unmöglich wurde" (15).
Nach Befreiung und Dekolonisierung sei den meisten Entwicklungsländern keine andere Wahl geblieben, als fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen und sich in neue Abhängigkeit zu begeben, anstatt „sich der Machtausübung der reichen Länder zu verschließen und einen eigenen Weg zur Entwicklung zu suchen" (16).
Somit blieb die Macht der Kolonialherren aufrechterhalten. Neben anderen Mitteln (Imperialismuspolitik, Rassismus, Niederschlagung von Befreiungsbewegungen, Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen durch militärischen Einsatz, Waffenlieferung in Spannungsgebiete) ist „das freie Spiel der Kräfte im Welthandel die sublimste Methode der Herrschaftsausübung und den meisten, die von diesem System profitieren, noch nicht einmal bewußt" (16).
Es wird dann aufgezeigt, wie diese freie Marktwirtschaft der Theorie nach funktionieren sollte, praktisch aber „nicht zum Ausgleich, sondern zur Konzentration von Kapital und Wirtschaftsmacht" führe (16).
Die Situation der Entwicklungsländer wird gekennzeichnet durch ihre Rolle als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für Industriegüter der Industrieländer, die Verschlechterung ihrer Austauschbedingungen (terms of trade) und ihren sinkenden Anteil am Welthandel. Als weitere benachteiligende Marktmechanismen werden Zölle und Luxussteuern

für tropische Produkte und Zölle für Halb- und Fertigfabrikate genannt.
Ein dritter Teil zeigt die Rolle der in den meisten Ländern herrschenden nationalen Eliten auf, die mit den neokolonialen Ausbeutern zusammenarbeiten. Dabei wird wieder auf die Grundlegung dieser Strukturen durch den Kolonialismus und die Rolle ausländischer Mächte, besonders den USA, bei ihrer Erhaltung eingegangen. Demgegenüber steht die Machtlosigkeit der Bevölkerung:

> „90 % der Bevölkerung in den Entwicklungsländern haben keinen Einfluß auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben" (17).

Vor diesem Hintergrund wird der Schluß gezogen, daß „Entwicklungshilfe nur da sinnvoll ist, wo sie mit Strukturveränderungen verbunden ist" (17).
Durch Vergabe von Zuschüssen und Kapitalkrediten seien die Probleme nicht zu lösen:

> „Will man auf der Basis des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems weiterarbeiten, kommen eigentlich nur weltweite Abkommen zur Marktregulierung in Frage" (17).

Nach kurzer Darstellung von UNCTAD und GATT, die in diese Richtungen arbeiteten, werden die Forderungen der Entwicklungsländer den Absichten der Industrieländer gegenübergestellt und zusammengestellt, was notwendig wäre:
- Schaffung eines neuen Weltwährungssystems
- Freier Zugang der Entwicklungsländer zu allen Messen in den Industrieländern
- Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse
- Zustimmung des GATT zu Vereinbarungen über Rohstoffabkommen, die den Entwicklungsländern Absatzchancen sichern (18).

Schließlich wird noch eingegangen auf die Menschenrechte, deren Durchsetzung Ziel von Strukturveränderungen sein müsse. Wobei Strukturveränderungen notwendigerweise auch Umverteilung von Macht und auch Strukturveränderungen in den Industrieländern bedeuten. Solche

> „Strukturveränderungen könnten entstehen, wenn die Forderungen der Entwicklungsländer verwirklicht würden. Erst dann könnten Waren aus Entwicklungsländern preiswert und in genügender Anzahl auf die kaufkräftigen Märkte der Industrieländer kommen – zum Vorteil der Verbraucher" (19).

Auf der Grundlage dieser Analyse werden Ziele und Strategie der A3WH ausführlich dargestellt. Dieser letzte Teil der Broschüre wurde auch als Faltblatt Interessenten, Aktionsgruppen und Käufern als Erstinformation angeboten.

Ziele der Aktion Dritte Welt Handel

Im Faltblatt wird die Zielsetzung differenziert im Hinblick auf Käufer (a), Aktionsgruppen (b) und Produzenten (c).

a) „Durch den Verkauf von kunstgewerblichen Waren und Konsumgütern soll ein Bewußtmachungsprozeß ausgelöst werden, indem die Käufer mit dieser Ware Informationen über die Ursachen der Unterentwicklung in der Dritten Welt und die Benachteiligung der Entwicklungsländer im Welthandel erhalten"(20).
b) Die den Verkauf organisierenden „**Gruppen** werden als Multiplikatoren im Bildungsprozeß angesehen"(20). Sie werden, „um einen Bildungs- und Bewußtmachungsprozeß auszulösen, sich selbst über die Fragen (. .) des Welthandels informieren (. .), die Ursachen der Unterentwicklung in der Dritten Welt analysieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen als Information (. .) an die Bevölkerung weitergegeben werden" (21).
c) „Die Partner in der Dritten Welt werden durch die Aktion ermutigt, sich zu Selbsthilfegruppen, Kooperativen, Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen. Nur von solchen Herstellern werden Waren übernommen (. .), die im Entwicklungsland schwer abzusetzen sind. Dadurch können den Herstellern Preise und Abnahmegarantien gegeben werden, die fast immer über den dort von gewerbsmäßigen Ankäufern gezahlten Preisen liegen. (. .) Die Produzenten müssen langsam an die europäischen Marktbedingungen herangeführt werden mit dem Ziel, sie selbständig und stark zu machen, daß sie für den europäischen Markt produzieren können" (20).

Methode der Bildungsarbeit

Die A3WH stellt sich dar als Modell, das zwar nicht die Sache selbst durchsetzen kann, die es darstellen will, das aber „über den Effekt der Bewußtseinsbildung Kräfte auslösen (kann), die um vieles größer und wirksamer sind als das Modell selbst" (22).
Was Bewußtseinsbildung ist, wird nicht definiert. Stattdessen wird indirekt Bezug genommen auf das Konzept der ‚conszientizacao' Paolo Freire's. Seit er diesen Begriff geprägt habe, könne man „über Bewußtseinsbildung nicht mehr so unproblematisch reden, als sei jede Vermittlung neuer Daten und Wissensinhalte schon Bewußtseinsbildung im entwicklungspolitisch notwendigen Sinn" (23).
Leider ist die A3WH mit diesem Bezug auf Freire weit davon entfernt, seine Methode der Bewußtseinsbildung zu reflektieren und in ihre eigene Praxis umzusetzen. Daß sie das bis heute nicht getan hat, ist wahrscheinlich darauf zurück zu führen, daß ihre Mitarbeiter und Aktivisten in ihrer Praxis keine Zeit fanden, eine pädagogisch fundierte Methode für die A3WH zu erarbeiten.
In „Ziel und Strategie" wird die Methode der Bildungsarbeit so vorgestellt:

1. „Bewußtseinsbildung muß da einsetzen, so unsere Konsumgewohnheiten, unsere Wirtschaftsinteressen, unsere politischen Lieblingsideen darauf abgeklopft werden, inwieweit sie entwicklungsfeindlich sind" (20).
2. Da diese Bewußtmachung auf unbewußten Widerstand stoße, wird ein „Abholeffekt" gebraucht: „Wir benutzen das Konsumbedürfnis, das Kaufinteresse als Anknüpfungspunkt". Der Käufer „will über Herkunftsland, Herstellungsmethoden usw. Auskunft haben. Ihm werden keine Informationen aufgedrängt, er fordert sie". Dies sei der „Ansatz für ein Gespräch oder für die Lektüre eines ‚Begleitschreibens' zu den gekauften Artikeln" (20).
3. Daneben werden auch ‚politische Waren' (Kaffee, Tee) angeboten, die mit politischen Aktionen verbunden werden: „Der Käufer wird zu einer konkreten politischen Handlung aufgefordert, etwa im Rahmen der internationalen UNCTAD-Kampagne seine Unterschrift für die Forderungen zu geben . . ." (20).

Obwohl diese Aussagen an vielen Stellen der Erläuterung bedürften, ergeben sie insgesamt das Bild einer in sich geschlossenen Konzeption, die ich im folgenden versuche, systematisch zusammenzufassen. Dabei berücksichtige ich bewußt nicht das neue Faltblatt „A3WH – ein entwicklungspolitisches Modell", weil es keine neuen Aussagen zu diesem Bereich bringt und die Gültigkeit von „Ziel und Strategie" durch die weitere Verbreitung der Broschüre belegt wird.

Zusammenfassung: die Konzeption der A3WH

a) Die Konzeption der A3WH geht aus von der Grundforderung: Integration der Entwicklungsländer in einen freien Weltmarkt, der durch noch zu schaffende Marktregulierungen ihnen gerechtere Bedingungen bietet als

derzeit.

b) Strategisches Ziel sind Strukturveränderungen in der Dritten Welt und in den Industrieländern.

c) Taktische Ziele sind:
   1. in der Dritten Welt soll durch Unterstützung von Produktionsgemeinschaften punktuell geholfen werden, das strategische Ziel zu erreichen.
   2. Durch Bildungsarbeit sollen in der Bevölkerung der BRD die Einsicht in die Notwendigkeit von Strukturveränderungen und die Bereitschaft dazu geweckt und vergrößert werden.

d) Der Handel mit Waren aus Entwicklungsländern soll Modell für einen gerechten Welthandel sein.

e) Die Methode der Unterstützung von Produzenten in der Dritten Welt besteht in Absatz- und Exportförderung.

f) Die Methode der Bildungsarbeit in der BRD besteht in
   1. einem ‚Informationseffekt', bei dem Käufern Informationen über Waren, Produzenten und Handelsprobleme vermittelt werden;
   2. einem ‚Politisierungseffekt', bei dem Käufer zu politischem Handeln aufgefordert werden.

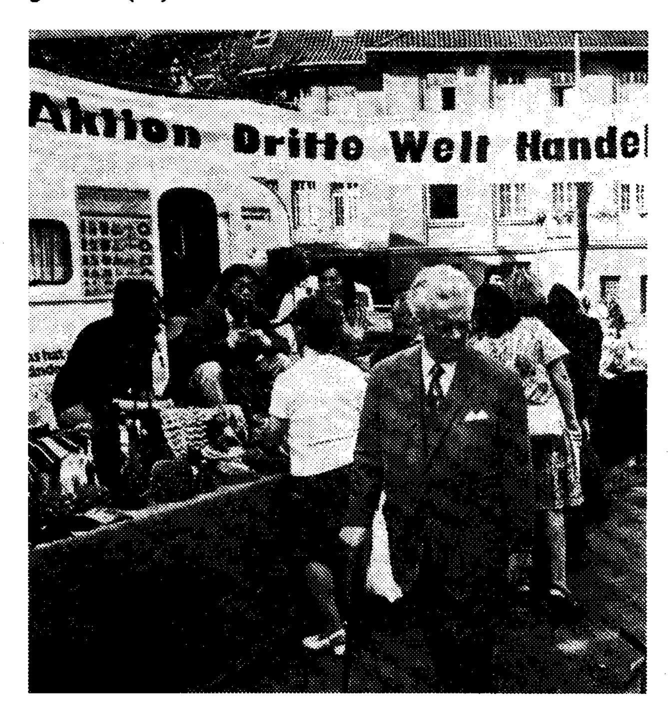
Neue Selbstdarstellung der A3WH

Die A3WH hat 1975 das schon erwähnte Faltblatt mit völlig neuem Text herausgegeben. Es ist die derzeitig gültige Selbstdarstellung der A3WH, sein Text wird deshalb im Anhang gedruckt. Ich will hier nur auf einige Punkte des Textes eingehen, die mir symptomatisch dafür zu sein scheinen, daß die A3WH die einmal begonnene relativ klare Konzeptformulierung nicht konsequent weitergeführt, sondern eher durch Kompromisse und Wunschdenken ersetzt hat.
Auffallendster Unterschied zu „Ziel und Strategie" ist, daß die A3WH nicht mehr als Vorhaben dargestellt wird, programmatische Aussagen fast völlig fehlen. Stattdessen werden Hintergründe und Entstehung der Aktion aufgezeigt, wobei die Entwicklung der nun bestehenden Organisationen zu kurz kommt („. . . entstanden fest Import- und Vertriebsorganisationen" (24)). Daß dies kein harmonisch im luftleeren Raum von selbst ablaufender Prozeß war, wurde im 1. Kapitel gezeigt.
In den dürftigen Aussagen zu den Zielen taucht die seit Beginn der Aktion immer wieder behauptete Priorität des Bildungszieles auf („. . erstes Ziel die entwicklungspolitische Bildung . ."), wird aber gleich darauf wieder zurückgenommen.
Statt Aussagen zu den Methoden der Bildungsarbeit wird vorgestellt, was die A3WH bestehenden Gruppen zu bieten hat:

– Vereinen und Verbänden die „Möglichkeit, etwas Konkretes zu tun für die Dritte Welt, das einen Bildungswert (. .) hat."
– Kirchengemeinden die Gelegenheit, „ihre Weltverantwortung zu verstehen, einzuüben und zu feiern."
– Schulklassen ein Modell, das „nicht nur Information anhand von konkreten Dingen, sondern auch Motivation zum eigenen Engagement vermittelt."

Um zu belegen, daß der Verkaufswert solcher einmaliger Aktionen nicht zu unterschätzen sei, wird der Vergleich mit us-amerikanischen Firmen nicht gescheut, die diese „hochmoderne Verkaufsart" erfolgreich in der BRD betreiben. Zu der dann folgenden lapidaren Feststellung, auch der „bewußtseinsbildende Effekt dieses Bildungssystems" dürfe nicht unterschätzt werden, fehlt leider ein entsprechender Vergleich.
Das erweckt den Eindruck, als ob der Verkauf als solcher bereits bewußtseinsbildende Effekte habe, ohne daß gesagt wird worin diese Effekte bestehen.

Die Aussagen bezüglich der Partner in der Dritten Welt sind ebenfalls dürftig und ungenau. In drei Absätzen werden Schwierigkeiten und Gefahren, die der Export für die Partner mit sich bringen könne, angedeutet (Schaffung neuer Abhängigkeiten, Exportproduktion statt Produktion für eigene Bedürfnisse, Schwächung des Handwerks durch Großaufträge). Statt diese problematischen Implikationen des Konzeptes, die wohl in der Importpraxis deutlich geworden sind, selbstkritisch zu verarbeiten, wird zu einer Entschuldigung gegriffen: A3WH stecke noch in der Anfangsphase, in der Fehler gemacht werden; Beanstandungen seitens der Partner sind nicht zu erwarten, da sie selbst „alle in der Experimentierphase" sind.
Neue Vorstellungen werden vorgetragen zum Verhältnis der A3WH zu den (meist von ihr unabhängigen) Dritte-Welt Läden. Sie werden „Weltmärkte" genannt und geradezu als Idealform entwicklungspolitischer Bildungsarbeit dargestellt. Dabei werden ohne Hinweis auf eventuell auftretende praktische Probleme Charakteristika der „Weltmärkte" aneinander gereiht, als ob sie nur Filialen eines straff geführten Unternehmens wären, die wie ein Ei dem anderen gleichen (25).



Die Aktion Dritte Welt Handel am Rande des Katholikentages in Mönchengladbach

Die A3WH hat Großes vor mit den „Weltmärkten". Sie sollen „eine Art Skelettstruktur der Organisation auf Bundesebene bilden (. .), während die Aktionsgruppen die Muskulatur und das Nervensystem sein würden."
Wie hoch dieses Ideal schwebt, ist jedem klar, der weiß, wie mangelhaft bisher die Kooperation zwischen A3WH und den Läden war. Es gibt zwar schon eine Absprache zwischen GEPA und Ladenverein über die Kooperation bei Importen, auch ist ein gemeinsames Informationsblatt von A3WH e. V., GEPA und Ladenverein geplant. Insgesamt aber ist das Verhältnis zwischen den Läden und den A3WH bislang mehr dadurch bestimmt, daß viele Läden zu den heftigsten Kritikern von A3WH und GEPA gehören, sowohl bezüglich der Informationsarbeit als auch besonders bezüglich der Preisgestaltung und -transparenz, des Warenangebots und der Projektpartnerauswahl (26).



Aktion DritteWelt Handel

Ein entwicklungs-politisches Modell

In den letzten Jahren haben mehr und mehr Menschen in den westlichen Ländern ihre Verantwortung für die Unterentwicklung der „Dritten Welt" erkannt. Dabei kommt deutlicher als zuvor der Kolonialismus als eine der Ursachen der Unterentwicklung ins Rampenlicht. Doch der Kolonialismus ist nicht tot. Der Neokolonialismus unserer Zeit erst zeigt, wie sehr sich der Westen zum „Herrn der Welt" gemacht hat. Neu ist nur, daß eine wachsende Zahl unserer Mitmenschen dies durchschaut.
In diese Entwicklung hinein gehört der Schlachtruf „Handel statt Hilfe". Die Unterentwicklung rührt teilweise von den niedrigen Preisen her, die von den unternehmerischen westlichen Ländern den Rohstofflieferanten gezahlt werden. Die Erhöhung der Ölpreise hat erstmals gezeigt, wie sehr unsere Wohlfahrt auf solche Leistungen gebaut ist. Sobald Entwicklungsländer anfangen, ihre Rohstoffe selbst zu verarbeiten und zu exportieren, wird der Import solcher Fertigwaren in westlichen Ländern von Zöllen erschwert. Am Welthandel kann deshalb klar gemacht werden, worum es in der Entwicklungspolitik wirklich geht. Die Entwicklungsländer werden von den entwickelten Ländern zum eigenen Vorteil unterentwickelt gehalten. Wer sich nicht fügt, kann mit Repressalien rechnen.

Macht und Ohnmacht der Konsumenten

Der Gedanke, den ungerechten Welthandel als entwicklungspolitisches Bildungsmodell konkret darzustellen, stammt aus den Niederlanden. Die bekannte Rohrzuckeraktion verdeutlichte am Beispiel Zucker den Käufern, daß der damals billige Rohrzucker, von dem Unzählige in den Entwicklungsländern leben müssen, verteuert auf unseren Tisch kam, weil er hoch verzollt werden mußte. Unser Rübenzucker dagegen, Produkt unserer eigenen angeschlagenen Landwirtschaft, wird durch Subventionen verbilligt. Eine weitere Aktion heißt Aluschok. Anhand der Rohstoffe Aluminium und Kakao wird die Wirkung von Zollschranken erklärt. Auch durch Boykotte wird das Publikum auf entwicklungspolitische Fragen aufmerksam gemacht. Die Outspan-Aktion richtet sich gegen die südafrikanische Apartheitspolitik, im konkreten Fall gegen die Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskräfte auf den von Weißen geführten Orangenplantagen. Erfahrene Aktivisten machen sich wenig Illusion über den wirtschaftlichen Effekt solcher Aktionen. Umsatzmäßig schlagen sich die verschiedenen Aktionen kaum in großen Zahlen nieder. Tatsächlich haben diese Aktionen mehr bewußtseinsbildenden als wirtschaftlichen Wert. Daß man aber auch das letzte nicht ganz unterschätzen sollte, wurde sichtbar, als das Angola-Komitee die niederländische Bevölkerung aufrief, die Kaffee-Firmen, die sich weigerten, auf den von ihnen importierten Angola-Kaffee zu verzichten, zu boykottieren. Auch die größte Firma mußte schließlich die Waffen strecken. Sie konnte es sich wirtschaftlich nicht leisten, die schätzungsweise 5–10 % der Hausfrauen, die diesen Boykott befolgen würden, an andere Kaffeemarken oder überhaupt zu verlieren.

Alternativer Handel

Etwa zur selben Zeit stießen viele Entwicklungsprojekte auf die Schwierigkeit, daß sie ihre für den einheimischen Markt oder für Touristen produzierten handwerklichen oder kunstgewerblichen Waren nicht verkaufen konnten. Gruppen in Europa, die persönliche Verbindung zu Mitarbeitern in solchen Projekten hatten, fingen an, diese Waren zu importieren und im Bekanntenkreis zu vertreiben. Diese Gruppen lernten durch ihre direkten Beziehungen die Problematik des Welthandels mit seinen handelspolitischen, bürokratischen und technischen Hindernissen kennen – ein Lernprozeß von hohem Wert. Als sich diese Arbeit als erfolgreich erwies, entstanden feste Import- und Vertriebsorganisationen. Die in Europa aufkommende Nostalgie-Welle, die Abwendung von der Kunststoffkultur förderte den Trend zu natürlichen, handwerklichen und fantasiereichen Produkten. . . . . .

Aktion Dritte Welt Handel e.V.

Aktion Dritte Welt Handel ist an der Basis gewachsen und wird von der Basis getragen. Obwohl die evangelische und katholische Jugend weiterhin als Träger fungieren und auch die kirchlichen Hilfswerke ihr Interesse aufrecht erhalten, ist die Aktion keine kirchliche Organisation. Sie ist aber weiter im Vorfeld der Kirchen tätig. Die Aktionsgruppen konstituieren sich aus den breitesten Bevölkerungsgruppen, und das Publikum, das sie ansprechen, läßt sich in keiner Weise eingrenzen. Von Anfang an hat A3WH einen eigenen, originären Kurs gesteuert. Sie hat als erstes Ziel die entwicklungspolitische Bildung für ein breites Publikum, getragen von Aktionsgruppen verschiedenster Art. Den Kontakt mit den Partnern in den Entwicklungsländern sieht sie als „horizontal", d. h. von Basis zu Basis. Der Verkauf von Waren ist für sie nicht nur symbolisch oder modellhaft; sie glaubt, ihren Partnern gegenüber unpartnerschaftlich zu verfahren, wenn sie deren Produktionsanstrengungen nicht den wirtschaftlichen und sachlichen Wert geben würde, die diese als solche haben. Bildung und Verkauf gehen Hand in Hand.

Weltmarkt am Ort

In den letzten Jahren sind in der Bundesrepublik mancherorts feste Läden entstanden, die auf gemeinnütziger Basis Waren aus der Dritten Welt verkaufen. Nicht alle gingen direkt aus der Aktion Dritte Welt Handel hervor. Die verschiedenen Läden schlossen sich zur Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden zusammen. Die Aktion Dritte Welt Handel betrachtet es als eine ihrer dringendsten Aufgaben, diese Läden zu fördern.
Ein „Weltmarkt" ist eine ständige Organisation auf freiwilliger Basis, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit anhand des Verkaufes von Waren aus der Dritten Welt anstrebt. Sie ist gemeinnützig und verwendet Profite aus dem Verkauf für die eigene Bildungsarbeit und für entwicklungs-politische Projekte in der Dritten Welt. Die Bildung eines Kernes von ständigen Mitarbeitern ist erstes Nahziel der Arbeit. Über solche Multiplikatoren will man so breit wie möglich an das Publikum herankommen. Ein fester Laden ist Verkaufs- und Bildungszentrum, es wird aber auch angestrebt, auf den Markt, in Schulen, in Verbänden, Gemeinden usw. zu gehen. Das Gespräch wird höher bewertet als der bloße Verkauf. Umsatzzahlen sind nur sekundär in der Bewertung der Erfolge der Aktivitäten.
Der A3WH schwebt das Ideal vor, daß solche Weltmärkte eine Art Skelettstruktur der Organisation auf Bundesebene bilden werden, während die Aktionsgruppen die Muskulatur und das Nervensystem sein würden. Diese organische Struktur würde ein Maximum an Stabilität in einer äußerst flexiblen und dynamischen Organisation garantieren. . . . .



Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt e.V.

Die „GEPA" importiert für die Aktionsgruppen und Dritte-Welt-Läden und besorgt den Postversand. Sie vermittelt auch gestandene Genossenschaften in der Dritten Welt an den Normalhandel. Ihre Partner in der Dritten Welt sind gemeinnützige Produktionsgemeinschaften, gerade in den schwierigen Anfangsphasen. In verschiedenen Ländern existieren heutzutage regionale und nationale Zusammenschlüsse solcher Organisationen, die mit der GEPA als Partner zusammenarbeiten. Nicht nur Projekte die durch „Brot für die Welt" und „Misereor" gefördert werden, sondern alle förderungswürdigen werden als Partner betrachtet.



Aktion und Bildung

Bestehende Vereine und Verbände sehen in der A3WH eine Möglichkeit, etwas Konkretes für die Dritte Welt zu tun, das einen Bildungswert für die Mitglieder, aber auch für ein breites Publikum hat. Sie können ihre eigenen Programme aufstellen und können befristete und gezielte Aktionen durchführen. Weil viele Partner der A3WH in der Dritten Welt aus ähnlichen Bereichen stammen wie die beteiligten Organisationen in der Bundesrepublik, verknüpfen sich solche Aktionen leicht mit den eigenen Zielen und Methoden.
Dasselbe gilt von evangelischen und katholischen Gemeinden. In einigen Fällen haben solche Gemeinden die Initiative zu einem „Weltmarkt" ergriffen. Konfirmandengruppen greifen gerne zur A3WH, um ihre Weltverantwortlichkeit zu verstehen, einzuüben und zu feiern. Erntedankgottesdienste, Familien- und Kindergottesdienste, Weihnachtsbazare, Fastenaktion und „Brot für die Welt" bieten eine fast endlose Reihe von Möglichkeiten, Produkte aus der Dritten Welt einzusetzen, Kontakte mit Partnern dort zu verlebendigen und entwicklungspolitische, kulturelle, und missiologische Fragen anzusprechen. Die Feier der Dritten-Welt-Partnerschaft ist schon fest eingebürgert in verschiedenen Gottesdienstformen.
Das Umstellen des eingefahrenen Einbahnverkehrs Westen – Dritte Welt in einen Gegenverkehr kann im „Weltmarkt" am Ort durchgespielt werden.
Schulklassen behandeln heutzutage immer mehr die Entwicklungsproblematik in Verbindung mit dem einen oder anderen Fach oder in einem Gesamtprojekt. Aktion Dritte Welt Handel bietet ein Modell, das den Jugendlichen nicht nur Information anhand von konkreten Dingen, sondern auch Motivation zum eigenen Engagement vermittelt. Ganze Schulen führen ähnliche Aktionen großen Stils durch, mit Ausstellung, Unterrichtsstunden, Filmen und Verkaufsaktionen.
Man sollte den Verkaufswert solcher einmaligen Aktionen nicht unterschätzen. Es handelt sich um eine hochmoderne Verkaufsart, die von einigen großen amerikanischen Firmen mit bestem Erfolg in der Bundesrepublik betrieben wird (Party – Verkauf über Bekanntenkreise). Auch darf der bewußtseinsbildende Wert dieses Bildungssystems nicht unterschätzt werden.
Daß die festen Aktionsgruppen der A3WH hier an letzter Stelle aufgeführt werden, liegt nicht an deren Bedeutung. Chronologisch stehen meistens ad-hoc-Aktionen am Anfang, woraus sich in erstaunlich vielen Fällen eine feste Gruppe herauskristallisiert. Es sind diese festen Gruppen, die die Regionalkonferenzen der A3WH bilden, aus denen Mitglieder in den eingetragenen Verein A3WH delegiert werden.

Anliegen der Partner

Die Aktion Dritte Welt Handel will die Interessen der Partner in der Dritten Welt vertreten. Ihnen ist daran gelegen, zur Selbsthilfe zu kommen. Das bringt eine Reihe von Bedingungen mit sich, an die A3WH sich zu halten hat. Daß dies nicht leicht ist, braucht nicht betont zu werden. Die A3WH ist noch in der Einarbeitungs-Phase, in der Fehler gemacht werden. Die letzten, die diese Fehler beanstanden werden, sind die Partner in der Dritten Welt. Sie stecken alle in der Experimentierphase und bitten ihrerseits um Geduld. Sie setzen eine solche Geduld auch bei uns voraus.
In keinem Fall sollte der A3WH-Verkauf die Partner in ein neues Abhängigkeitsverhältnis führen. Dies gilt besonders für Produkte, die nur für den Export angefertigt werden. Wenn sie nicht einheimisch, sondern auf modische Bedürfnisse im Westen hin entwickelt sind, bleiben sie wirtschaftlich äußerst empfindlich. Auch Monokulturen wie Kaffee, Tee, suchen nach langfristiger Planung. Es geht an erster Stelle darum, Partnern, die sonst nie auf den Markt gelangen könnten, diese Chance zu bieten. Damit ist ihnen aber auf längere Sicht nicht unbedingt geholfen. Vielleicht müßten solche Partner allmählich auf andere Produkte umstellen. Der Spielraum dazu müßte Ihnen geboten werden.
So dürften auch Partner, die in einer Notlage auf Export angewiesen sind, nicht darauf festgelegt werden. In manchen Fällen handelt es sich um Produkte, die der eigenen Bevölkerung an erster Stelle zustehen; dabei ist nicht nur an Agrarprodukte zu denken, sondern auch an das Kunstgewerbe. Die reichen Länder dürften nicht (nun auch über A3WH) die armen Länder ihrer Reichtümer berauben, auch nicht gegen Bezahlung. Besonders in diesem Bereich muß partnerschaftlich ausgehandelt werden, welche Rolle (begrenzter) Export und Erwerb harter Devisen in der Selbsthilfe der Partner spielen.
Kunstgewerbe ist in den traditionellen Gesellschaften gleicherweise Konsumgut und Kunstprodukt. Obwohl es oft ziemlich stereotyp geworden ist, vergegenwärtigt es Kulturwerte, die auch für uns von Bedeutung sind. Es stirbt jetzt schnell aus und wird bald nur noch in unseren Museen zu finden sein. Die A3WH hat weder die Aufgabe, unsere Häuser zu Museen zu machen, noch durch Großaufträge das Handwerk qualitativ zu schwächen.

Welche Entwicklung?

Wer sich ernsthaft und systematisch mit der Aktion Dritte Welt Handel beschäftigt, kann nicht umhin, mindestens einen Teil der Unterentwicklung der übergroßen Mehrzahl der Menschheit auf den Egoismus (etabliert, strukturiert, bewaffnet, mechanisiert) der reichen Völker des Westens zurückzuführen. Er wird sich damit beschäftigen müssen, wie man die herrschende Mentalität und die Strukturen zugunsten einer Weltgerechtigkeit ändern kann. Er wird bei sich selbst anfangen müssen und sich seiner unmittelbaren Umwelt zuwenden, konkret und geduldig kleine Schritte tun. Jeder Schritt führt zu einer neuen Dimension der Gesamtfrage. Die Verzahnung zwischen unserer Welt und der Dritten Welt wird allmählich klarer und fester. Wer selber solche Schritte getan hat, kann auch die „revolutionäre Geduld" aufbringen, die für die radikale, wenn möglich gewaltlose Mentalitäts- und Strukturwandlung als notwendig gesehen und gebraucht wird. Er wird auch Verständnis haben für die verschiedenen Entwicklungsstufen, die ein jeder durchmachen muß, der solche Schritte tun will. Eine größere Flexibilität bei den anzuwendenden Methoden und ein hartnäckiges Festhalten an einer zielgerichteten Strategie gehen dann Hand in Hand. Bei allem Ernst, der der Sache angemessen ist, fehlen der Humor und die Freude nicht. Die Arbeit mit schönen und nützlichen Produkten, die Begegnung mit gleichgesinnten Menschen, die Verbindungen zu anderen Gesellschaften schaffen diese Freude und machen Mut zur Weiterarbeit.

3. Die Aktivisten der A3WH
Projektpartner
Derzeit liefert die GEPA Waren von rund 50 Herstellern aus über 20 Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas (27). Die Importe werden bei mehr als der Hälfte der Partner noch von der S. O. S. abgewickelt.
Zu den meisten Projekten liegen sehr wenig Informationen vor, so daß es schwer ist, sich einen Überblick zu verschaffen. Der Gesamteindruck aus den vorliegenden Projektbeschreibungen läßt sich so zusammenfassen:

1. der größte Teil der Projekte steht in Verbindung und/oder wird geführt von (meist kirchlichen) Entwicklungshelfern, anderen kirchlichen Organisationen oder Missionaren;
2. bei den wenigsten Projekten sind Produktion und/oder Vermarktung genossenschaftlich oder ähnlich organisiert;
3. fast alle Projekte haben als Zielsetzung die Beschaffung und/oder Erhaltung von Arbeitsplätzen und/oder den Absatz von Kunsthandwerksprodukten für benachteiligte Gruppen oder Behinderte;
4. viele Projekte haben keinerlei Zusammenhang mit Entwicklungsbemühungen, die über die materielle Besserstellung der Beteiligten hinausgehen.

Unter 22 von der GEPA direkt betreuten Herstellern können lediglich 5 als solche bezeichnet werden, die auf die ein oder andere Weise mit Strukturveränderungen was zu tun haben, wobei auch das im einzelnen noch umstritten sein dürfte (28).

Warenangebot
Das Warenangebot der GEPA umfaßt derzeit über 560 Artikel, außer Kaffee und Tee ausschließlich kunstgewerbliche Waren, von denen nur der geringere Teil einen Gebrauchswert haben (29).
Die meisten Waren können eingeordnet werden in die Kategorie billige Geschenkartikel (30).
Fast alle von der GEPA angebotenen Waren unterliegen keinen Einfuhrbeschränkungen und können zollfrei eingeführt werden (31).
Leider liegen über die Umsatzanteile der verschiedenen Warengruppen keine Zahlen vor, so daß hier keine genaueren Angaben möglich sind.

Wirtschaftliche Bedeutung der A3WH
Welche Rolle der Handel mit A3WH und ähnlichen Organisationen spielt, kann im einzelnen hier nicht untersucht werden. Aus den Partnerbeschreibungen ergibt sich zumindest für einige Projekte eine sehr starke Abhängigkeit vom sog. Alternativhandel.
Der Anteil der A3WH/GEPA am Kunsthandwerkhandel in der BRD ist, selbst wenn man diesen Teil ihres Umsatzes mit 5 Mio. DM im Jahr hoch ansetzt, relativ gering: die Einfuhren kunsthandwerklicher Waren aus Entwicklungsländern beliefen sich 1974 auf über 389 Mio. DM.
Der Kunsthandwerkhandel selbst spielt im Handel der BRD mit den Entwicklungsländern nur eine untergeordnete Rolle. Die angegebene Summe für 1974 machte nur 8,4 % der Einfuhren von Fertigwaren und nur 0,97 % der Gesamteinfuhren aus Entwicklungsländern aus (34).

Projekt- und Wareninformationen
Die A3WH hat zu keiner Zeit den Aktionsgruppen Informationen über alle von ihr vertriebenen Waren und ihre Hersteller geliefert. Projektinformationen für Käufer lagen bisher nur in zwei Handzetteln der Anfangszeit und später in Faltblättern zu Kaffee und Tee vor. Nach relativ guten Anfängen (die Faltblätter von 1970/71 stellen m. E. das beste Informationsmaterial dar, das die A3WH produziert hat) wurden dann lediglich Projektinformationen, die spärlich von der S. O. S. kamen, an die Gruppen weitergegeben; dies sehr unvollständig, unregelmäßig und in zu geringen Auflagen, so daß vermutet werden kann, daß in den Jahren 1972 bis 1974 die Masse der Aktionsgruppen Aktionen ohne Information über die Projekte durchgeführt haben. 1975 änderte sich das nur wenig, da eine für den Herbst angekündigte Werkmappe für Aktionsgruppen erst im Dezember erschien; die enthaltenen 17 Projektbeschreibungen (weniger als die Hälfte der Projekte) kamen für die meisten Gruppen zu spät, um bei den vorweihnachtlichen Aktionen eingesetzt zu werden. Im vergangenen Jahr wurden zwei weitere Partnerbeschreibungen im Gruppenrundbrief der A3WH abgedruckt. Im Dezember erschienen dann ca. 30 Projektbeschreibungen, zum Teil lediglich Neuauflagen schon bestehender.
Die Gruppen sollen diese Partnerinformationen nicht an die Käufer weitergeben, sondern sich selbst etwas einfallen lassen, in welcher Weise sie an den Kunden weitergegeben werden können (32). Wieviele das tatsächlich getan haben, ist nicht bekannt.

Beratung der Gruppen
Zu persönlicher Beratung der Gruppen war die A3WH bisher schon allein aufgrund ihrer personellen Kapazitäten (bis 1976 nur eineinhalb pädagogische Mitarbeiter) kaum in der Lage (33). Das den Gruppen angebotene schriftliche Material mit Hilfen und Hinweisen für die Durchführung von Aktionen war am Anfang gut, beschränkte sich dann lange Zeit lediglich auf technische Aspekte. Mit Herausgabe des Gruppenrundbriefes und der Werkmappe wurde das in den letzten beiden Jahren erheblich verbessert.

Hintergrundmaterial
Lange Zeit lag als einziges Hintergrundmaterial die Broschüre „Entwicklung der Unterentwicklung" vor. Daneben wurde den Gruppen empfohlen, Material von den kirchlichen Hilfsdiensten und anderen Entwicklungshilfeinstitutionen zu benutzen, z. T. wurde es in den Regionalstellen ausgelegt. Ende 1975 erschienen drei weitere Broschüren: „Tee – Schicksal für Millionen", eine ausführliche Beschreibung zweier Partner in Tansania und Sri Lanka, von denen die GEPA Tee importiert: „Die Indianer Mittelamerikas", eine recht mangelhafte Darstellung der Situation der Indios, bei der man sich fragt, was sie mit Dritte-Welt-Handel zu tun hat; „Sparen für die Freiheit", eine gut lesbar geschriebene Darstellung des Aufbaus einer Spargenossenschaft in Afrika durch einen maßgeblich am Projekt beteiligten Missionar.

Verkaufswerbung
Die A3WH hat zudem eine Reihe von Plakaten herausgegeben, die in erster Linie als Werbeträger und zur Dekoration von Verkaufsständen dienen. Kaffee- und Tee-Faltblätter sind zusammen mit der GEPA herausgegeben worden, bei dem Teefaltblatt und dem dazu passenden Plakat, ist der Versuch, Werbung und Information miteinander zu verbinden, bisher am besten gelungen.

4. Was hat die A3WH erreicht?
Selbst gesteckte Ziele nicht erreicht
Als Gesamteindruck aus dem bisher Dargestellten ergibt sich, daß die Aktion Dritte Welt Handel bisher die von ihr selbst gestellten Ansprüche nicht oder nur sehr unvollständig eingelöst hat.

– Die Unterstützung von Produzenten in der Dritten Welt ist insgesamt von sehr geringem Umfang – unbeschadet

des sicher gegebenen direkten Nutzens für die Beteiligten.
- Die Unterstützung der Produzenten hat insgesamt keinen erkennbaren Zusammenhang mit Strukturveränderungen in der Dritten Welt.
- Der Handel der A3WH kann nur sehr eingeschränkt als Modell für einen gerechten Welthandel angesehen werden, da das Warenangebot insgesamt weder für den tatsächlichen Handel zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern noch für die existierenden Handelsrestriktionen repräsentativ ist.
- Die Bildungsarbeit der A3WH hat wohl kaum dazu beigetragen, die Einsicht der bundesdeutschen Bevölkerung in die Notwendigkeit von Strukturveränderungen zu erhöhen.
- Die Bildungsarbeit ist von der A3WH bisher – vor allem im Vergleich zur Steigerung der wirtschaftlichen Aktivitäten – stark vernachlässigt worden.
- Die Versorgung der als ‚Multiplikatoren' angesehenen Aktionsgruppen mit Informationsmaterial war äußerst mangelhaft.
- Ein ‚Informationseffekt' ist bei den Kunden insgesamt bisher wohl kaum erreicht worden.
- Von einem ‚Politisierungseffekt', der von der Aktion ausgehen soll, kann zumindest bei den Käufern bisher keine Rede sein.
- Eine politische Funktion hat die A3WH bisher in nennenswertem Umfang nicht erfüllt (35).

Als Gründe für dieses Scheitern der A3WH erscheinen mir vor allem folgende wichtig zu sein:
1. die Vernachlässigung der entwicklungspolitischen Diskussion und die entsprechende Überprüfung und Weiterentwicklung von Positionen und Forderungen.
2. der Verzicht auf die Ausarbeitung einer fundierten Methode.
3. der Verzicht auf Evaluation, d. h. Überprüfung der wirtschaftlichen wie der pädagogischen Arbeit und ihrer Ergebnisse an den gesteckten Zielen (36).
4. die nicht gelungene Organisation der A3WH als Aktionsgruppenbewegung.
5. die faktische Dominanz des wirtschaftlichen Teils der Aktion.

Was erreicht wurde

Was die A3WH m. E. unbestreitbar geleistet hat, läßt sich wie folgt zusammenfassen:
- sie hat eine relativ große Zahl von Menschen aktiviert, etwas für die Dritte Welt zu tun, sei es als aktiv Beteiligte bei Verkaufsaktionen, sei es als Käufer;
- bei einem Teil der Käufer, deren Kaufmotivation insgesamt einer karikativen Einstellung gegenüber der Dritten Welt entspringt (37), wie auch bei einem Teil der Aktiven kann ein ‚bewußtseinsbildender Effekt' in dem Sinne vermutet werden, daß die sog. ‚Spendenmentalität' abgebaut wurde;
- bei einem Teil der Gruppen hat die A3WH einen kritischen Lernprozeß in Gang gesetzt, der sich daran ablesen läßt, daß viele der aus A3WH-Aktionen hervorgegangenen dauerhaft arbeitenden Gruppen heute versuchen, entwicklungspolitisch qualifizierte Arbeit zu leisten als die A3WH, mit unterschiedlichem Erfolg; bei vielen dürfte dieser Lernprozeß dazu geführt haben, sich vom Dritte-Welt-Handel zurückzuziehen;
- für die kirchliche Entwicklungshilfe hat die A3WH eine Institution zur Modernisierung ihrer Arbeit geschaffen, die in der Lage ist, die Nachbetreuung von Projekten nach dem Motto ‚Hilfe durch Handel' zu übernehmen, bzw. notwendiger Partner für Entwicklungsprojekte neuen Typs zu werden.

Ob dies ausreicht, die Arbeit von A3WH zu legitimieren, hängt vom Standpunkt ab, den jemand einnimmt.
Ich halte die A3WH für einen interessanten Versuch, die Problematik der Entwicklungsländer und unserer Beziehungen als führender Industriestaat zu ihnen einem relativ großen Teil der Bevölkerung nahezubringen und zu problematisieren. Ich halte den Versuch bisher allerdings unterm Strich für mißlungen.
Unter welchen Gesichtspunkten die Arbeit der A3WH meines Ermessens qualifiziert werden müßte, um entwicklungspolitisch relevant zu werden, wird im letzten Kapitel skizziert.



Frauen in weit abgelegenen Gebieten im nördlichen Kenia flechten Körbe, die über „Cottage Industries", eine Einrichtung des protestantischen „Nationalen Christenrates" vertrieben werden.

5. Grundlagen einer Qualifizierung der A3WH

Warum entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der BRD?

Eine schlüssige Begründung, weshalb hierzulande ‚Erziehung zur Entwicklungsverantwortung' notwendig ist, hat der indische Wirtschaftswissenschaftler Samuel L. Parmar in einem Vortrag vor Mitarbeitern evangelischer Bildungsarbeit gegeben (39). Seine Argumentation, die ich im folgenden zusammengefaßt wiedergebe, scheint mir geeignet, als Grundlage für eine Konzeptüberprüfung der A3WH zu dienen.

Parmars Argumente:
1. „Unterentwicklung besteht aufgrund der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in einer Gesellschaft" (40).
2. „Das Problem kann nur gelöst werden, wenn neue Verhältnisse geschaffen werden (. .) auf der Basis größerer Gleichheit, größerer Gerechtigkeit und größerer Möglichkeiten für die Armen und Ausgebeuteten, an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen teilzuhaben" (40).
3. „Ungerechte Verhältnisse herrschen weitgehend auch in den Beziehungen zwischen den industrialisierten Ländern und der Dritten Welt vor", die an „Armut und Elend in den Entwicklungsländern mit verantwortlich" sind (41).

4. „Deshalb müssen auch die Beziehungen zwischen armen und reichen Ländern geändert und mehr Gleichheit und weniger Ungleichheit geschaffen werden" (41).
5. Dies zu akzeptieren, bedeutet, „daß Ihre Gesellschaft (BRD, W. M.) ebensosehr Erziehung zur Entwicklungsverantwortung braucht wie unsere Gesellschaft (Indien, W. M.)" (41).
6. Die Beispiele der Rüstungsexporte in die Dritte Welt und des Wirkens der multinationalen Körperschaften in Entwicklungsländern zeigen: „es gibt so viel Ungerechtigkeiten in den internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die in den reichen Gesellschaften ihren Anfang haben, daß Sie gegen diese Kräfte in ihrer eigenen Gesellschaft kämpfen müssen" (42).
7. „Aber, wenn Sie über eine neue Wirtschaftsordnung sprechen, über eine neue internationale Arbeitsverteilung und bessere Absatzbedingungen für Waren aus der Dritten Welt, dann müssen Veränderungen nicht nur in der Art und Weise des Welthandels, sondern auch in der internen Produktion stattfinden" (41).
8. „. . dazu wird politisches Engagement nötig sein, nicht nur das Ansammeln von Informationen und das Wecken des öffentlichen Bewußtseins" (42).

Sicherlich wird diese Begründung Parmar's von den Aktivisten der Dritte-Welt-Handels-Bewegung fast ausnahmslos akzeptiert. Ehrlicherweise müßte aber wohl Ratlosigkeit zugegeben werden, wenn es um die Frage geht, wie man so was macht.

Schwieriges Thema Welthandel und Weltwirtschaft

Der Ansatz der A3WH, Welthandels- und -wirtschaftsfragen zum Hauptthema ihrer Bildungsarbeit zu machen, ist grundsätzlich richtig, da die Beziehungen zwischen Industrieländern und der Dritten Welt in erster Linie von diesem Bereich bestimmt werden.

Es erscheint mir aber unumgänglich, die Verschiedenartigkeit der Entwicklungsländer, ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse wie ihrer Beziehungen zu ‚den' Industrieländern allgemein und der Bundesrepublik im Besonderen stärker als bisher in der Arbeit zu berücksichtigen. Das bedeutet einen erheblich größen Aufwand und größere Sorgfalt zu verwenden auf die Erstellung von Informationsmaterial für die Bildungsarbeit.

Das Thema ist derart kompliziert und vielschichtig, daß mit oberflächlichen Analysen und kurzschlüssigen Verallgemeinerungen bestehende Vorurteile und Unkenntnis über die Problematik der Dritten Welt eher bestätigt als abgebaut werden (43).

Auseinandersetzung um Neue Weltwirtschaftsordnung

Für unumgänglich halte ich auch, daß die A3WH die aktuellen Auseinandersetzungen und Bemühungen um eine Reform des Weltwirtschafts- und handelssystems stärker in ihre Bildungsarbeit einbezieht. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Auseinandersetzung für die weitere Entwicklung vieler Länder der Dritten Welt wie auch mancher Industriestaaten wie die BRD, müßte dies eigentlich selbstverständlich sein (44). Dabei wäre es wünschenswert, wenn die A3WH nicht einfach sich die Forderungen und Entwicklungsländer etwa auf unctad IV zu eigen machen und sich politisch zu ihren Fürsprechern machen würde. Vielmehr meine ich, daß sie sich kritisch damit befassen sollte, welche Entwicklung damit angestrebt wird und wer davon profitieren wird. Dies ist im Ansatz geschehen beim unctad-Seminar im April 1976 in Bad Boll, dessen Teilnehmer die unctad-Forderungen bewerteten als „Versuch der Entwicklungsländer, geschlossen ihre Interessen gegenüber den Industrieländern durchzusetzen. Aus diesem Grund sind die Forderungen zu unterstützen. Jedoch bezweifeln die Seminarteilnehmer, daß die Forderungen realisierbar sind und daß, selbst bei ihrer Verwirklichung, die Grundprobleme der Entwicklungsländer (damit) gelöst werden. Dieses Programm (das ‚Integrierte Rohstoffprogramm') stützt sich ausschließlich auf wirtschaftliche Gegebenheiten. Überlegungen, die die soziale Schichtung und machtpolitische Änderungen zwischen diesen Schichten sowie die Auswirkungen des Rohstoffprogramms auf sie berücksichtigen, werden nicht durchgeführt" (45).

‚Abkoppelung und selektive Kooperation' als neues Bezugsmodell der A3WH?

Das der A3WH-Konzeption zugrunde liegende Entwicklungsmodell der Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt könnte durch solche kritischen Überlegungen in Frage gestellt werden. Auf dem erwähnten Seminar wurden denn auch konsequenter Weise Alternativen zu diesem Entwicklungsmodell diskutiert, die mit dem weitgehenden Scheitern der Internationalen Entwicklungsstrategie zunehmend Aktualität gewinnen (46). Durch die weite Verbreitung von Rudolf Strahms Werkbuch „Überentwicklung – Unterentwicklung" in Kreisen der Aktionsgruppen müßte die dort kurz dargestellte ‚Disengagement-Strategie' weithin bekannt sein (47).

Ausformuliert als Strategie der ‚Abkoppelung und selektiven Kooperation' heißt dies, daß die Entwicklungsländer sich aus den für sie nachteiligen Wirtschaftsbeziehungen zu den Industriemächten lösen, mehr untereinander kooperieren, eine selbständige Entwicklung auf der Grundlage eigener Ressourcen betreiben und nur dort ‚selektiv' mit den Industieländern kooperieren, wo sie ihre Interessen durchsetzen können oder wo es übergangsweise noch unumgänglich ist (48). Ein solches Modell könnte m. E. zum Bezugsrahmen für die Arbeit der Dritte-Welt-Handel-Aktionen werden und würde dann die Devise ‚Hilfe durch Handel' wesentlich differenzieren müssen. Ein Ansatz dazu wurde gemacht von dem erwähnten Seminar in Bad Boll, das vor dem Hintergrund der Kritik an den unctad-Forderungen und der Disengagement-Strategie ‚Thesen zur selektiven Handelsförderung' erarbeitet hat (49).

Dialog mit den Partnern ausbauen

Eine solche als ‚selektive Handelsförderung verstandene Arbeit müßte sich allerdings vielmehr als das bisher bei der A3WH geschieht, auf einen Dialog mit den Partnern in der Dritten Welt einlassen. Ein Partner der A3WH aus der Dritten Welt, der dem Alternativhandels-Konzept kritisch gegenübersteht, sagte mir zu diesem Problem: „Erforderlich ist ein wesentlich näherer Kontakt mit den Gruppen oder Organisationen in der Dritten Welt, bei dem Informationen ausgetauscht werden und die beiderseitigen Entwicklungsvorstellungen und Ziele diskutiert werden. Wenn aufgrund eines solchen Dialogs sich die Alternativhandelsgruppe hier mit den Zielen und Vorstellungen der Gruppe dort identifizieren kann, und umgekehrt, dann kann gemeinsam überlegt werden, auf welche Weise eine Unterstützung sinnvoll und möglich ist. Das kann in konkreten Fällen durchaus Vermarktung von Produkten der Gruppe sein, daneben gibt es aber vielfach andere Wege der Unterstützung, die effektiver sind" (50).

Obwohl im Zusammenhang des Zitats nicht von ‚selektiver Handelsförderung' die Rede war, macht es doch, daß ein wirklicher Dialog aus mehr bestehen muß, als das Suchen nach Partnern, die vordergründig dem Interesse am Import von kunsthandwerklichen und anderen Waren entgegenkommen.

Fundierte Methode erforderlich
Der geringe Erfolg der Informationsarbeit der A3WH macht allzu sehr deutlich, daß es ohne eine ausgearbeitete Methode nicht möglich ist, die schwierige Thematik breiten Bevölkerungsschichten nahezubringen, erst recht, wenn es darum gehen soll, daß die Bedeutung dieser Zusammenhänge für die eigene Situation deutlich und handlungsrelevant werden soll (51).

Dabei müßte der richtige Ansatz der A3WH, der des Aktions-Lernens, unbedingt erhalten und ausgebaut werden. Größtes Hindernis hierbei scheint mir die faktische Dominanz des wirtschaftlichen Teils der Aktion zu sein, die bisher auf allen Ebenen den Bildungsansatz unterlaufen hat: bei den Käufern, indem ihr ‚Konsumbedürfnis' über das ‚Informationsbedürfnis' siegt; bei den Aktionsgruppen, indem Umsatzerfolge faktisch doch höher bewertet werden als zugegebenermaßen schwerer zu erlangende Erfolge in der Bildungsarbeit; und bei der A3WH als Organisation, indem ihr ‚wirtschaftlicher Arm' sich immer wieder mit Leichtigkeit gegenüber dem ‚pädagogischen Arm' durchsetzt. Ob es gelingt, dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen, wird m. E. entscheidend dafür sein, ob die A3WH es noch fertig bringt, zu einer entwicklungspolitisch relevanten Organisation zu werden.

Kräfteverhältnis zwischen A3WH e. V. und GEPA ändern!
Daraus folgt, daß die A3WH als Organisation mit Bildungsanspruch große Anstrengungen unternehmen muß, um eine einheitliche Linie der Arbeit auf dem pädagogischen und dem wirtschaftlichen Gebiet durchzusetzen, damit wirklich „Verkauf und Bildung Hand in Hand gehen", d. h. unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten aufeinander abgestimmt durchgeführt werden. Dazu ist einerseits erforderlich, daß die A3WH e. V. viel stärker als bisher den Dialog mit den Aktionsgruppen und den Läden führt, um mit ihnen gemeinsam ihre Politik gegenüber den einseitig auf Umsatzsteigerung ausgerichteten Positionen der GEPA durchzusetzen. Diese ist letztlich auf die Aktionsgruppen angewiesen, der Ladenverein stellt einen wichtigen Bündnispartner der A3WH e. V. in der Gesellschafterversammlung der GEPA dar.
Wenn es der A3WH nicht gelingt, die GEPA im bezeichneten Sinn ‚unter ihre Fuchtel' zu bringen, wäre sie besser beraten, ihre eigenen Wege zu gehen und ggf. nur noch ‚selektiv' mit ihr zu kooperieren.

6. Nachwort: Besser als Karstadt?
Besagter Freund aus der Dritten Welt sagte mir zu der Zielsetzung der Dritte-Welt-Handels-Bewegung folgendes: „Wenn ihr wirklich der Meinung seid, die Probleme der Dritten Welt seien dadurch zu lösen, daß durch Exportförderung Arbeitsplätze geschaffen werden, warum überlaßt Ihr das denn nicht den multinationalen Konzernen? Ihre Kapazität ist wesentlich größer als Eure, sie schaffen wesentlich mehr Beschäftigung in der Dritten Welt als Ihr es je könnt." Auf meinen Einwurf, die Dritte-Welt-Handel-Aktionen würden im Unterschied zu den Multis bei ihrer Arbeit den ‚menschlichen Aspekt' („human concern") berücksichtigen, kriegte ich zur Antwort: „Diese ‚menschlichen Aspekte' sind reiner Verbalismus, solange sie sich nicht materiell („in material terms") umsetzen" (50).
Folgendes Beispiel soll das Problem verdeutlichen:
Karstadt hatte im vergangenen Herbst in Karlsruhe eine Verkaufsausstellung „Tansania zu Gast bei Karstadt", bei der ein wirklich anspruchsvolles Sortiment von Kunsthandwerk, die reichlich mit Fotos und Erläuterungen zum kulturellen Hintergrund der Waren, zur wirtschaftlichen Situation Tansanias und auch zum Entwicklungsweg Tansania nach dem Prinzip des ‚Vertrauens auf die eigene Kraft' versehen war. Aus einem Faltblatt erfährt man, daß „die Schau von einem Kenner des Landes in Kooperation mit dem tansanischen Wirtschaftsministerium und der National Development Corporation (NDC), Dar es Salaam, zusammengestellt" wurde. Auf der Rückseite in Großdruck (52):

„KUNSTGEWERBE AUS OSTAFRIKA
IST MEHR ALS NUR EIN SCHMUCK FÜRS HEIM . . .
. . . ES STILLT HUNGER!
. . . ES LINDERT NOT!"

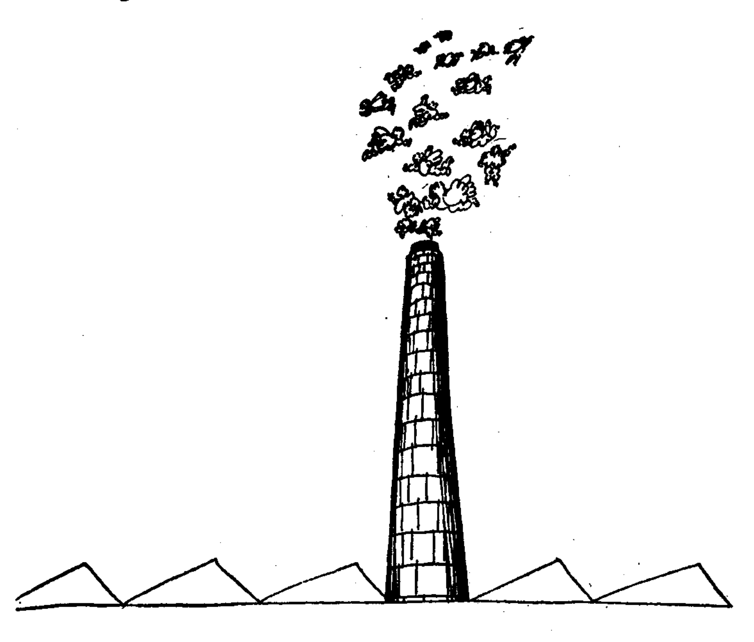

Aktionsverkaufsstand in Regensburg

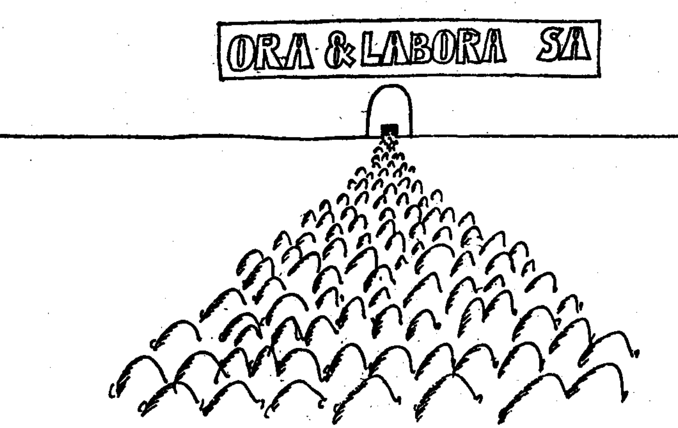
Ist Karstadt besser als Aktion Dritte Welt Handel?



Anmerkungen

1. Hans **Conraths**, Der Dritte-Welt Kunsthandwerkmarkt in der Bundesrepublik Deutschland, Rom, Juni 1976, gibt auf S. 71 die Zahl der Aktionsgruppen mit ca. 1.500 an; die AG Dritte Welt Läden e. V. verfügt über eine Adressenliste, die Mitte 1976 über 50 Läden umfaßt; die Umsatzschätzung geht aus von Angaben **Conraths** (S. 71): die GmbH der Aktion Dritte Welt Handel setzte 1975 (2. Halbjahr) allein 9,2 Mio. DM um, sowie Angaben einiger Läden
2. Ernst-Erwin **Pioch**, Aktion 3. Welt-Handel, Stuttgart, August 1970, hektographiertes Arbeitspapier, S. 2
3. **Pioch**, S. 1
4. **Pioch**, S. 5
5. Quellen: Edda **Stelck**, Die „Aktion Dritte Welt Handel" als Beispiel außerschulischer Jugendbildung innerhalb der Jugendverbände AEJ/BDKJ, Maschinenskript, o. O., o. J. (Frankfurt ca. Ende 1973), S. 3; und **Conraths**, S. 71
6. Harry **Neyer**, „Vom Bastkorb zum Guatemala-Kaffee, in: „Aktion! 74" (Informationsmappe der Aktion Dritte Welt Handel), Hsg. Gesellschaft für Handel mit der Dritten Welt mbH, Wuppertal, Februar 1974
6. Harry Neyer, Trends – Tendenzen und offene Fragen bei der A3WH, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 4/1973, zitiert nach **Stelck**, S. 10
7. Stelck, S. 53
8. In der Präambel der Satzung der A3WH e. V. werden zwar die Regionalkonferenzen neben dem entwicklungspolitischen Arbeitskreis von AEJ/BDKJ als Vereinsgründer genannt; außer ihrer stimmberechtigten Vertretung in der Mitgliederversammlung (§ 7) wird jedoch nichts über ihre Funktion und Arbeitsweise in der Satzung gesagt.
9. „Unsere Dritte Welt", Nr. 4, Hsg.: A3WH e. V., Frankfurt, Juli 1975
10. Ebenda
11. da selbst viele Aktionsgruppen die Organisationsstruktur der A3WH nicht durchschauen, folgende Übersicht – aus Platzgründen klein gedruckt.
12. Quelle: „Unsere Dritte Welt" Nr. 7, Juli 1976, S. 6 f.
13. für 1976 liegen noch keine Angaben vor, Quelle für '75 s. Anm. 1
14. Gerd **Nickoleit**, Entwicklung der Unterentwicklung, Hsg.: A3WH e. V., Frankfurt/Main, o. J.; „Aktion Dritte Welt Handel – **Ziel und Strategie**", Faltblatt, Hsg. A3WH, Zentrale Geschäftsstelle Wuppertal, zitiert nach der 4. Auflage, Februar 1974; „Aktion Dritte Welt Handel – **Ein Entwicklungspolitisches Modell**", Hsg.: A3WH e. V. Frankfurt/M., o. J. (1975)
15. **Nickoleit**, S. 8
16. ebenda, S. 9
17. ebenda, S. 13
18. ebenda, S. 14
19. ebenda, S. 15
20. „**Ziel und Strategie**"
21. „Fahrplan der A3WH", in: „Aktion ! 74", (Informationsmappe der A3WH), Hsg.: Gesellschaft für Handel mit der Dritten Welt mbH, Wuppertal, Februar 1974
22. „**Ziel und Strategie**"; die Formulierung stammt aus den ersten Anfängen der A3WH, vgl. **Pioch**, S. 1
23. „**Ziel und Strategie**"; zum Konzept Freire's, daß er im Rahmen politischer Alphabetisierung entwickelt hat, vgl. Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, Stuttgart 1971
24. alle Zitate in diesem Abschnitt sind aus „**Ein entwicklungspolitisches Modell**"
25. Es gibt bisher keine Untersuchung der Dritte-Welt-Läden; ein Vergleich etwa einiger Läden in Baden-Württemberg, die ich aus eigener Anschauung kenne, würde bereits erhebliche Unterschiede in Zusammensetzung der Mitarbeiter Zielsetzung und Arbeitsweise zeigen.





26. vgl. etwa das Protokoll der Ladenkonferenz Januar 1976 in Herne, abgedruckt in „Unsere Dritte Welt", Nr. 6, März 1976
27. Stand Oktober 1976, Quelle: Preisliste der GEPA
28. Gemeint sind folgende Projektpartner: Tole Tee, Kamerun, CONSOLEXPORT, Sri Lanka, Jute Works, Bangla Desh, FONDO, Mexiko, SIMBA-Tee, Tansania und SINGA-Tee, Sri Lanka; anzuführen wäre noch (mit Einschränkungen) die Kaffeegenossenschaftsverband FEDECOCAGUA, Guatemala, wo die (noch 12) Importe bisher von S. O. S. getätigt werden; möglicherweise gibt es noch einige andere ‚gute Projekte', nur reichen m. E. die Informationen zur Beurteilung nicht aus; es lohnt sich, die Projektbeschreibungen bei A3WH anzufordern, da eine ausführliche Projektanalyse im Zusammenhang dieses Artikels nicht geleistet werden konnte.
29. **Conraths**, S. 76 gibt für die GEPA 1975 ein Verhältnis von 20 % Gebrauchsgegenständen gegenüber 80 % Kunstgegenständen an, zum Vergleich beim Normalhandel: 70–80 % Gebrauchsgegenstände.

30. mehr als 1/5 der Waren sind billiger als 5 DM, mehr als 2/3 billiger als 20 DM; die 3 größten Warengruppen 'Körbe, Taschen, Schalen etc.', Masken, Figuren, Statuen etc.' und 'Kurzwaren' umfassen mit 329 Artikeln weit mehr als die Hälfte des Angebots; Zahlen nach Preisliste Okt. '76 der GEPA; die Angaben beziehen sich nicht auf Umsatzanteile, lassen sich aber erfahrungsgemäß annähernd übertragen.
31. vgl. **Conraths**, S. 30
32. vgl. „Unsere Dritte Welt", Nr. 6, März 1976, S. 9
33. folgendes Zitat verdeutlicht dieses Problem: die Beratung durch einen Mitarbeiter „wird häufiger in Anspruch genommen, als es die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter der A3WH (zur Zeit 2) beantworten können. Die Beratung 'am Ort', das Zusammentreffen mit der Gruppe in ihrer Situation ist neben den Vorbereitungsseminaren die wichtigste Funktion der päd. Arbeit der A3WH"; dies schrieb **Stelck**, S. 44 bereits vor Jahren! Die Zahl der Mitarbeiter ist seither praktisch gleich geblieben, die der Aktionsgruppen hat sich vervielfacht!

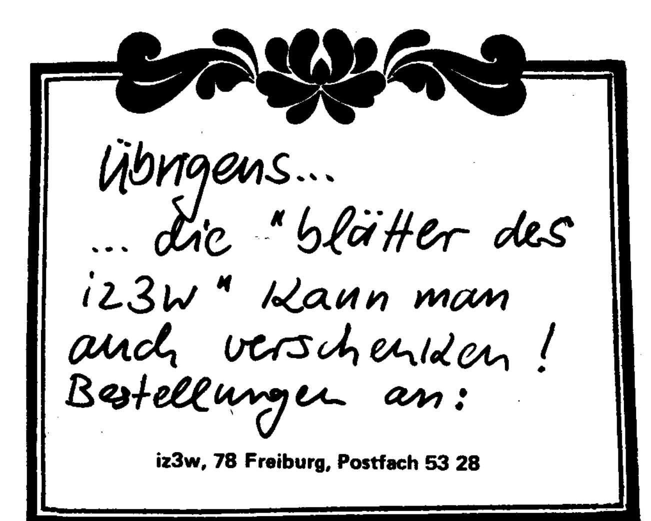


Addressenänderung rechtzeitig bekanntgeben

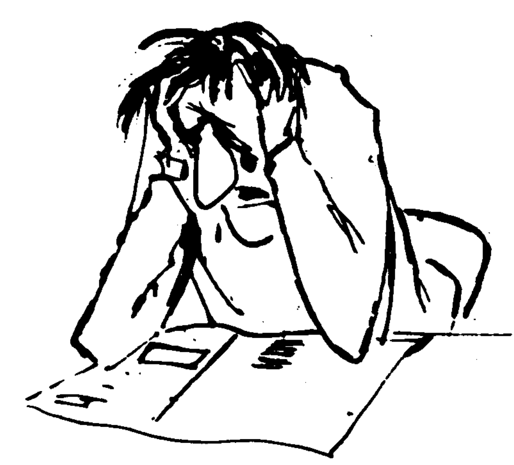
34) bereits vor Jahren schrieb Stelck, S. 44, daß die (damals 2) Mitarbeiter nicht in der Lage seien, die Gruppen ausreichend zu beraten.
35) vgl. das Zitat im 1. Kapitel, s. Anm. 4
36) die einzige vorliegende Evaluation hat Edda Stelck, seit Jahren Bundesreferentin der A3WH, geleistet. Ihre Ergebnisse sind leider in der weiteren Arbeit der A3WH kaum berücksichtigt worden. Sie schreibt zusammenfassend: „Das 'normale' Käuferverhalten, eine karitative Motivation zum Kauf, gekoppelt mit der Feststellung, daß in 50 % aller Aktionen die Verkäufer = Jugendgruppen unzureichend informiert sind, schließt mit Sicherheit den 'Bewußtmachungsprozeß' bei den Käufern aus . ." **Stelck**, S. 50
37) vgl. **Conraths**, S. 76



39) der Vortrag wurde gehalten auf einer Planungstagung der EKD zur entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit im Mai 1976; Samuel L. **Parmar**, Erziehung zur Entwicklungsverantwortung, in: „Aktuelle Gespräche", Nr. 4/76, Hrsg.: Evangelische Akademie Bad Boll



40) **Parmar**, S. 15
41) **Parmar**, S. 17
42) **Parmar**, S. 18
43) das Infomaterial der A3WH ist nicht durchweg dieser Art; ich sehe aber vor allem im Zusammenhang mit dem sehr einseitigen Warenangebot die Gefahr, daß A3WH z. B. das Vorurteil bestärkt, die Menschen in der Dritten Welt seien zu nichts anderem fähig, als Kunstgewerbe von niedriger Qualität, das vielfach als „Ramsch" eingestuft wird, zu produzieren.
44) an der unctad-Kampagne 1976 hat sich die A3WH inhaltlich fast nicht beteiligt; sie hat zwar die formale Trägerschaft übernommen, im übrigen lediglich einen verspäteten Aufruf, die Forderungen der Entwicklungsländer zu unterstützen, abgedruckt – „Unsere Dritte Welt", Nr. 7, Juni 1976, S. 13 f.
45) vgl. den Bericht über das unctad-Seminar im April 1976 in Bad Boll, in: Rundbrief Nr. 2 des Dachverbandes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg, April 1976
46) vgl. z. B. „Erklärung und Aktionsprogramm von Manila", in: Dritte Welt Materialien, Nr. 5/1976, Hsg.: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Schüler, Hannover, S. 3 f.
47) Rudolf H. **Strahm**, Überentwicklung – Unterentwicklung, Nürnberg 1975 (Laetare – Stichwörter zur Entwicklungspolitik Nr. 55), S. 119



Immer diese langen Artikel....

48) vgl. ausführlich hierzu Dieter **Senghaas**, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik – Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/M. 1977 (edition suhrkamp)
49) abgedruckt in: Bericht über unctad-Seminar . . . (S. Anm. 45), S. 8
50) es handelt sich um einen Mitarbeiter einer unabhängigen Entwicklungsorganisation in einem Land der Dritten Welt, daß wie viele andere diktatorisch regiert wird; da die Arbeit dort ständig von Verfolgung bedroht wird, bin ich gebeten worden, die Anonymität zu wahren.
51) Vgl. „Ziel und Strategie"
52) „Tansania zu Gast bei Karstadt", Faltblatt der Firma Karstadt o. O., o. J.; Karstadt macht mit Kunsthandwerk aus der Dritten Welt einen Jahresumsatz, der in der Größenordnung der Gesamtumsätze der Dritte-Welt-Handel-Aktionen liegt, vgl. **Conraths**, S. 56.

A3WH: Kritik eines „entwicklungspolitischen Modells"

DRITTE WELT-HANDELS-AKTIONEN: KRITIK EINES „ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN MODELLS"

1. Vorbemerkungen

1.1 Mein Artikel setzt bestimmte Grundinformationen über die Aktion Dritte Welt-Handel voraus. Diese sind im voranstehenden Artikel von W. Müller enthalten. Es empfiehlt sich daher für Leser, die die Aktion Dritte Welt-Handel noch nicht kennen, zuerst seinen Artikel zu lesen.
1.2 Die Kritik soll die Dritte Welt-Handels-Aktivitäten (vor allem am Beispiel der A3WH) daraufhin überprüfen, ob sie tatsächlich einen Beitrag leisten zur Unabhängigkeit der unterentwickelt gehaltenen Länder, zur Unterstützung von fortschrittlichen Gruppen und Personen, die in diesen Ländern gegen Unrecht und Unterdrückung kämpfen, und zur Schaffung eines in diesem Sinne solidarischen Bewußtseins in der Bevölkerung der BRD. Welche Kriterien wir dazu anlegen, haben wir in der Vergangenheit bei den Aktionen deutlich gemacht, die wir unterstützt haben, und werden im folgenden bei den Vorstellungen und Aktivitäten der A3WH näher erläutert.
1.3 Es sind selbstverständlich in diesem Artikel nicht alle Dritte-Welt-Handels-Aktivitäten erfaßbar. Dazu liegen uns keine ausreichenden Informationen vor, das würde außerdem den Rahmen des Artikels sprengen. Neben der grundsätzlichen, d. h. alle Dritte-Welt-Handels-Konzepte betreffenden Kritik an der Idee von Projektunterstützung und Informationsverbreiterung durch Warenverkauf gehe ich im einzelnen vor allem auf Aktivitäten der A3WH ein, wodurch sicherlich der übergroße Teil der Dritte-Welt-Handels-Aktionen abgedeckt ist. Dieser Artikel beansprucht jedoch auch keine umfassende Darstellung der A3WH – das leistet der voranstehende Artikel von W. Müller –, sondern er greift beispielhaft Projekte, Broschüren etc. heraus.
Grundlage für den Artikel sind also A3WH-Materialien, Zeitungsberichte (über Läden) und eigene Beobachtungen (bei A3WH-Verkaufsaktionen und Seminaren mit A3WHlern).

2. Grundkonzeption von Dritte Welt-Handels-Aktionen
Obgleich das Faltblatt „A3WH – Ein entwicklungspolitisches Modell" 2), das Auskunft über Ziel und Selbstverständnis der A3WH geben soll, eher eine unsystematische Aneinanderreihung von Aktivitäten-Beschreibungen („Weltmarkt vor Ort"), etwas Geschichte, kurzfristigen Zielvorstellungen („alternativer Handel") und langfristigen Wunschvorstellungen ist, lassen sich daraus doch zwei Stoßrichtungen der A3WH ermitteln:
a) „Sie hat als erstes Ziel die entwicklungspolitische Bildungsarbeit für ein breites Publikum ... " Dadurch sollen Käufern und Verkäufern die Ursachen der Unterentwicklung deutlich gemacht und Veränderungen im Sinne einer gerechten Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung angestrebt werden (eine Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der A3WH über die Ursachen der Unterentwicklung und die Perspektiven einer „Weltgerechtigkeit" wird bei ihren Projekten (Kap. 3), ihrer Verkaufskonzeption (4.1) und dem Inhalt ihrer Broschüren (4.2) zu leisten sein).
b) „Bildung und Verkauf gehen Hand in Hand ... Die Aktion Dritte Welt-Handel will die Interessen der Partner in der 3. Welt vertreten. Ihnen ist daran gelegen, zur Selbsthilfe zu kommen." Als zweites Hauptziel sieht die A3WH also die Unterstützung von Projekten in der 3. Welt durch den Verkauf von Waren, die in diesen Projekten hergestellt werden.
Nach diesen zwei Hauptbereichen der A3WH-Arbeit habe ich meine Kritik gegliedert.

3. Projekte und Produkte
3.1 Grundsätzliches
3.1.1. Träger und Arten der Projekte
Die meisten A3WH-Projekte werden von kirchlichen Stellen im Entwicklungsland (oft von Missionaren) getragen und/oder seit längerer Zeit von einem der deutschen kirchlichen Hilfswerke unterstützt. Dies wird wohl auch in Zukunft so bleiben, da die Kirchen bei der Auswahl der künftigen Projekte das Sagen haben (vgl. im Artikel von Müller: Die Organisationsstruktur der A3WH).
In den letzten zwei Jahren sind zwar verstärkt Projektbeschreibungen und Produktinformationen von A3WH veröffentlicht worden, die aber – mit wenigen Ausnahmen – nur sehr dürftige (Detail-)Informationen über die unterstützten Projekte liefern. Dieses Informations-Defizit herrscht im übrigen auch in den Köpfen der A3WH-Funktionäre, die auf verschiedenen Tagungen (12./13. Okt. 74, Freiburg; 13. – 17. 9. 76, Nürnberg) und brieflich (Geschäftsführer Meijs, 17. 10. 74 „. . . nur teilweise Auskunft geben, da die meisten unserer Projektbeschreibungen noch nicht ins Deutsche übersetzt worden sind." ! !) zugeben mußten, daß sie selbst nur über einen kleinen Teil der Projekte tatsächlich gut Bescheid wissen.
Es genügen offenbar vielfach die Attribute „genossenschaftlich", „Selbsthilfeorganisation" u. ä., um ein Projekt als sinnvoll zu qualifizieren. „Der Ansatzpunkt für jede Entwicklung ist der Zusammenschluß von Menschen zu einer Gruppe. Deswegen fördert die Aktion Dritte-Welt-Handel Kooperativen und Selbsthilfegruppen." 3) Das wird nicht weiter erläutert, es lassen sich daher eine Menge Fragen an diesen programmatischen Satz richten:
- Um was für eine „Entwicklung" soll es sich denn handeln? Gibt es nicht unzählige „Zusammenschlüsse von Menschen zu einer Gruppe" in den Entwicklungsländern die eine Entwicklung betreiben, die im Gegensatz zu den Interessen der armen Massen in den jeweiligen Ländern steht?
- Und ist eine Kooperative, die lediglich die Verdrängung ihrer Konkurrenten zum Ziel hat, auch förderungswürdig?

Es müssen also wesentlich präzisere und konkretere Kriterien zur Beurteilung eines Projekts herangezogen werden, etwa: Dient das Projekt langfristig nur einer kleinen Gruppe von Menschen oder der breiten Bevölkerung? Welche politischen Vorstellungen hat die unterstützte Gruppe von der Entwicklung ihres Landes?
Zur Anwendung dieser Kriterien müßte in den Projektbeschreibungen auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des jeweiligen Landes eingegangen und das Projekt mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Dies geschieht in den meisten Projektbeschreibungen der A3WH nur in we-

nigen Sätzen, d. h. völlig unzureichend. So ist z. B. viel von Ermunterung zur „Selbsthilfe" und Anregung zur „Initiative" die Rede bei einem indischen Projekt. 4) Nirgends wird aber gesagt, welche Perspektiven die dort unterstützte Genossenschaftsbewegung hat und wohin die Selbsthilfe denn führen soll! Haben die Verantwortlichen von A3WH denn „übersehen", daß das Massenelend in Indien keineswegs an mangelnder Initiative liegt, sondern vielmehr an der Besitzlosigkeit der Armen und dem Besitz der wenigen Reichen? Muß also dann eine Genossenschaft in einem solchen Land nicht die Beseitigung der bestehenden Besitzverhältnisse zum Ziel haben? Sie fördert sonst lediglich die Einkommensverbesserung ihrer eigenen Mitglieder und beschränkt sich auf den dabei erreichten relativen „Wohlstand", ohne die Ursachen der Armut anzugehen. Die zumeist oberflächlichen Projektbeschreibungen reichen keineswegs aus, einen Entwicklungswert für das jeweilige Land erkennen zu lassen. Sehr oft ist auch die Einkommenssicherung für eine Gruppe unterprivilegierter Produzenten das einzige (erkennbare) Motiv für die Unterstützung eines Projekts. 5) (Widerspruch zum Anspruch der A3WH)



3.1.2. Exportorientierung und Weltmarktintegration
Die Vorstellung eines gerechten Welthandels bzw. gerechter Preise für die Produzenten in der 3. Welt (Umgehung von Zwischenhändlern) als wichtiges Mittel zur Entwicklung der unterentwickelten Länder spielt natürlich bei der A3WH eine dominierende Rolle.
Die Forderung nach gerechten Austauschbedingungen für die Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt ist sicher nützlich für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Unabhängigkeit der 3. Welt-Länder. Die A3WH allerdings geht noch einen Schritt weiter: Durch die Abnahme von Produkten aus der 3. Welt, die bisher nicht auf dem Weltmarkt angeboten wurden, „verführt" sie die betreffenden Produzenten zur Orientierung an den Bedürfnissen europäischer Abnehmer: „Kunstgewerbliche Güter aus der Dritten Welt haben zur Zeit in Europa gute Marktchancen." 3) Außerdem unterwirft sie die Produzenten ihrer Projekte langfristig notwendigerweise den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts: „Auf die Dauer ist es jedoch keine erfolgversprechende Methode, mit karitativen Preisen eine unrentable Produktion zu stützen. Die Produzenten müssen langsam an die europäischen Marktbedingungen herangeführt werden mit dem Ziel, sie stark und selbständig zu machen, daß sie für den europäischen Markt produzieren können." 3)
Diese Bestrebungen sind aus verschiedenen Gründen sehr verhängnisvoll:
a) In den meisten Ländern der 3. Welt bestehen noch Grundbedürfnisse der breiten Bevölkerung, die nicht befriedigt werden. Es wäre also zu fordern, daß eine Genossenschaft (zumindest langfristig) Waren oder Dienstleistungen produziert, die im eigenen Land „nachgefragt" werden. Eine solche Tendenz ist bei den A3WH-Projekten nicht zu erkennen. Eher das Gegenteil ist der Fall: A3WH hindert (ungewollt vielleicht) diese Genossenschaften daran, eine an der Entwicklung ihres Landes orientierte Produktion aufzunehmen.
b) Solange es den von der A3WH angestrebten gerechten Weltmarkt nicht gibt, erscheint eine Integration in deselben äußerst bedenklich: Die nach Konjunkturlage, Profit-Situation westlicher Konzerne und technisch-wirtschaftlicher Entwicklung in den Industrieländern schwankenden Preise für Entwicklungsländer-Produkte, die allmähliche Verschlechterung der Austauschbedingungen für die Entwicklungsländer und die Verfestigung monokultureller Strukturen sind nur einige Stichworte zur Charakterisierung des kapitalistischen Weltmarkts, der sich für die Entwicklungsländer als entwicklungsfeindlich erwiesen hat und erweist. Längere theoretische Ausführungen zu diesem Thema sind hier leider nicht möglich, eine Konkretisierung erfolgt am Beispiel einzelner Projekte weiter unten)

3.1.3. Produktarten
a) Aus den im Artikel von W. Müller angeführten Zahlen läßt sich ersehen, daß die übergroße Zahl der Produkte aus den Projekten (kunst-)handwerkliche Gegenstände sind, die vielfach nicht einmal einen Gebrauchswert haben: Es spricht sicher nichts dagegen, die Kunst und Fertigkeiten der Völker der 3. Welt bei uns bekannt zu machen. Mit dem schwunghaften Handel solcher Gegenstände läßt sich allerdings keine sinnvolle Beseitigung der Unterentwicklung der jeweiligen Länder einleiten, weil sich darauf kein ökonomischer Fortschritt begründen läßt (s. o. 3.1.2.).
Und nicht einmal das Argument mit dem Verstehen und Kennenlernen hat Bestand, wenn man weiß, daß die Produzenten in den Entwicklungsländern sich gerade bei diesen Waren auf den Geschmack der Kunden in den Industrieländern allmählich einstellen: „Schließlich muß das angebotene Warensortiment erst auf die hiesige Nachfrage abgestellt werden. Manchen Herstellern in Übersee mußte Frau Detzel erst verständlich machen, daß es nicht sinnvoll sei, Nasenringe in Hülle und Fülle anzubieten. . . Den Schnitzern in Bali hat Wilhelm Sing geraten, nicht nur Elefanten, sondern auch Kruzifixe herzustellen, ‚denn bei uns gehen christliche Symbole'." 6) Kein Wunder, daß dieser Laden „inzwischen schon zu einer wahren Fundgrube für Geschenksuchende und Sammler geworden" 6) ist.
Ob sich diese Produkte außerdem gut eignen für die Bewußtseinsbildung bei den Kunden, muß bezweifelt werden: Oftmals dienen sie wohl eher der Aufrechterhaltung bestimmter Vorurteile über die 3. Welt. (Näheres dazu in 4.1. c)).
b) Bei den angebotenen Konsumgütern ist die Gefahr einer Verfestigung monokultureller Produktionsstrukturen (wenn auch im kleinen Rahmen) mitsamt ihren negativen Folgen nicht von der Hand zu weisen. Da es sich bei diesen Produkten um handwerkliche Gebrauchsgegenstände, Kaffee und Tee handelt, ist dringend nach dem Sinn einer Ausweitung solcher Produktion in den Entwicklungsländern zu fragen. Durch die A3WH-Abnahmegarantien kommen die Produzenten überhaupt nicht in Verlegenheit, eine Produktion

zur Befriedigung im Land vorhandener Grundbedürfnisse aufzunehmen. Ein Ankauf von Monokultur- oder auch kunsthandwerklichen Produkten läßt sich nur dann rechtfertigen, wenn bei einer Genossenschaft wenigstens langfristig das Interesse am Umsteigen auf andere Produkte vorhanden ist.





D 1/D 51:	Maisgott, 34 cm hoch; Götterfigur: Tlazihuatzihuatl, 25 cm hoch
D 43/D 44:	Riesenmasken, 60 bis 80 cm hoch
D 19:	Flaschenhalter (auch zum Kühlhalten) aus Stroh, 50 cm

3.1.4. Kirchlicher Einfluß

Die beiden großen konfessionellen Jugendverbände Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) sorgen durch ihre umfangreiche propagandistische und personelle Unterstützung dafür, daß die A3WH heute derart hohe Umsatzzahlen erreicht hat und entwicklungspolitisch einen derart großen Stellenwert im Bewußtsein gerade vieler Jugendlicher bekommen hat.

Die Katholische und Evangelische Kirche haben sich durch ihre finanzielle Beteiligung an der „Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH" (GFP), die die wirtschaftlichen Aktivitäten mit den Partnern und den verkaufenden Gruppen abwickelt, das Hauptentscheidungsrecht über die unterstützten Projekte erkauft. Damit ist den aktiven Gruppen ein wesentliches Recht beschnitten, denn die Auswahl der Projekte ist immerhin für den einen Bereich der A3WH entscheidend.

Es kann an dieser Stelle leider nicht auf die Konzeption und Praxis der kirchlichen Hilfswerke, die durch ihre Mitsprache bei der Projektauswahl massiven Einfluß auf die A3WH-Arbeit bekommen, eingegangen werden. Ein derartiges Hineinbestimmen der Kirchen bzw. ihrer entwicklungspolitischen Unterorganisationen – ohne deren finanzielles Engagement die A3WH nicht denkbar wäre – in die Arbeit der A3WH erscheint aber sehr bedenklich, solange die kirchlichen Projektpartner (und viele A3WH-Projekte sind kirchliche Projekte) vielefach die konservativen Kirchenspitzen in den Entwicklungsländern sind.

3.2 Beispiele

Für die Konkretisierung meiner obigen Kritik habe ich Projekte ausgesucht,
a) über die im Gegensatz zu fast allen andern Projekten umfangreiche Informationen vorliegen und
b) die – wohl auch nach Ansicht der A3WH – zu den „besten" Projekten der A3WH zählen.

3.2.1 Indio-Kaffee 7)

FEDECOCAGUA ist der Verband der Kooperativen kaffeeproduzierender indianischer Kleinbauern in Guatemala, von dem A3WH ihren Indio-Kaffee bezieht. Er wurde 1969 gegründet und 1971 behördlich anerkannt. Heute wird er von 70 Genossenschaften mit über 5.000 Mitgliedern (zusammen mit ihren Familienangehörigen: 50.000 Menschen) getragen. Es handelt sich um eine Produktions- und Absatzgenossenschaft, deren Ziel der Kaffeeanbau, die Verbesserung der Ernte, der Qualität des Exports, der Lebensgewohnheiten der Mitglieder und die Durchführung von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen ist. FEDECOCAGUA wird von Misereor, A3WH und der Aktion 365 unterstützt.

Zur Situation in Guatemala stehen in der Projektbeschreibung einige aufschlußreiche Daten: 3.000 Großproduzenten erzeugen 85–90 % der Gesamtkaffeemenge Guatemalas, die restlichen 10–15 % werden von über 50.000 Kleinbauern erzeugt, „die sozial und wirtschaftlich am Rande existieren und über das ganze Land verstreut leben." 8) Schwierigkeiten, die sich dem kleinbäuerlichen Genossenschaftswesen in Guatemala entgegenstellen, sind nach Auffassung Misereors das Fehlen einer „ädaquaten Gesetzgebung" und genossenschaftlicher Ausbildungs- und Organisationsprogramme und die paternalistische Genossenschaftsförderung durch den Staat. Im Bereich der Kaffeeproduktion besteht eine starke Abhängigkeit der Kleinbauerngenossenschaften von der durch die Großproduzenten beherrschten Nationalen Kaffee-Assoziation (ANACAFE) und der Kaffee-Export-Assoziation. Auch die Regierung tut nichts für die Kleinbauern: „Die Genossenschaftsabteilung des Landwirtschaftsministeriums sollte fördern und beraten, ist aber dazu aus Personal- und Geldmangel nicht in der Lage." 9)

Hier setzt nun FEDECOCAGUA an: Der Verband versucht die Basisgenossenschaften der Kleinbauern zu konsolidieren, einen sicheren Absatz und eine gute Kaffeequalität zu erreichen, die übrigen Kleinproduzenten ebenfalls in Genossenschaften zu organisieren, die Anbaumethoden zu verbessern, die Ernten zu steigern und den Lebensstandard und das Selbstbewußtsein der indianischen Kleinbauern zu heben. Inhalt der genossenschaftlichen Ausbildungskurse sind Grundausbildung und spezielle Fachkenntnisse über die wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaften, Produktion und Vermarktung von Kaffee. Für die Leiter die Genossenschaften finden Studienreisen in ähnliche Genossenschaften nach Costa Rica und Honduras statt.

Was sind die langfristigen Perspektiven dieses Projekts?: In den Projektbeschreibungen läßt sich dazu nichts finden. Die FEDECOCAGUA scheint mit ihren bisherigen „Erfolgen" auch schon recht zufrieden zu sein: Denn sie hat sich „bereits einen bescheidenen Eckplatz am Tisch des nationalen Kaffeekartells gesichert". 10) Von den Besitzverhältnissen (s. o.), die die Ursache für das Elend der indianischen Kleinbauern sind, und ihrer Veränderung ist nicht die Rede. Das kann nur heißen, daß die FEDECOCAGUA (und damit auch A3WH) nur die wirtschaftliche und politische Integration der unterprivilegierten Kaffeeproduzenten zum Ziel hat: Integration in eine nationale Kaffeeproduktion, die von der Firma del Monte und einer Handvoll anderer Großgrundbesitzer beherrscht ist. Die besagte Firma del Monte hieß übrigens früher United Fruit Company und gilt als Musterbeispiel dafür, wie in einem Staat (eben Guatemala) alles nach den Interessen einer Firma geschehen kann. Diese Perspektive bedeutet also keine Beseitigung der Armut der Indio-Bauern, sondern eine Festschreibung dieser Armut auf etwas höherem Niveau. Dieses Ziel, die wirtschaftliche „Besserstellung" durch die Organisierung, hat FEDECOCAGUA offenbar auch den raschen Mitgliederzuwachs gebracht: „Die unmittelbar spürbaren Dienstleistungen durch bessere Preise und billige Kredite sichern dem Genossenschaftsverband einen festen Zusammenhalt". 11)

Ein anderer „Erfolg" des Projekts soll nur kurz gestreift

werden: Der Kaffeeexport Guatemalas macht weit über die Hälfte des Gesamtexport des Landes aus. 12) Das Indio-Kaffee-Projekt der A3WH unterstützt objektiv die Festigung dieser monokulturellen Produktionsweise. Denn nicht einmal langfristig haben die FEDECOCAGUA-Mitglieder vor – sofern man den Projektbeschreibungen glauben kann – ihre Produktion allmählich auf andere (unter Umständen nicht-landwirtschaftliche) Waren umzustellen.
3.2.2. Zum **Ujamaa-Kaffee** aus Tansania, den die A3WH ebenfalls vertreibt, erreichte uns kürzlich eine aufschlußreiche Information: In der Fabrik in Bukoba, aus der der Kaffee stammt, arbeiten außer 80 tansanischen Arbeitern – zwei Fachleute der Firma Nestlé. Diese beiden verdienen mehr als die restlichen tansanischen Arbeiter zusammen: „Die Leute von Nestlé ziehen mehr Gewinn aus der Firma als Tansania." 13)
3.2.3. Ein gutes Beispiel für die zwar klar gesehenen politischen und wirtschaftlichen Widersprüche eines Landes und einen dennoch völlig falschen Ansatz zur Lösung dieser Widersprüche ist das Projekt **MATI/Philippinen**. In der umfangreichen Projektbeschreibung wird gezeigt, daß Großgrundbesitz und Pachtsystem zur Ruinierung und zunehmenden Verelendung der Kleinbauern und Pächter führt. Wie aber ist nun den unterdrückten und ausgebeuteten Filipinos zu helfen?
MATI produziert seit 1968 – anfangs für die niederländische SOS – kunsthandwerkliche Gebrauchs-Gegenstände für Europäer: Ketten, Becher, Vasen, Bambusprodukte . . . Daß diese Produktion genossenschaftlich organisiert ist, von Bildungsmaßnahmen begleitet wird und inzwischen einige hundert Leute umfaßt, sagt noch nichts über den Stellenwert für die Entwicklung der Philippinen aus. MATI wird nichts an der Situation dort ändern, weil es nicht an den Grundlagen dieser Gesellschaft – die ja auch von der A3WH beschrieben wurden – ansetzt.

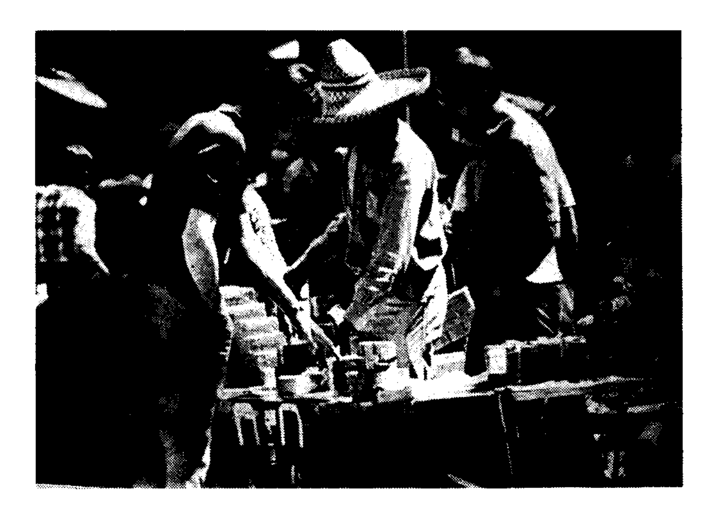


3.2.4 Singa-Tee aus Sri-Lanka
Die A3WH-Informationen über dieses Projekt berichten zunächst ausführlich über die Geschichte des (kolonialen) Teeanbaus im heutigen Sri Lanka. Die beherrschende Rolle multinationaler Konzerne auf dem heutigen Tee-Weltmarkt und auch in Sri Lanka werden aufgezeigt. Der Tee, den A3WH vertreibt, stammt nun aus 1975 verstaatlichten Plantagen und wird von der staatlichen Exportbehörde bezogen, „weil diese einen gemeinnützigen Charakter hat". 14) Welchen Nutzen die Verstaatlichung der Tee-Plantagen für Sri Lanka gebracht hat und wie die Rolle der „gemeinnützigen" staatlichen Gesellschaft zu sehen ist, beleuchten die folgenden Informationen: „Diese auf den ersten Blick sehr positiv scheinende Maßnahme (Die Verstaatlichung der Plantagen, bm) wird jedoch die Abhängigkeit Sri Lankas von den ausländischen Firmen kaum verringern und das Los der Plantagenarbeiter (die Arbeit auf den Plantagen wird fast nur von Frauen geleistet, da diese billiger als männliche Arbeitskräfte sind . . .) nicht verbessern, weil die Gesetzesbestimmungen über zu zahlende Entschädigungen und die zukünftige Verwaltung der Plantagen eindeutig im Sinne der Konzerninteressen festgelegt worden sind. So werden den betroffenen Gesellschaften, wie es heißt, angemessene „Entschädigungen" zugesichert. Allerdings soll die Bezahlung in nicht konvertiblen Rupien erfolgen, um damit eine Reinvestition dieser Gelder in staatlich vorgeschriebenen Projekten zu erreichen (Womit natürlich neue Abhängigkeiten von den Auslandsfirmen entstehen!). Ferner soll das alte Management der Plantagen beibehalten werden und der Absatz des Tees weiterhin unter die Kontrolle der großen britischen Teefirmen (Brooke Bond Leibig, Liptons, Lyons and Tetleys) gestellt werden (NZZ 21. 10. 75). Aufgrund dieser Bestimmungen wird die ‚Verstaatlichung' der Plantagen zu einer rein formaljuristischen Übertragung von Eigentumsrechten an Grund und Boden reduziert. Was bleibt, ist die alte Abhängigkeit Sri Lankas vom Weltmarkt und von den Profitinteressen der ausländischen Gesellschaften." 15)

4. Bewußtseinsbildung durch 3. Welt-Handel
4.1. Verkauf als „Einstieg"
Von den Vertretern der A3WH wird häufig argumentiert, die Verkaufsaktionen seien eine gute Möglichkeit,
a) für die Aktionsgruppe, d. h. die Verkäufer, sich zu informieren und ihr Bewußtsein über Ausmaß und Ursachen des Elends in der Dritten Welt zu schärfen und
b) dasselbe auch bei einer großen Zahl von Menschen, die sonst nicht angesprochen werden können, durch den Verkauf eines Dritte-Welt-Produkts zu erreichen.
Zu a) „Der Verkauf wird durch Jugendgruppen der evangelischen und katholischen Jugendverbände organisiert sowie durch Aktionsgruppen, die sich für die Aktion interessieren. Diese Gruppen werden als Multiplikatoren im Bildungsprozeß angesehen. Daher beginnt die Aktion mit einer gründlichen Information der Gruppen selbst." 16) Daß dies ein möglicher und auch wünschenswerter Effekt von A3WH-Aktionen wäre, ist unbestreitbar. Allerdings läßt sich aus verschiedenen Gründen bezweifeln, daß dieser Anspruch einigermaßen vernünftig realisiert wird. Da ist einmal die Diskrepanz zwischen 1. den notwendigen Informationen für den Verkäufer, um ein Produkt einigermaßen vorstellen zu können, und 2. der von A3WH tatsächlich angebotenen Information (s. o.) und 3. schließlich der von einem bisher uninformierten Verkäufer in vertretbarem Zeitraum tatsächlich verarbeitbaren Materialfülle: Die notwendigen Informationen sind sehr umfangreich, A3WH stellt völlig unzureichende Informationen zur Verfügung, und selbst wenn die A3WH-Informationen gut wären, ist die Frage, ob der Verkäufer sie in angemessener Zeit lesen und verarbeiten kann.

Aufgrund meiner eigenen Beobachtungen bei A3WH-Aktionen, der Anmerkung 36) von W. Müller (s. obigen Artikel) und einer schriftlich vorliegenden Auswertung (der einzigen uns bekannten) einer A3WH-Aktion läßt sich sagen, daß die Verkäufer wohl in den meisten Fällen nicht ausreichend informiert sind. Die genannte Auswertung bezieht sich auf

die von der A3WH zentral vorbereitete und durchgeführte Verkaufsaktion während des Katholikentages 1974 in Mönchengladbach, bei der ich auch selbst persönliche Beobachtungen machen konnte. Die besondere Bedeutung dieser Aktion liegt darin, daß sie von der A3WH-Zentrale vorbereitet und mitdurchgeführt wurde. (Die dort gemachten Erfahrungen sind allerdings kein Einzelfall!). Im Mittelpunkt dieser Aktion stand das Thema „alu-schok", der Verkauf von Schokolade, um auf die Welthandelssituation am Beispiel Kakao und Bauxit (verarbeitet im Aluminium der Verpackung) aufmerksam zu machen. Die Erfahrungen der alu-schok-Verkäufer, die sich mit meinen Beobachtungen decken, bestätigen z. B. die unzureichende Vorbereitung: „Die Teammitglieder waren nur kurzfristig damit vorbereitet." 16)



Eine weitere Schwierigkeit bildet der (bei A3WH strukturell angelegte) Vorrang des Verkaufs vor der Information. Durch die Meßbarkeit des Verkaufserfolgs (im Gegensatz zur Bewußtseinsbildung) und den „Verkaufszwang" gerät die Aufklärung gegenüber der Verkaufsaktivität oft ins Hintertreffen. Denn es ist ja für die A3WH und auch für die Dritte-Welt-Läden nicht möglich, die Verkaufszahlen beliebig der politischen Informationsarbeit zu opfern: Die Projektpartner sind an hohen Absätzen interessiert. Bei der alu-schok-Aktion mußte die Schokolade verkauft werden, um die von der Kirche vorfinanzierten Ausgaben wieder hereinzubekommen. Bei den Läden kommt die Sicherung der ökonomischen Existenz (Miete etc.) dazu.
Vielfach ist natürlich auch die Einstellung der Käufer, die durch den Verkauf politisiert werden sollen, ausschlaggebend für das Verhalten der Verkäufer.
zu b) „Durch den Verkauf von kunstgewerblichen Waren und Konsumgütern soll ein Bewußtmachungsprozeß ausgelöst werden, indem die Käufer mit dieser Ware Information über die Ursachen der Unterentwicklung in der Dritten Welt und die Benachteiligung der Entwicklungsländer im Welthandel erhalten." 16)
Auch die Verwirklichung dieses Ziels in der Praxis läßt sich anhand der Strukturen einer Verkaufsaktion und den vorliegenden Erfahrungen in Zweifel ziehen: Der Versuch erscheint schon von der Konzeption eines Verkaufsstandes oder Ladens her etwas widersprüchlich, den Käufer (!) eines exotischen Kunstgegenstandes über die politische und wirtschaftliche Situation des herstellenden Landes zu informieren. Denn dabei muß dem Kunden ein Informationsinteresse erst „beigebracht" werden, bevor er zuhört. Die Verkaufspraxis bestätigt die Schwierigkeit dieses Unterfangens: So nennen alu-schok-Verkäufer unter anderem folgende Kauf-Ziele ihrer Kunden: „– Glaube, etwas Gutes für die Dritte Welt getan zu haben. Es wurde auch gespendet. – Verpflichtung der Katholiken, für die Dritte Welt was zu tun." 17) Aus einer anderen Quelle dazu: „Der Kauf von Kaffee und Schokolade wurde als gutes Werk betrachtet ... Der vorherrschende Grund war Mitleid der Leute." 18) Und zum Ziel der Bewußtseinsbildung: „Die Informationsvermittlung ist bei dem Verkauf sehr schwer ... Viele haben auf die Informationsmaterialien verzichtet ... Die Käufer hatten keine Zeit." 17) Die Postkartenkampagne, die im Rahmen der alu-schok-Aktion gestartet wurde (gerichtet an den Bundeswirtschaftsminister) erbrachte nach Auskunft eines A3WH-Mitarbeiters nur einen sehr geringen Rücklauf (die Karten gingen zunächst an A3WH zurück). Auch eine jüngere Auswertung Schweizer Gruppen zu Straßenverkaufsaktionen ergab, daß das politische Ziel einer Kaffee-Aktion nicht erreicht wurde, weil der Großteil der Konsumenten" als tatsächliche Konsumenten, als reine Verbraucher erschien." 19) Und selbst in den Läden, in denen ja relativ gut informierte Verkäufer stehen und wo eher Raum und Zeit für Information und Diskussion ist als auf der Straße, haben sich die Ansprüche offenbar den Realitäten angepaßt: „In ihrem ... Laden verbinden die ehrenamtlichen Verkäufer mit dem Handel allerdings auch vielfach die Aufklärung der Bevölkerung. Über den Ladentisch hinweg ergibt sich manches Gespräch über die Problematik der unterentwickelten Länder." 6) schreibt ein Reporter über einen Dritte Welt-Laden in München.
c) **Eignung der Produkte**: Der überwiegende Teil der Waren, nämlich die (kunst-) handwerklichen Produkte, sind schlecht geeignet, einen „Aufhänger" für die Aufklärung über die Situation in der 3. Welt und auf dem Weltmarkt zu bilden: Sie verfestigen wohl eher das Bild vom exotisch-beschaulichen Leben in den Unterentwickelten Ländern, wo die Menschen zwar arm, aber glücklich und einfach geblieben sind. Ein etwas älteres Zitat eines Mitgründers und Förderers der A3WH belegt das sehr gut: „Unter den rund 400 Positionen im Angebot der kunstgewerblichen Gegenstände gibt es einen Verkaufsschlager: einen Affenkopf, gefertigt aus der Schale der Kokosnuß. Was dem recht kitschig-niedlich aussehenden Äffchen solche Popularität einbringt, ist leicht zu erraten: der angebliche Publikumsgeschmack wurde vom Produzenten in Übersee genau getroffen." 20)

4.2 Öffentlichkeitsarbeit der A3WH

Das von A3WH angebotene Informationsmaterial soll das Bewußtsein der Verkäufer und Käufer schärfen.

- Den größten Teil dieses Materials, die **Projektinformationen** nämlich, habe ich oben schon untersucht.
- Die wenigen **Faltblätter** und auch **Plakate** informieren ebenfalls, allerdings noch verkürzter als die Projektbeschreibungen, über bestimmte Projekte.
- In den **Rundbriefen „Dritte/Unsere Welt"** erscheinen Artikel zu Projekten und Produkten, Literaturhinweise, (technische) Tips und interne A3WH-Nachrichten.
- Zusätzlich vertreibt A3WH zwei **„allgemeine" Broschüren:**
  1. Barbara Brouwer, Die Indianer Mittelamerikas: Sie bezieht sich an keiner Stelle auf die Arbeit der A3WH, deshalb will ich hier nicht näher auf sie eingehen.
  2. Gerd Nickoleit, **Entwicklung der Unterentwicklung**: Auf diese Broschüre will ich kurz eingehen, weil sie die einzige „theoretische" Schrift der A3WH ist.

Sie ist sehr unsystematisch und unhistorisch aufgebaut. Die Aneinanderreihung der Oberthemen und Untergliederungspunkte erscheint willkürlich und unlogisch. Dennoch sind einige Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und der Verhältnisse in den Dritte-Welt-Ländern klar be-

nannt: „. . . das gleiche Prinzip, das in jedem einzelnen Land zur Anhäufung von Kapital sowie zur Verarmung führt, herrscht auch zwischen den Ländern und begünstigt die Kapitalansammlung derer, die schon etwas haben, läßt hingegen den Habenichtsen noch nicht einmal das, was für sie eben zum Leben erforderlich ist." 21) An dieser Stelle werden auch die Besitzverhältnisse in der BRD erwähnt. Ebenso werden die Hintergründe von Hungerkatastrophen, Landflucht, Neokolonialismus und vor allem der Welthandelssituation aufgezeigt, während z. B. das Bevölkerungsproblem und die westliche Entwicklungshilfe sehr unkritisch betrachtet werden. So heißt es da z. B.: „Seit den fünfziger Jahren sind die Industrieländer unter dem Zeichen der Entwicklungshilfe in der Absicht angetreten, etwas für die ärmeren Länder zu tun." 22) Wenn man sich die Maßnahmen dieser Entwicklungshilfe und ihre „Erfolge" ansieht, müßte diese Aussage wohl mit den Zusätzen „für die Oberschicht der ärmeren Länder und vor allem für sich selbst" versehen werden, denn die Projekte bereichern meist das sogenannte „Geber"-Land selbst und stabilisieren die Machtverhältnisse in den sogenannten „Nehmer"-Ländern. Die Analyse der Ursachen der Unterentwicklung und der Mechanismen, die sie noch heute aufrechterhalten, ist also z. T. gut, in manchen Punkten allerdings auch unkritisch. Dies fällt noch stärker auf bei der Frage nach den politischen Perspektiven, die in der Broschüre aufgezeigt werden: Am Anfang lassen sich einige sehr richtige Gedanken über die zur Beseitigung der Unterentwicklung notwendigen Maßnahmen finden: „Eine totale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist notwendig, um in einem Land, in dem die Armut sich selbst neu produziert, zum Anfang einer Entwicklung zu kommen." 23) Und einige Seiten weiter steht noch radikaler: „Werden die Besitzverhältnisse aber nicht grundlegend geändert, nützen auch einzelne Reformprogramme nichts." 24)
Je näher der Text aber an die konkreten Fragen des praktischen Ansatzes und dabei der Arbeit der A3WH kommt, desto mehr erscheinen die eben zitierten Sätze als reiner



Verbalradikalismus. Plötzlich wird der nichtssagende Begriff „Strukturveränderungen" eingeführt, der im folgenden zum Schlüsselbegriff der politischen Perspektiven wird. Zunächst wird er auf den Welthandel bezogen, wo er vor allem mit den gegenwärtigen Forderungen der Entwicklungsländer gleichgesetzt wird. Dann weiter: „Strukturänderungen müssen die Durchsetzung der Menschenrechte an der Basis zum Ziel haben." 25) Dann wird die Theorie allmählich der Praxis (der A3WH) angepaßt: „Strukturveränderungen sind immer mit einer Umverteilung von Macht verbunden. Das kann entweder so geschehen, daß die Reichen ein Stück von ihrer Macht abbauen, oder daß die Armen durch Bildung, Selbstvertrauen und Solidarisierung sich Macht verschaffen . . . Realistisch wäre . . ., sich einzugestehen, daß Strukturveränderungen nur durch eine Stärkung und einen Auf-

Projektbeschreibung

Projektpartner
Productos Andinos, Cuenca

GEPA, 56 Wuppertal 2
Langobardenstr. 65

Produkt: Strohartikel
Importeur: GEPA
(Es handelt sich bei den vorgestellten Projekten um etwas ganz Neues. Die betreffenden Waren sind in der BRD noch nicht erhältlich.)

Die in Ecuador traditionellen Wollsachen haben im eigenen Land bei denen, die sie bezahlen könnten – d. h. die Gebildeten und Angestellten – ihre Anziehungskraft weitgehend verloren. Man bevorzugt Kleidung aus synthetischen Fasern und nach modischem Schnitt. Das Kunstgewerbe im allgemeinen lebt heutzutage für 80–90 % vom Verkauf an Touristen oder vom Export; meistens in die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas. Ecuador erzeugt wenig Artikel, die ausgesprochen typisch für das Land sind, so daß die Konkurrenz aus den Nachbarländern stark ist.
Viele Handwerker sind in Genossenschaften zusammengeschlossen. Deren Produktion ist praktisch ganz auf den Auslandsmarkt gerichtet und deshalb davon abhängig. Das Interesse für latein-amerikanische, traditionelle Produkte ist besonders in Nord-Amerika jetzt sehr groß, so daß es keine Absatzschwierigkeiten gibt, nur Organisations- und Finanzierungsfragen, die gelöst werden müssen.
Productos Andinos ist ein Beispiel einer gestandenen Organisation von Handwerkern. Sie entstand Anfang der sechziger Jahre auf Initiative von amerikanischen Entwicklungshelfern des Peace Corps. Eine Reihe von Genossenschaften schloß sich vor fünf Jahren zusammen in einem Dachverband mit einer eigenen Vermarktungsorganisation, mit Sitz in Cuenca. Zur Organisation gehören etwa 10 Genossenschaften mit ähnlichen Gruppierungen. Sie bestreiten ein breites Feld an Kunstgewerbe. Die Organisation kauft auch Produkte von Unorganisierten auf. Productos Andinos verfügt über eine sehr tüchtige Geschäftsführung und ist imstande, Aufträge verschiedenster Art termingerecht zu versorgen. Das Geschäftsvolumen steigt ständig. Der nord-amerikanische Markt nimmt den Großteil der Produktion ab. Erst in der letzten Zeit ist auch der europäische Markt ein wenig erschlossen worden.
Durch den Erfolg haben die angeschlossenen Genossenschaften und deren Mitglieder eine relativ hohe Sicherheit erworben. Manche lassen sogar andere für sich arbeiten, ohne daß diese Mitglieder der Genossenschaft sind oder davon besondere Vorteile genießen. Auch gibt es eine Tendenz, sich so möglichst noch fester zusammenzuschließen, um die Produktion und den Absatz zu steigern. Der ursprüngliche Gemeinschaftsgeist, der in der eigenen Gesellschaft die dringend notwendigen Veränderungen mit vorantreiben wollte, hat nachgelassen. In seinen Statuten ist Productos Andinos auf die Förderung des Genossenschaftswesens und die Fortbildung der Mitglieder, sowie die Bildung von neuen Gruppen ausgerichtet. Das tüchtige Management und die wirtschaftlichen Erfolge wie auch das Fehlen einer systematischen Bildungsarbeit haben ein Zurücktreten dieser Ziele verursacht. In der letzten Zeit sind mehrere Anfragen von Abnehmern an die Organisation gegangen, um dieses Ziel wieder mehr in den Vordergrund zu stellen.

bau von Macht bei den Schwachen denkbar ist ... Die Bedrohung der Profitinteressen kann so eklatant werden, daß sie zu einer veränderten ‚Moral' bei den Reichen und zu einer freiwilligen Umstrukturierung durch Machtabbau führt." 25) Da wird der Bock plötzlich zum Gärtner, wenn er nur kräftig „bedroht" wird! Von den Anfangsbehauptungen seines eigenen Aufsatzes will der Autor anscheinend noch nie etwas gehört haben.

Auch der Anspruch an die Projekte ähnelt immer mehr den Projekten selbst: „Wo aber Produktionsgenossenschaften entstehen, die sinnvoll zusammenarbeiten, wo sichergestellt ist, daß der Lohn auch an die wirklichen Hersteller kommt und wo der Lohn so viel beträgt, daß die Familie davon auf einem vernünftigen, der jeweiligen Gegend angepaßten Lebensstandard leben kann, da wird eine solche Maßnahme durchaus zu einer entwicklungspolitisch wichtigen Funktion." 26) Und der „strukturelle" Ansatz zur Veränderung in den Industrieländern reduziert sich auf die Veränderung von „uns": „Bewußtseinsbildung muß da einsetzen, wo unsere Konsumgewohnheiten, unsere Wirtschaftsinteressen, unsere politischen Lieblingsideen darauf abgeklopft werden, inwieweit sie entwicklungsfeindlich sind." 27) Hat der Autor denn schon den Anfang seiner eigenen Broschüre vergessen? Sind es denn unsere „Konsumgewohnheiten", die die Entwicklung der Dritten Welt verhindern? Und was sind denn „politische Lieblingsideen"? Und wessen „Wirtschaftsinteressen" sind es denn, von denen da die Rede ist: die des Beamten, Arbeiters, der Hausfrau, des Schülers? Wer besitzt denn die Konzerne und Banken, die die Ausplünderung der Völker der Dritten Welt besorgen?

Der Verdacht liegt nahe, daß die Strategie der „Aufklärung durch Verkauf" den zu Anfang der Broschüre gestellten Anforderungen nicht genügen konnte.

5. Alternativen

5.1 **Diese Kritik** hat nichts mit Arroganz und Besserwisserei zu tun. Durch die Bedeutung der A3WH erschien es uns notwendig, einmal ausführlich auf die Widersprüche dieses Konzepts und die Fehler, die daraus in der Praxis entstehen, einzugehen. Es ist ja – um die Kritik nicht zu „billig" zu machen – nur auf die politisiertesten Teile der A3WH, auf gut vorbereitete Aktionen und die besten Projekte hingewiesen worden. Wenn ich mir die für A3WH wohl zu mindestens 3/4 repräsentativen Gemeindeaktionen (auch hier habe ich eigenes Anschauungsmaterial) und die große Zahl der schlechten Projekte vorgenommen hätte, wäre die Kritik für A3Wh (vornehm ausgedrückt) noch etwas ungünstiger ausgefallen.

5.2 Ich will die **politische Praxis unserer Gruppe** nicht als die einzig mögliche und einzig richtige bezeichnen. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen ist sicherlich eine schwierige Form entwicklungspolitischen Engagements für Gruppen, die sich nicht länger mit diesen Fragen beschäftigt haben. Eine Möglichkeit von Aktionen (die wir in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen auch durchführen) gerade für solche Personenkreise will ich im folgenden kurz charakterisieren. Es handelt sich um die **Unterstützung von politischen Gefangenen:**

- Die Befreiung der politischen Gefangenen in den Entwicklungsländern ist eine politisch wichtige Sache, da in den meisten Entwicklungsländern Kräfte inhaftiert sind, die eine grundlegende Veränderung ihrer Gesellschaft im Interesse der Mehrheit ihrer Völker im Sinn haben.
- Einarbeitungszeit und zu bewältigende Informationen für den Beteiligten sind nicht sehr groß.
- Es ist eine Identifikation mit der Person des Gefangenen (seiner Einstellung, seinem Verhalten) möglich, was für den „Einstieg" in Dritte-Welt-Fragen bedeutsam sein kann.
- Eine Kontaktaufnahme mit dem Gefangenen oder seinen Angehörigen ist sehr oft möglich.
- Die Frage nach den Hintergründen der Inhaftierung wird sich den Aktions-Beteiligten sehr rasch stellen und damit die Frage nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes.

Außerdem müssen sie sich für ihre Aktionen informativ vorbereiten, denn

- bei einer Unterschriftensammlung müssen sie den Angesprochenen Informationen über den Gefangenen geben, damit diese sich zu einer Unterstützung bereit finden (damit ist auch für eine Weiterverbreitung der Informationen gesorgt)
- amnesty international und auch entwicklungspolitische Gruppen sind in der Lage, Gefangene zu nennen, deren Unterstützung wichtig wäre, und können dazu umfangreiche Informationen liefern.

5.3. Wir fordern hiermit ausdrücklich alle Leser, vor allem die Dritte-Welt-Handels-Gruppen auf, die **„blätter" zu einem Forum der Auseinandersetzung** über die Fragen der Dritte Welt-Handels-Aktionen zu machen und uns ihre Ansichten dazu zu schreiben.

bm (Aktion Dritte Welt Freiburg)

Alle A3WH-Materialien erhältlich: A3WH, Fichardstraße 38, 6 Frankfurt

---

Anmerkungen:

1) warum das wichtig ist, steht im Vorspann zum ganzen Themenblock
2) alle folgenden Zitate stammen aus diesem Faltblatt
3) A3WH-Broschüre „Entwicklung der Unterentwicklung" (4. überarbeitete und ergänzte Auflage), S. 17
4) aus der Projektbeschreibung SEED/Calcutta (Nr. 813-Indien)
5) z. B. Projekt Giftsland Enterprises, Katmandu (Nr. 742-Nepal) Projekt FONDO, Mexiko (Nr. 302-Mexiko)
6) Südd. Zeitung, 22. 4. 76
7) alle folgenden Angaben – auch über Guatemala –, bei denen keine Quelle angegeben ist, stammen aus der Broschüre „Ein MISEREOR-Projekt sucht Partner: FEDECOCAGUA", Hrsg. MISEREOR
8) ebda, S. 7
9) ebda, S. 6
10) aus einem blauen A3WH-Faltblatt zum Indio-Kaffee
11) MISEREOR-Brochüre 7), S. 9
12) „blätter des iz3w", Nr. 31, Januar 74, S. 71
13) The World of Your Coffee Cup, Jointly published by Campaign Coop, Oxford an World Development Mevement, Bedford Chambers, Covent Garden, London WC 2 E 8 HA, September 76, S. 24
14) aus der 2-seitigen Projektbeschreibung der A3WH, Nov. 76
15) „blätter des iz3w" Nr. 50, Dez. 75, S. 10
16) „Entwicklung der Unterentwicklung", s. o. 3), S. 16
17) Dr. G. Arickal, Zusammenfassung einiger Erfahrungen der „Alu-Schok-Verkäufer" (Handzettel, Okt. 74)
18) KAAD, Bonn, Erfahrungen der Alu-Schok-Verkäufer bei der Aktion auf dem Katholikentag in Mönchengladbach", Nov. 74
19) SAFEP-Rundbrief, Okt. 76, S. 5
20) H. Neyer, Vom Bastkorb zum Guatemala-Kaffee, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 4/73, S. 21
21) „Entwicklung und Unterentwicklung", s. o. 3), S. 1
22) ebda, S. 2
23) ebda, S. 4
24) ebda, S. 8
25) ebda, S. 15
26) ebda, S. 17
27) ebda, S. 16

Brasilien

KIRCHE KLAGT UNRECHTSREGIME AN

Nachstehend drucken wir Auszüge eines Hirtenbriefes der Brasilianischen Bischofskonferenz vom 25.10.1976 ab.

Der konkrete Anlaß zu dieser Stellungnahme war die Ermordung von zwei Priestern sowie die Entführung des Bischofs Adriano Hipolito durch ein Terrorkommando der sogenannten „Alianca Anticomunista Brasileira" (Antikommunistische Allianz Brasiliens); doch in diesem Hirtenbrief verweisen die brasilianischen Bischöfe nicht allein auf einzelne, gegen Repräsentanten der Kirche gerichtete repressive Maßnahmen, sondern bemühen sich um eine Analyse des politisch-wirtschaftlichen Hintergrunds, der zu Repression und Ungleichheit in allen Bereichen der brasilianischen Gesellschaft geführt hat. Die Bedeutung dieses Dokuments besteht vor allem darin, daß Repräsentanten der Kirche – neben einer detaillierten und objektiven Darstellung der letzten Ereignisse – deutlich und mit Nachdruck auf die Verantwortlichkeit der brasilianischen Regierung hinweisen.
Diese Gegnerschaft ist umso bedeutsamer, als noch bis vor relativ kurzer Zeit vor allem Amtskirche und Bischöfe in Lateinamerika zu den wichtigsten Stützen der Unterdrücker und Ausbeuter zählten und dafür auch materiell privilegiert wurden.
Hinweisen wollten wir noch auf die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „Kommunismus" im folgenden Hirtenbrief. Sie scheint uns – wenn überhaupt in dieser Form richtig – nur auf die sog. kommunistischen Systeme im Ostblock abgestellt, dadurch ist sie verkürzend und verfälschend: Die verschiedenen Vorstellungen von Kommunismus lassen sih u.E. nicht in einen Topf werfen. Auch wenn diese Abgrenzung der Bischöfe aus taktischen Gründen erfolgte, halten wir sie in dieser Form für falsch.
Red.

HIRTENBRIEF AN DAS VOLK GOTTES

I. Einführung
Angesichts der jüngsten Ereignisse, von denen die Brasilianische Kirche betroffen wurde und welche die Menschen in unserem Land wie auch im Ausland erschüttern, haben wir, die Bischöfe der Vertreterkommission der Nationalen Bischofskonferenz Brasiliens beschlossen, Euch, den einfachen und gläubigen Menschen, den Menschen in den Kirchengemeinden und Kommissionen, diesen Hirtenbrief zu schreiben.
Nachdem bereits von seiten zahlreicher Pfarrer und Kirchengemeinden zahlreiche Stellungnahmen bekannt wurden, wollen wir mit diesem Dokument nicht Anklage erheben, obgleich die hier aufgeführten Fakten für sich allein bereits eine massive und eindeutige Anklage beinhalten. Unsere Absicht ist es, mit dem Wort Gottes die aktuellen Ereignisse zu erhellen . . .

II. Die Fakten
In der jüngsten Zeit geschahen Dinge von so schwerwiegender Bedeutung, daß sie die Kirche und das brasilianische Volk zutiefst erschütterten. Wir beziehen uns in diesem Zusammenhang vor allem auf den Mord an den Geistlichen Pater Rudolfo Lunkenbein und Pater Jao Bosco Penido Burnier, sowie auf die Entführung des Bischofs Adriano Hipolito aus der Diözese Novo Iguaca im Staate Rio de Janeiro.

Die Ereignisse von Merure Im Bundesstaat Mato Grosso sind in ihrem Ursprung eng verknüpft mit der Abgrenzung des den Indianern zugesprochenen Landes, die mit Genehmigung der FUNAI (Nationale Behörde für Indianerfragen) durchgeführt wurde. Zwei Tage nachdem mit der Arbeit begonnen worden war, am 15. Juli dieses Jahres, drangen mehr als 60 Personen – Großgrundbesitzer, deren Leibwächter und Siedler – in die Missionsstation der Salezianer in Merure ein. Sie suchten Pater Rudolfo Lunkenbein, um sich Genugtuung zu verschaffen. . . .
. . . Einige Indianer wollten schließlich etwas unternehmen, um Pater Rudolfo angesichts dieser Aggression zu schützen.
Lourenco, der Häuptling der Bororos, wurde in den Rücken geschossen. . . . Pater Rudolfo wurde getroffen und starb zehn Minuten später. Die Schießerei weitete sich aus. Andere Indianer waren hinzugekommen; fünf von ihnen wurden verletzt, außerdem einige der Angreifer . . .

Die Entführung des Bischofs Adriano Hipolito
Am Mittwoch, dem 22. September dieses Jahres, verließ Adriano Hipolito, Bischof von Nova Iguacu, in Begleitung seines Neffen und dessen Verlobter im Volkswagen des Bischofs die Bistumsverwaltung. Nachdem sie einige Straßen durchfahren hatten, wurden sie plötzlich von zwei Autos gestoppt, aus denen fünf oder sechs mit Pistolenbewaffnete Männer heraussprangen. Auf brutale Weise zwangen sie den Bischof und seinen Neffen, aus dem Auto zu steigen; dem Mädchen gelang es, in dem Durcheinander nach Hause zu fliehen. Der Bischof wurde von den Entführern auf den Rücksitz eines ihrer Autos geworfen. Man zog ihm eine Kapuze über den Kopf und legte ihm Handschellen an. (Dann wurde er gezwungen, sich zusammenzukrümmen, damit er von der Straße aus nicht gesehen werden konnte, während das Auto mit hoher Geschwindigkeit davonraste. Die Entführer schnitten sämtliche Knöpfe an der Soutane des Bischofs ab.)
Nach etwa einer halben Stunde stoppte das Auto, und der Bischof wurde völlig entkleidet. Man versuchte zunächst, ihm mit Gewalt eine Flasche Zuckerrohrschnaps einzuflößen; doch als der Bischof sich heftig zur Wehr setzte, ließ man von diesem Vorhaben ab. Während der ganzen Zeit schrieen die Entführer, daß sie zur AAB (Antikommunistischen Allianz Brasiliens) gehörten, daß der Bischof ein „kommunistischer Verbrecher" wäre. ...
Dann wurde der Bischof an einen abgelegenen Ort gebracht, wo er die Schreie seines Neffen hören konnte. Nachdem man ihn mit roter Farbe beschmiert hatte, brachte man ihn ins Auto zurück. Weit entfernt von Nova Jacarepaguai wurde er schließlich gefesselt von seinen Entführern abgesetzt. ...
Bis zum heutigen Tag hat die Brasilianische Bischofskonferenz über das Ergebnis der Nachforschung durch die verantwortlichen Bischöfe keine Mitteilung erhalten.

Der Tod von Pater Joao Bosco Penido Burnier
Am 11. Oktober befand sich Joao Bosco Penido Burnier, Jesuitenpater und Missionar der Prälater Diamantino im Bundesstaat Mato Grosso in Begleitung des Bischofs Pedro Casaldaliga von Sao Felix aus dem gleichen Bundesstaat auf der Rückreise von einer Priesterkonferenz, auf der die Probleme der Indianer behandelt worden waren.

Auf ihrer Durchreise durch den kleinen Ort Ribeirao Bonito in der Gemeinde Barra do Garcas suchten beide die örtliche Polizeistation auf, um gegen die ungerechtfertigte Verhaftung und Folterungen von zwei Frauen des Ortes Einspruch zu erheben. Acht Tage zuvor war der Polizeiwachtmeister Felix, ein Angehöriger der Militärpolizei des Bundesstaates Mato Grosso, ermordet worden. Dies geschah anläßlich der mit brutaler Gewalt durchgeführten Verhaftung der Kinder von Jovino Barhosa. Der Tod des Wachtmeisters hatte zur Folge, daß aus Barra da Garca ein großes Polizeiaufgebot nach Riberao Bonito geschickt wurde, das unter der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreitete. Viele wurden festgenommen, geprügelt und gefoltert.
Margarida Barbosa, die Schwester von Jorino Barbosa wurde vom 2. bis 11. dieses Monats festgehalten und von der Polizei gefoltert. ...
Santana, die Schwiegertochter von Jovina Barbosa, wurde zur selben Zeit, zwei Wochen nach ihrer Niederkunft festgenommen und von mehreren Soldaten vergewaltigt. Außerdem wurden die Pflanzung und das Haus ihres Mannes mit allen Reisvorräten niedergebrannt.
Das Leiden dieser Frauen bewog Bischof Casaldaliga und Pater Joao Bosco auf der Polizeistation von Riberao Bonito vorzusprechen. Sie versuchten vergeblich, sich in einem richtigen Gespräch mit den Wachtmeistern Juraci und Messias sowie zwei Soldaten für die beiden Frauen einzusetzen. Die Polizisten reagierten mit Beschimpfungen und drohten ihnen für den Fall, daß sie es wagen sollten, diese Willkür anzuzeigen. Der Pater erhielt einen Faustschlag und einen Kolbenhieb ins Gesicht und wurde von einem Dum-Dum-Geschoß in den Kopf getroffen. ...
Man brachte den Sterbenden nach Goiana, wo er am 12. Oktober um 17 Uhr seinen Verletzungen erlag.

Aus der Resolution der Teilnehmer der Koordinierungstagung der „Aktion Brennpunkt Brasilien" vom 1. – 3.10.1976 in Hann. Münden zur Entführung des Bischofs Don Adriano Hipolito von Nova-Iquacu

In der Nacht vom 22. auf den 23. September 1976 wurde der Bischof Don Adriano Hipolito von Nova-Iquacu, dem Elendsviertel von Rio de Janeiro, entführt. Blutig geschlagen wurde er nackt aus einem Auto geworfen.
Das ist kein Einzelfall:
Seit dem Putsch im Jahre 1964 wurden viele Geistliche in Brasilien verhaftet, gefolgert und getötet. ...
Hiermit protestieren wir schärfstens gegen diese Verbrechen und gegen die Nicht-Bestrafung ihrer Urheber, welche in zynischer Weise von der Diktatur gedeckt werden. ...

Weitere Fakten: Zu den schon aufgeführten Fakten kommen noch andere hinzu, daß die Kirche einem permanenten Druck ausgesetzt ist.

– Helder Camara, Erzbischof von Olinda und Recife, dessen Name in der ganzen Welt bekannt ist, ist seit langem Opfer der offiziellen Zensur. Schon die bloße Nennung seines Namens in Presse, Rundfunk oder Fernsehen wurde in einer schriftlichen Anordnung der Abteilung Bundespolizei im Justizministerium verboten.
– Die Wochenzeitung „O Sao Paulo", Presseorgan der Erzdiözese Sao Paulo wird durch die Zensurabteilung der Bundespolizei einer doppelten Vorzensur unterworfen.
– Gewaltaktionen richten sich auch noch gegen andere Institutionen. ...
– Neben diesen Ereignissen, die einen großen Wiederhall gefunden haben, müssen wir noch einmal darauf verweisen, daß in den vergangenen Jahren aus politischen Motiven Verhaftungen vorgenommen wurden; zumeist kam es dabei zu Entführungen, schlechter Behandlung, Folter, Verschwinden von Personen und Mord.
  Einer der bekanntesten Vorfälle ereignete sich kürzlich in Campo Grande (Bundesstaat Mato Grosso), wo Offiziere der Militärpolizei einen Jugendlichen entführten und töteten. Auch in Baixada Fluminense im Bundesstaat Rio de Janeiro, sowie in Sao Paulo kam es zu weiteren Verbrechen durch Angehörige der Militärpolizei.

Gewalt erzeugt Gewalt. Und die Gewaltanwendung gegen politische Gefangene wurde unter Militärs und Polizeibeamten zu einem allgemein verbreiteten Mittel. Die jüngsten Vorfälle scheinen zweierlei zu beweisen: zum einen die Deformation der brasilianischen Polizeieinheiten und zum anderen die bedeutende Rolle von Terror-Organisationen auf dem lateinamerikanischen Kontinent.
Ein Beispiel für den politisch-militärischen Terror auf lateinamerikanischer Ebene war die Verhaftung von 17 katholischen Bischöfen und 20 Priestern, Ordensbrüdern und Laien am 13. August dieses Jahres in Riobamba (Ecuador). . . .

III. Die Bedeutung der Fakten:
Angesichts der genannten Tatsachen stellt sich die Frage: Wer ist verantwortlich für die Welle der Perversion, die alarmierende Ausmaße angenommen hat? Was steht hinter all den Verbrechen in unserem Land, die in ihrer Grausamkeit nahezu perfektioniert scheinen? Die bösartige und abscheuliche Verleumdung – sei es anonym oder in aller Öffentlichkeit – von Bischöfen, Priestern und Laien, die als Anführer, Agitatoren und Kommunisten bezeichnet werden, wenn sie sich für die Armen, die Gedemütigten, die Gefangenen und die Opfer von Folterungen einsetzen – dies hat das Klima und die Praxis von Gewaltanwendung und Willkür noch verstärkt.
Angesichts der unzähligen Vorkommnisse, die in der Öffentlichkeit Empörung ausgelöst haben, trifft die Verantwortung nicht allein den einfachen Polizisten, der den Abzug des Revolvers betätigt, oder irgendeinen anderen Angehörigen von Militär und Polizei. Es ist notwendig, nach den tieferen Wurzeln zu suchen, auf die das Klima der Gewalt in großem Ausmaß zurückzuführen ist.
Einige der wichtigsten Ursachen seien im folgenden genannt:

– **Die Armen ohne Recht**
  Es sind die Armen und Wehrlosen, die Polizeigefängnisse füllen, eingesperrt mit der Begründung, daß sie keine gültigen Ausweispapiere bei sich trugen; Menschen, die bei Polizeirazzien aufgegriffen werden, und es sind nur die Armen, die wegen Landstreicherei angeklagt und eingesperrt werden.
  Für die Mächtigen ist die Situation ganz anders. Es gibt Verbrecher, die nicht verurteilt werden, weil sie durch die Macht des Geldes, durch Prestige und durch ihren

Einfluß in der Gesellschaft geschützt sind. Da die Gesellschaft sie deckt, ist auch sie mitverantwortlich für diese Ungerechtigkeit.
Diese unterschiedliche Behandlung erweckt in uns den Eindruck, daß in unserer Gesellschaft ausschließlich oder an erster Stelle das Geld Grundlage des Prinzips der Gerechtigkeit ist, nicht aber der Mensch. Anläßlich der Versammlung der Rechtsanwaltkammer, die in diesen Tagen in Bahia tagte, brachten die Rechtsanwälte ihre Sorge über die Situation zum Ausdruck und stellten fest, daß „das Strafrecht das Recht der Armen ist, aber nicht weil es sie behütet und schützt, sondern weil es allein sie mit seiner ganzen Härte trifft."



Brasilianisches Elendsviertel

- **Die Straflosigkeit krimineller Polizeibeamter**
  Allgemein bekannt sind die Verbrechen der berüchtigten „Todesschwadron", deren Aktivitäten in verschiedenen Bundesstaaten festgestellt wurden. Es ist auch bekannt, daß in verschiedenen Fällen Polizeibeamte, die gemordet hatten, verhaftet und nach dem Gesetz verurteilt wurden. Schwerwiegend aber ist, daß Polizeibeamte, die des Mordes, der Korruption, des Drogenhandels und der Zuhälterei angeklagt wurden, nicht vor Gericht gestellt und durch höhere Dienststellen gedeckt werden.
- **Die ungerechte Verteilung des Bodens**
  Die ungerechte Verteilung des Bodens in Brasilien geht zurück auf die Kolonialzeit. In den vergangenen Jahren hat sich das Problem jedoch zugespitzt: die Regierung verfolgte eine Politik, die den großen Agrar- und Viehzuchtgesellschaften Steuererleichterungen zusicherte. Das bedauerliche Ergebnis ist außer der zügellosen Spekulation auf dem Immobilienmarkt die nun auch auf das Innere des Landes übergreift – das Entstehen großer Unternehmen, die aufgrund ihrer weitreichenden juristischen und finanziellen Möglichkeiten, die kleinen Besitzungen vernichten und Indianer und Kleinbauern von ihrem Land verjagen.
  Diese Kleinbauern und Pächter, die sogar Schwierigkeiten haben, einen Ausweis zu erhalten, sind nicht in der Lage, ihr Eigentum durch Beibringung von rechtsgültigen Dokumenten zu belegen oder ihr durch langjährige Besiedlung erworbenes Eigentumsrecht vor einem Gericht zur Geltung zu bringen. Sie werden also von ihrem Land vertrieben, müssen in die Fremde, ja oft sogar in ein Nachbarland ziehen, oder aber als Nomaden ziehen sie ziellos über die Straßen des Landes. Leisten sie Widerstand, dann entstehen Konflikte, die sich immer mehr ausweiten, insbesondere im Amazonas-Gebiet und dem Mato Grosso.
  Andere ziehen in die nächstgelegenen Städte. Hier fristen sie ein unmenschliches Dasein, bis sie wieder vertrieben werden, wenn der Boden, auf dem sie sich niedergelassen haben, zum Spekulationsobjekt wird oder für große Städtebauprojekte benötigt wird. Zunächst aber leiden sie unter den schlechten Lebensbedingungen der Großstadt und sind betroffen von schlechter Lebensqualität und dem totalen Mangel an städtischen Dienstleistungen.
  Diese massive Binnenwanderung hat zur Folge, daß sich die Großstädte „aufblähen" und die Zuwanderer in Elendsquartieren leben müssen.
- **Die Situation der Indianer**
  Insbesondere im Amazonas-Gebiet werden die Indianer in wachsendem Ausmaß von ihrem Land vertrieben. Dies geschieht zugunsten von Farmern und Kleinbauern; letztere waren selbst durch große und mächtige Unternehmen von ihren angestammten Ländereien vertrieben worden. Heute wiederholt sich das, was in der Vergangenheit mit den Indianern im Süden des Landes geschehen war.
  In diesem Zusammenhang wird die „Indianergesetzgebung" zum toten Buchstaben. Denn selbst wenn die Eingeborenen noch mit dem nackten Leben davonkommen, beutet man sie als billige Arbeitskräfte aus. Andere Indianer ziehen in die Randgebiete der Städte oder irren, hungrig und krank, auf den Landstraßen umher, die ihre Reservate auseinanderreißen. Die Schutzfunktion des Staates, welcher die Eingeborenen vor dem Gesetz zumindest zum Teil als unmündige Kinder ausweist, verhindert, daß sie als verantwortliche Bürger selbst ihre Entwicklung und ihr Geschick in die Hand nehmen. Nur allzu langsam kommt man mit Vermessung und Abgrenzung der Gebiete der Indianer voran. Da aber die Ausbeutung von Bodenschätzen und Holzbeständen im Amazonasgebiet auf nichts anderes als auf Profitgier zurückzuführen ist, nimmt dieses Problem immer schärfere Formen an. Das Modell von Fortschritt, das man hier verwirklichen will und das mit enormen Finanzmitteln unterstützt wird, hat zur Folge, daß ganze Stämme dem Untergang geweiht sind. Dies ist der Fall all der Straßen, die man ohne hinreichende Vorausplanung baut, so daß die Rechte der ursprünglichen Einwohner dieser Gebiete total mißachtet werden. Selbst Projekte des INCRA (Instituto Nacional de Golonizacao e Reforma Agraria = Institut für Kolonisierung und Bodenreform) machen da keine Ausnahme. So kann es niemanden überraschen, daß die Indianer sich mehr und mehr ihrer Rasse schämen. Manche versuchen sogar, ihre Herkunft zu vertuschen, und geben sich als Bolivianer oder Peruaner aus, um so von unserer Gesellschaft – die sich als etwas besseres betrachtet – überhaupt akzeptiert zu werden.

Nationale Sicherheit und persönliche Sicherheit
Das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz ist – wie gesagt – die Grundlage jeder Gesellschaft, welche den Anspruch erhebt, zivilisiert zu sein. Daraus folgert: Die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers eines Landes wie auch der Gesamtheit aller seiner Bürger ist unerläßlich für die innere Sicherheit dieses Volkes.

Die geltende brasilianische Verfassung behauptet, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht und in seinem Namen ausgeübt wird." Jedoch gibt es auch die gegenteilige Feststellung, der zufolge „der Staat" seinen Bürgern und dem Volk insgesamt „Freiheit und Menschenrechte gewährt". Dieser Satz darf uns nicht überraschen, wenn wir uns die Idee vergegenwärtigen, welche die Lehre von der „Nationalen Sicherheit" inspiriert. Diese hat die brasilianische Regierung seit 1964 ihrem Handeln zugrundegelegt. So entstand ein zunehmend zentralisiertes System, das im gleichen Verhältnis immer weniger mit der Mitbestimmung der Bevölkerung rechnen konnte.
Nach humanistischem und christlichem Verständnis beinhaltet der Begriff der Nation alle Formen von Gruppenbildung im Volk. Das Recht auf freie Versammlung muß vom Staat, d.h. von der Regierung, anerkannt, geachtet und gefördert werden. Um guter Brasilianer zu sein, braucht man also nicht seinem Glauben, seinen Gefühlen, Idealen und Werten abzuschwören, auch wenn sie möglicher Weise dem bestehenden politischen System schädlich erscheinen oder mit seinen Gesichtspunkten und Interessen unvereinbar sind.

Aus einem Brief von 15 Persönlichkeiten an den Brasilianischen Staatspräsidenten, General Geisel:

„. . . Immer noch werden zahlreiche brasilianische Staatsbürger ohne hinreichende Rechtsgrundlage verhaftet; immer noch verschwinden politische Gefangene in den Gefängnissen Ihres Landes, werden gefoltert und physisch liquidiert. Eine außerhalb des Rechtes operierende Untergrund-Truppe der Sicherheitsorgane Ihrer Regierung, über die zuverlässige Berichte vorliegen, ist verantwortlich für die Entführung, Folterung und Tötung von Bürgern Ihres Landes.
Seit 1964 sind unseren Berichten zufolge etwa 300 Menschen in Brasilien durch systematisch angewandte Folter ums Leben gekommen.
. . ."

Unterzeichner: H. Albertz (ehem. Bürgermeister von Berlin), H. Böll, Oberkirchenrat Burgsmüller, Prof. F. Eberhardt, Prof. W. Dirks, Prof. Th. Ebert, Prof. I. Fetscher, Prof. H. Gollwitzer, G. Grass, R. Kreibich (ehem. Präsident der FU Berlin), Präses L. Kreyssig, S. Lenz, Prof. B. Metz, Bischof K. Scharf, Martin Niemöller.

Weiterhin ist in humanistischer und christlicher Sicht genau zwischen Staat und Nation zu unterscheiden. Der Staat kann weder Freiheit noch Rechte gewähren. Ihr Bestehen geht selbst der Existenz der Nation voraus. Dem Staat obliegt vielmehr die Pflicht, die Menschenrechte im Blick auf jeden Einzelnen wie auch auf die Gesamtheit seiner Bürger – anzuerkennen, zu verteidigen und zu fördern.
Eine andere große Versuchung, der Träger staatlicher Macht ausgesetzt sind, besteht darin, die Treuepflicht des Volkes gegenüber der Nation mit der Pflicht zur Treue gegenüber dem Staat, d.h. der Regierung, zu verwechseln. Wer Staat und Regierung über die Nation setzt, wertet staatliche Sicherheit unsachgerecht hoch und mißachtet zugleich die Sicherheit der einzelnen Personen. Wer so handelt, verdammt das Volk zum Schweigen und stößt es in ein Klima voller Angst.

Ohne Hinzuziehung und Mitbestimmung des Volkes führen offizielle Programme, Projekte und Pläne – so gut sie auch sein mögen, und selbst wenn sie materiellen und wirtschaftlichen Erfolg zeitigen – allzuleicht zur Korruption. Ohne Übereinstimmung mit Bedürfnissen und Absichten des Volkes können sie auch gar nicht gerechtfertigt werden.

Die Ideologie der Nationalen Sicherheit, die sich über das Bedürfnis der persönlichen Sicherheit erhebt, breitet sich über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent aus, wie es auch in den Ländern unter sowjetischer Herrschaft geschah. Lateinamerikanische Gewaltregime, die auf dieser Ideologie gründen, erklären – im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus und um der wirtschaftlichen Entwicklung willen – allen den „antisubversiven Krieg", die mit der autoritären Organisation der Gesellschaft nicht übereinstimmen.
Das Training für einen solchen „antisubversiven Krieg" in Lateinamerika gegen den Kommunismus führt nicht nur zu einer wachsenden Verrohung der Beteiligten, sondern erzeugt auch eine neue Art von Fanatismus und eine Atmosphäre von Gewalttätigkeit und Angst. Gedanken- und Pressefreiheit werden geopfert, die Garantie persönlicher Unversehrtheit ist aufgehoben.
So hat diese Lehre die Gewaltregime dazu geführt, dieselben Merkmale und Praktiken zu übernehmen, die in kommunistischen Regimen üblich sind: Mißbrauch staatlicher Macht, willkürliche Verhaftungen, Folter und Aufhebung der Gedankenfreiheit.

IV. Prinzipien für die pastorale Arbeit und neue Anforderungen Gottes

Wir stellen uns der Wirklichkeit der genannten Fakten und einiger ihrer hauptsächlichen Ursachen und Wurzeln. Dabei bitten wir den Heiligen Geist um Erleuchtung und Weisheit, damit wir in diesen Ereignissen und Situationen erkennen, was Gott von uns bei unserem Evangelisierungsauftrag fordert, und entsprechende Richtlinien formulieren, die unser pastorales Engagement orientieren.
Wir wollen gemeinsam die Dinge überdenken und uns dabei auf das Wort Gottes, besonders auf die Evangelien, stützen. ...
Die organisierten Kräfte des Bösen wollen den Schwachen und Armen, welche die Mehrheit des Volkes ausmachen, keine Chance einräumen. Der kleine Mann soll nur das Allernotwendigste haben, um am Leben zu bleiben und den Mächtigen zu dienen. Im selben Augenblick, in dem er sich weigert zu dienen oder zu einem Steinchen im Schuh des Großen wird, muß er verschwinden, dringt man auf seinen Grund und Boden vor, und seine Hütte wird enteignet und auch zerstört.
Gottes Plan ist anders. Gott schickte seinen Sohn Jesus als Hoffnung und Schutz für den Schwachen, den Unterdrückten und an den Rand Geschobenen. ...
Die Kirche bemüht sich schon seit langem, die Rechte des Schwachen, Armen, des Indianers und des ungeborenen Kindes zu verteidigen. Heute aber fordert sie für das Volk nicht mehr nur Almosen vom Überfluß, der ohnehin vom Tisch des Reichen fällt, sondern eine gerechtere Aufteilung der Güter insgesamt. Weshalb sollen nur einige wenige von den guten, ja von den besten Dingen essen, während die Mehrzahl hungrig schlafen geht? Weshalb sollen nur einige wenige – ja sogar Ausländer – gegen Geld Tausende von Hektar Land erwerben können, um dort Vieh zu züchten und das Fleisch zu exportieren, während unser armes Volk das Stückchen Land nicht mehr bestellen darf, auf dem es geboren wurde, aufwuchs und seit Jahrzehnten lebt und arbeitet.

Weshalb liegt die Entscheidungsgewalt in der Hand einiger weniger? Warum verdienen die einen 30, 50, ja 100.000 Cruzeiros monatlich, während den anderen, die aber die weitaus größte Mehrheit ausmachen, nicht mehr als der gesetzlich festgesetzte Mindestlohn (Anmerkung des Übersetzters: 110,– bis 130,– DM je nach Bundesstaat) zur Verfügung steht. In bestimmten Ländern überschreitet der Unterschied zwischen dem Mindestlohn und dem Höchsteinkommen nicht das Zwölffache des ersteren, wohingegen er in Brasilien das Zweihundertfache übersteigt. Weshalb können einige spazierenfahren und durch die ganze Welt reisen, während die Mehrheit nicht einmal eine einzige Woche Ferien machen kann und mit der Familie verreisen kann. ...

(Es folgen noch einige Ausführungen darüber, was der Staat nach Ansicht der Bischöfe in der konkreten Situation zu tun hätte, was die Voraussetzungen dafür wären und welche Appelle aus der Bibel an die Christen zu richten sind) ...
So wollen wir, geliebte Brüder, auch weiterhin gemeinsam den Weg der Hoffnung gehen.

Rio de Janeiro, am 25. Oktober 1976

Vollständiger Text zu erhalten bei:
Brasilienkoordinationsgruppe 21
Frank Hesse
5 Köln 80
Bergisch-Gladbacher-Str. 1141



„Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft"
Kommentare, Analysen und Dokumente zum deutsch-brasilianischen Regierungsabkommen

Herausgeber: **Amnesty International (Brasilien-Koordinationsgruppe Köln)**
Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Bonn (AGG)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)

Vertrieb: AGG, 53 Bonn, Rheinweg 34
Preis: DM 4,–

Mit der Unterzeichnung des westdeutschen Lieferarbkommens ist die brasilianische Regierung spektakulär ins Atomgeschäft eingestiegen. Durch das Abkommen „über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie", welches Bundesaußenminister Genscher und sein brasilianischer Kollege Azeredo da Silveira am 27. Juni 1975 unterzeichneten, sicherten sich die Westdeutschen Atomtechnologiekonzerne das größte Geschäft ihrer Geschichte: insgesamt ist die Lieferung von acht Leichtwasser-Reaktoren (Bautyp: Biblis) sowie einer Uran-Aufbereitungsanlage vorgesehen. Mit dieser Aufbereitungsanlage wird Brasilien in die Lage versetzt, aus verbrauchten Brennelementen neuen nuklearen Brennstoff für Reaktoren zu gewinnen. Faktisch, d.h. unter Umgehung der Kontrollen, welche von der internationalen Atomenergieagentur durchgeführt werden, ist es dem brasilianischen Unterdrückerregime damit möglich, das anfallende Plutonium zur Fertigung von nuklearen Sprengsätzen zu verwenden. Das deutsch-brasilianische Regierungsabkommen stellt somit eine massive Unterstützung für ein Land dar, das seit 11 Jahren von einer Militärdiktatur beherrscht wird; durch die Lieferung der Atomtechnologie wird ohne Zweifel gerade das System stabilisiert, welches seine Herrschaft auf der permanenten Mißachtung der Menschenrechte aufbaut.
Aber nicht nur aus innenpolitischer Sicht läßt sich das Atomabkommen kritisieren; die Nicht-Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages ist nur e i n Indiz für die Absicht des brasilianischen Militärregimes, in Zukunft über die Atombombe zu verfügen: die angestrebte Führungsrolle Brasiliens auf dem lateinamerikanischen Kontinent ist ein anderer Hinweis dafür, daß Brasilien auf den Bau der Atombombe nicht verzichten wird.



Zwar sieht das deutsch-brasilianische Atomabkommen vor, die Aufbereitungsanlagen durch die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) zu kontrollieren; aber diese 'Atompolizei' ist relativ machtlos; die Kontrolleure können, wenn irgendwo bombenfähiges Material abhanden kommt, den Schwund allenfalls an die IAEA-Zentrale melden, welche wiederum den UN-Sicherheitsrat alamieren würde. Selbst der Generalinspekteur der IAEA (Rudolf Rometsch) räumt ein, daß „die Wiederaufbereitungsanlage . . . ein kritischer Punkt bleibt" (vergl. Spiegel Nr. 52/1976), denn innerhalb von wenigen Stunden ist es möglich, in bereitgestellte Sprengkörper Plutonium einzubauen und somit nukleare Sprengsätze herzustellen.
Mit der Lieferung deutscher Atomtechnologie wird nicht nur der Eigenbau einer brasilianischen Atombombe heraufbeschworen, sondern auch die technologische Abhängigkeit des Entwicklungslandes Brasilien verstärkt. Aus Wachstums- und Profitinteressen der Großindustrie wird die Nutzung der riesigen Wasserkraftreserven Brasiliens nicht in Erwägung gezogen. Das Atomgeschäft wird für Brasilien ein weiteres Anwachsen der ohnehin schon immensen Auslandsschulden bedeuten (Auslandsschulden 1976: 53 Milliarden DM)

Während in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um die Kernenergie durch das Engagement der Bürgerinitiativen auf breiter Ebene im Gange ist, verläuft diese Diskussion in Brasilien (wenn überhaupt) auf Expertenebene.

All diese vielfältigen Aspekte des Atomabkommens zeigt eine Broschüre auf, welche in Gemeinschaftsarbeit von AGG, ai und BBU erstellt wurde. Auf rund 130 Seiten finden sich Kommentare, Analysen und Dokumente zum deutsch-brasilianischen Regierungsabkommen. Die Dokumentation bleibt nicht nur auf das brasilianische Atomgeschäft begrenzt, sondern sie schließt auch Verweise auf Brokdorf, Biblis und Wyhl mit ein.
Im zweiten Teil der Broschüre sind ausschließlich Dokumente wiedergegeben. Neben den umfangreichen Vertragstexten des Regierungsabkommens finden sich Originalabdrucke der Protestbriefe, Stellungnahmen und Konferenzbeschlüsse.



Wenn auch diese Broschüre eine mehr oder weniger lose Aneinanderreihung von Dokumenten und Kommentaren ist, ohne mögliche Strategien gegen den KKW-Bau aufzuzeigen, stellt sie dennoch eine Hilfe bei der Aufarbeitung des Problems „Technologietransfer in die Dritte Welt" und der Interessen- und Kapitalverflechtung zwischen der BRD und Brasilien dar.

uk

Zensur in Brasilien, Dokumente und Materialien Heft Nr. 3

herausgegeben von
amnesty international,

Brasilien-Koordinationsgruppe
Bergisch-Gladbacher Str. 1141
5000 Köln 80

Nach den Themen „Die Ausweisung von Pater Jentel aus Brasilien" (und deren politische Hintergründe) und „Das Dokument der politischen Gefangenen in Sao Paulo" beschäftigt sich das dritte Heft in der Reihe „Dokumente und Materialien" der amnesty international Koordinationsgruppe mit der „Zensur in Brasilien".
Zunächst wird die „rechtliche" Grundlage der Zensur untersucht; chronologisch werden die in die Meinungs- und Pressefreiheit einschneidenden Gesetze und Dekrete nach dem Militärputsch von 1964 dokumentiert und kommentiert
Wie die Zensur durch die Behörden alltäglich praktiziert wird, welche Auswirkungen sie auf die Arbeit der Betroffenen – Journalisten, Schriftsteller etc. – hat, wird im Hauptteil nach einer kurzen allgemeinen Einschätzung durch eine Reihe von Dokumenten belegt. Zur Pressezensur wird die These mit Dokumenten untermauert, daß nach dem Amtsantritt von Präsident General Ernesto Geisel einerseits zwar die Zensur quantitativ zurückging, andererseits aber qualitativ, d. h. selektiert gegen die kritischsten Zeitungen, noch verschärft wurde; außerdem üben die nunmehr unzensierten Zeitschriften eine rigide Selbstzensur. Die Schärfe der Pressezensur macht das Beispiel der Zeitschrift Movimento mit dem umfangreichen Bericht „Zur Lage der arbeitenden Frauen in Brasilien" deutlich, wovon 92 % der Artikel, 84 % der Bilder, 83 % der Tabellen und 85 % der Zeichnungen der Zensur zum Opfer fielen.
Ebenso wie die Presse muß auch die Kunst mit der Zensur als alltäglicher Realität leben. Die Bedeutung der Unterdrückung einer nationalen Kultur streicht der abgedruckte Appell von mehr als 400 Künstlern an die Regierung heraus. Aus aktuellem Anlaß der Gemeinderatswahlen in Brasilien werden die Einschränkungen der Wahlpropaganda, der einzig erlaubten Oppositionspartei MDB chronologisch festgehalten. Die Dokumentation schließt mit der exzessivsten Form der Unterdrückung von Journalisten und Schriftstellern, mit Zeugnissen von Verhaftungen, Folterungen und der Ermordung der Journalisten Wladimir Herzog und Oswaldo Pfützenreuter.
Die Broschüre erfüllt ihr Ziel, Nachrichten, Dokumente und Analysen in allgemeinverständlicher Form einem breiteren Kreis von Interessenten anzubieten. Die Lektüre gibt auch denjenigen, deren Informationsstand zu Brasilien gering ist, einen Einblick in die politischen und sozialen Dimensionen von Zensur und Repression. Sie vermittelt diesem Leserkreis aber nicht – was sie auch nicht beansprucht – eine allgemeine gesellschaftspolitische und ökonomische Darstellung des brasilianischen Systems; das erschwert die Einordnung der Phänomene Repression, Folter, Zensur in das für sie typische System des abhängigen Kapitalismus (in Lateinamerika). Der gute Dokumentarteil ist ein Grund, weshalb diese Broschüre auch für bereits Informierte von Interesse ist, da er für eine weitere Arbeit über Brasilien sehr nützlich sein kann.

Winfried Cordi

Westsahara

Die Befreiungsbewegung F POLISARIO (Frente Popular de Liberacion de Saguiat El Hamra y Rio del Oro), die seit ihrem Gründungs-Kongreß 1973 einen intensiven bewaffneten Kampf gegen die Einverleibungsversuche Spaniens, Marokkos und Mauretaniens geführt hat, konnte in den letzten Jahren große Erfolge erzielen. Diese lassen sich nicht nur am Rückzug Spaniens aus den saharischen Gebieten erkennen, die Jahrhunderte unter seiner Herrschaft standen, sondern auch an der anhaltenden Unterstützung des politischen Programms der F POLISARIO durch die Saharouis und durch die zu ihr übergelaufenen Führer von anderen politischen Gruppen (vgl. die Broschüre: „Demokratische Arabische Republik Sahara", August 76, pdw, 53 Bonn 1, Buschstr. 20); an der strategischen Organisation des bewaffneten Kampfes in der Wüste, die die militärischen Angriffe des Feindes besonders erschwert; an der wirtschaftlichen Kontrolle der F POLISARIO über die Phosphatmine von Bou Craa. Solche Erfolge finden ihre Erklärung in der Entschlossenheit der F POLISARIO und des saharischen Volkes, die uneingeschränkte Unabhängigkeit und staatliche Souveränität des Landes zu erreichen. Nachdem Spanien heute aus dem militärischen Konflikt zurückgedrängt ist, muß die F POLISARIO an zwei Fronten weiterkämpfen: an der marrokanischen und der mauretanischen. Auf die frühere politische Lage in der Westsahara wird in iz nr 49 Nov. 75, S. 27 ff eingegangen.

Wirtschaftliche Interessen Marokkos und Mauretaniens an der Westsahara als Hauptgründe des militärischen Konflikts in diesem Gebiet.

Marokko und Mauretanien haben ihre wirtschaftliche und politische „Unabhängigkeit" von Frankreich 1956 bzw. 1960 erlangt und gleich danach eine auf die Westsahara gerichtete Annektionspolitik betrieben, wobei die Einverleibungsträume Marokkos Ende der 50er Jahre – unter Mohammed V. – über die Gebiete von Saguiat El Hamra und Rio del Oro hinaus bis ins Territorium Mauretaniens reichten und Mauretaniens territoriale Ansprüche erst an der marokkanisch-saharischen Grenze haltmachten. Der kalte Krieg zwischen Marokko und Mauretanien, der ihren widerstreitenden Interessen entsprang, dauerte von der Unabhängigkeit Mauretaniens bis zu ihrer Anerkennung durch Marokko 9 Jahre später. Ein Abkommen zwischen den beiden Ländern legte zuletzt die Grenzen der zu annektierenden Gebiete fest: Marokko überließ Mauretanien den südlichen Teil der Westsahara, Rio del Oro.

Die Kontrolle der F POLISARIO über die Phosphatmine von Bou Craa wird ständig vom Plan Marokkos bedroht, diese Mine zu annektieren. Marokko als drittgrößter Phosphatproduzent und größter Exporteur dieses Rohstoffs der Welt befindet sich zur Zeit in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage. Das Defizit seiner Handelsbilanz gegenüber Frankreich, dem größten Lieferland für Marokko, nimmt seit 1973 stark zu. Das Defizit betrug 1972 noch 148 Millionen Dirhams (1 Dir. = 0,60 DM) und war 1975 bereits auf 1785,5 Millionen Dirhams gestiegen. Daß sich die Handelsbilanz so rapide verschlechterte, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Nachfrage der Industrieländer bei Marokko nach Phosphat abgenommen hat, da Marokko den Phosphatpreis (nach dem Vorbild der Erdölpreissteigerung) um das dreifache erhöhte. Im Gegensatz zur Erdölpreiserhöhung der OPEC-Länder führte dieses zu einem Rückgang der Einnahmen des marokkanischen Staates, da die Industrieländer sich bei den USA eindecken konnten, die gegenüber dem Konkurrenten Marokko eine Preisdumpingpolitik betrieben.

Die verheerende Wirkung der Phosphatkrise von 1973/74 auf die Handelsbilanz Marokkos wurde dadurch noch verstärkt, daß die Preise von den aus Marokko exportierten Waren auf dem europäischen Markt aufgrund von Handelsverträgen und Preisbestimmungen innerhalb der EWG konkurrenzunfähig waren. (Seit dem 27. April 1976 sehen die Marktchancen für marokkanische Produkte aber besser aus, da Marokko und die EWG einen fristlosen Vertrag abgeschlossen haben, der Marokko vor allem Zollbegünstigungen einräumt. Le Monde, 21–22 Nov. 76)

Fast die einzige Möglichkeit für Marokko, seine Terms of trade zu verbessern, ist, den Phosphat- und Phosphorsäureexport drastisch zu erhöhen. (Bis jetzt konnte die Phosphorsäure, die als Kunstdünger in der Landwirtschaft benutzt wird, nicht in Marokko hergestellt werden, da keine Gefäße mit genügender Sicherheit zum Transport dieses gefährlichen Stoffes entwickelt wurden. Dieses Problem wurde inzwischen gelöst, drei Firmen wurden danach zur Herstellung dieses Kunstdüngers in Marokko gebaut. Das erspart die Phosphatverarbeitung zur Phosphorsäure in Häfen wie Rouen oder Amsterdam und ermöglicht einen schnelleren Abbau der Phosphatläger Marokkos.) Die Notwendigkeit eines Exportanstiegs von Phosphat und Phosphorsäure war ein wichtiger Grund für den Besuch des marokkanischen Königs Hassan II. in Frankreich vom 22. bis 25. November 1976.

Frankreich soll aber nicht das einzige Abnehmerland von Phosphaten sein. Die Verantwortlichen bei der OCP (Office Chérifien des Phosphates – königliches Phosphatbüro) sind über die Exportentwicklung des Phosphats langfristig optimistisch. Die Welt wird – von Hungersnöten geplagt – fortfahren müssen, immer größere Mengen Dünger zu verbrauchen, um ihre Bevölkerung zu ernähren. Als Hassan II. vom französischen Rundfunksender Europe I gefragt wurde, wie er sich die Verzögerung der UNO-Verhandlungen über die Westsahara erklärte, antwortete er: „Es zeigt, daß die UNO von diesen marginalen Konflikten genug hat in einer Zeit, wo sich die Welt den Problemen der Hungersnöte und der Rohstoffe entgegenstellen muß." (Le Monde, 23 Nov. 76)

Das Hauptziel Hassans II. ist eine rasche kapitalistische Wirtschaftsentwicklung Marokkos auf der Grundlage einer Monopolstellung auf dem Phosphatmarkt. Um diese Monopolstellung zu erreichen, muß Marokko mit einem flexiblen Phosphatangebot operieren können. Dazu wiederum bedarf es möglichst großer Förderungskapazitäten. Diese lassen sich durch die Ausbeutung der Phosphatmine von Bou Craa am besten erweitern.

Die Annektierung von Bou Craa und die Erschließung neuer Absatzmärkte in Hungersnotgebieten würde die Monopolstellung und dadurch eine schnelle Kapitalverwertung Marokkos sichern. So soll die „Industrialisierung" Marokkos finanziert werden.

Die Wirtschaft Mauretaniens basiert auf einer Monoproduktion von hochprozentigem Eisenerz im nördlichen Gebiet des Landes beim früheren Fort Gourand, jetzt F'Derik. Dieses Erzvorkommen wurde Anfang der 50er Jahre von

einem ausländischen Konsortium unter dem Namen „Société des mindes der fer de Maurétanie" (MIFERMA) erschlossen. Die Weltbank hat sich damals mit 16 Milliarden F CFA (100 F CFA = 1,20 DM) an der Finanzierung beteiligt. Heute sind private und öffentliche französische Kapitalien (55,8 %) sowie englische (19 %), italienische (15,2 %) und deutsche (5 %) Stahlunternehmen an der Erzförderung beteiligt. Der Staat Mauretanien besitzt 5 % des Stammkapitals. Die direkten und indirekten Einnahmen des Staats aus dieser Monoproduktion setzen sich aus Konzessionsabgaben, Einkommensteuern und Zollabgaben zusammen. Außerdem wurde in einem auf 30 Jahre befristeten Rahmenabkommen vereinbart, daß die Gewinne zwischen der MIFERMA und dem Staat im Verhältnis 50 zu 50 geteilt werden. Nach einer Verbesserung der Ertragslage zwischen 1966 und 1969 im Vergleich zu den vorherigen Jahren ist diese inzwischen wieder gesunken, da die ausländischen Firmen die Erzförderungsmenge reduziert haben. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Monoproduktion und von ausländischem Kapital hat in Mauretanien zur Stagnation geführt.
Statt diese Abhängigkeit teilweise dadurch zu lösen, daß eine Verstaatlichung der MIFERMA vorgenommen wird, um die wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, wird von der mauretanischen Regierung ein anderer Weg beschritten: die Annektion des Gebietes Rio del Oro. Sehr reiche Rohstoffvorkommen sind dort vorhanden, deren Förderung über den Hafen Villa Cisneros Absatz auf dem Weltmarkt finden würde. Die F POLISARIO hat, um diesen Annektionsplänen entgegenzuwirken, im letzten Jahr mehrmals im mauretanischen Territorium eingegriffen.
Ihre letzte erfolgreiche Offensive war die Zerstörung der Eisenbahnlinie für Mauretaniens Erztransporte auf mehreren hundert Metern Länge. Über diese 600 km lange Eisenbahnlinie wird jährlich 80 % des Gesamtexports Mauretaniens im Wert von 250 Millionen Mark in die Hafenstadt Madhibu transportiert.
Trotz ihrer Erfolge hat die F Polisario mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Mindestversorgung der nach Algerien evakuierten saharischen Bevölkerung, die nicht unmittelbar am bewaffneten Befreiungskampf teilnimmt, mit Nahrungsmitteln und Medikamenten ist kaum gesichert. Der folgende Bericht von „medico international" zeigt, wie notwendig unsere Unterstützung für die saharischen Flüchtlinge ist, wenn diese ihren Kampf um Unabhängigkeit fortsetzen sollen.

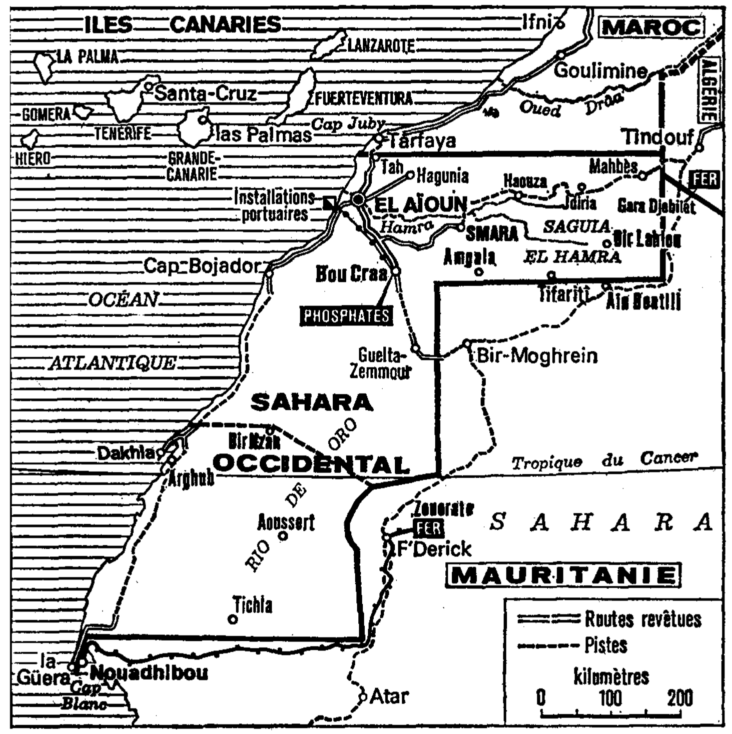
fbu

In einem Flüchtlingslager der F Polisario

ERLEBNIS- und ERFAHRUNGSBERICHT ÜBER DEN BESUCH DER FLÜCHTLINGSLAGER DER SAHAROUIS VOM 25. – 29.10.1976

Ursula Granget (medico international)

Dienstagmorgen, 26.10.1976. Durch die Ritzen unseres Zeltes blitzt der erste Sonnenstrahl. Es war kalt heute Nacht auf unseren Matratzen, auf denen wir – völlig bekleidet und unter einer dünnen Decke – die erste Nacht im Flüchtlingslager verbringen. Wir werden schnell munter: ein Schälchen Wasser zum Zähneputzen und Waschen, ein Süppchen aus Maismehl, eine strahlende Sonne, klarer Himmel und ein tagesfüllendes Programm. Das behagliche Gefühl nach der durchfröstelten Nacht steht im Widerspruch zu dem, was wir erwarten.



Mohamed Ibrahim, Verantwortlicher für die Gesundheitsversorgung aller 22 Lager, holt uns zum ersten Rundgang in das Lager ab, das wir von unserem Gästezelt aus sehen können. Wir gehen zu Fuß über den steinigen Wüstenboden, sehen die dunklen, spitzen Zelte näherkommen, die sich wie eine lange Kette in die Wüste erstrecken und sich dann hinter einer Bodenwelle unseren Augen entziehen. Die Zelte stehen versetzt in mehreren Reihen rechts und links der breiten Piste, die durch das Lager führt. Sie sind in traditioneller Weise aufgebaut, Holzstangen halten die gespannten Ziegenhaardecken, die pyramidenartig zum Boden führen. Das stabile Gewebe ist rar und muß oft durch Lappen und Säcke ersetzt werden. Die Zelte sind dunkel. Durch die kleinen, mit Lappen verhängten Eingänge sehen wir Kinder und Frauen mit dem wenigen Material hantieren, das ihnen geblieben ist. Überall wird die Standfestigkeit der Behausungen überprüft, klopfend und zurrend. Es ist viel die Rede vom Wüstensandstrum, der die Zelte zerstört und von der Mühe für alle, den kleinen Schutz zu bewahren, den die Zelte bieten.
Zwölf bis fünfzehn Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, leben in einem Zelt zusammen, das heißt: etwa 20 Quadratmeter um zusammenzuhocken oder zu liegen. Die Familien sind auseinandergerissen: ein Teil in der jetzt von Marokkanern und Mauretaniern besetzten Heimat, die Männer und Söhne im Befreiungskampf, andere gestorben oder vermißt. Die Menschen in den Zelten verbindet ihre Lebenssituation und der Kampf um ihren Lebensraum in der Heimat. Viele Kinder haben Mütter, die nicht ihre Mütter sind, viele Alte haben Familien, die nicht ihre Familien sind.
Der Platz zum Leben ist zum Ersticken eng in der Wüste, die sich nach allen Himmelsrichtungen tausende von Kilo-

metern erstreckt.
Unser Begleiter übersetzt Fragen und Antworten aus der Landessprache Hassani ins Französische. Die freundliche Zuwendung der Saharouis läßt einen schnellen Kontakt zu. In den Zelten hören wir über das Schicksal ihrer Familien meist nur am Rande. Der tägliche Kampf gegen Hunger, Krankheit und das harte Wüstenklima ist ein Thema, über das wir nicht ausführlich zu sprechen brauchen – wir werden das alles selbst sehen, meinen die Frauen. Es gibt wichtigeres, was sie uns zu sagen haben, beim süßen Nomadentee, der für Gemütlichkeit steht und alle miteinander im Gespräch verbindet. Die mageren Frauen und Kinder sprechen von dem, was sie am Leben erhält. Es sind die Aufgaben, die ihnen in einem gemeinsamen Kampf für ihr Land hier im Lager zufallen und die auch Vorbereitung für das Leben nach dem Kampf sind. Es sind die Strukturen, die sie aufbauen und schon aufgebaut haben, für ein gesellschaftliches Zusammenleben in der Freiheit, die ihnen zum Lebensziel geworden ist.
„Freiheit", sagt Fatima, „ist alles, was wir selbst entscheiden können. Freiheit ist lernen und arbeiten mit allen zusammen und für alle. Wir haben ein Konzept dafür."
Das Konzept erfordert ihren ganzen Einsatz: neben den gemeinsamen Gesprächen über die Lösung der Probleme und Konflikte des Lagerlebens, die regelmäßig in Gruppen geführt werden, fällt eine Menge praktischer Arbeit an. Die Organisation und Durchführung ihres Lagerlebens erfüllen die Frauen und die Männer mit Energie und machen die Kinder schon in geringem Alter zu eifrigen Partnern.



Wir sehen uns das ganze Lager an und fahren mit dem Landrover zu den anderen Lagern dieses Verwaltungsbezirkes – einer von insgesamt dreien mit je 6 - 8 Lagern – genannt nach ihrer Hauptstadt El Aiun. In allen Lagern finden wir die gleiche Situation vor: Menschen, denen man ansieht, daß sie alle weniger zu essen haben, als ihre Körper brauchen, selbst dann, wenn die schwere Arbeit nicht an ihrer Kraft zehren würde. Sie leben von den schmalen Zuteilungen, die aus dem befreundeten Algerien über zweitausend Kilometer durch die Wüste herangeschafft werden müssen. Hunderttausend Menschen sind täglich zu Gast bei denen, die sie nicht vergessen haben, die die Not der Flüchtlinge zu ihrer eigenen gemacht haben. Und das sind neben den Algeriern heute noch sehr wenige.
Es ist insgesamt zu wenig.
„Es ist phantastisch", sagt uns der Verwalter eines fast leeren Nahrungsmittellagers, „daß die Lockheed-Affaire über einen so langen Zeitraum viele Millionen Menschen erreicht und sie beschäftigt. Nur ein Bruchteil dieses Interesses reichte für unser Volk aus, um zu überleben und den Skandal des versuchten Völkermordes an uns aufzudecken."
Die Nahrungsmittel werden an alle Lagerinsassen gleichmäßig verteilt. Kinder erhalten eine Zusatzration, die in Kinder-Kantinen zubereitet und ausgegeben wird. Wir sehen das Zelt, in dem gekocht wird. Ein Fünfzehn-Liter-Topf mit einer dünnen Mehlsuppe steht auf dem Gaskocher.

> In jedem Lager befindet sich zudem meist in unmittelbarer Nähe des Dispensariums ein sogenanntes Poli-Kultur-Zentrum, welches ausschließlich von Frauengruppen betrieben wird und in dem, neben Hygiene- und Gesundheitsaufklärung zweimal täglich zu festgesetzten regelmäßigen Zeiten an Kinder Zusatzernährung meist in Form von dünnen Suppen ausgegeben wird. Schwangere und stillende Mütter werden nur selten und in weitaus zu geringfügigem Umfang mitbetreut. Trotz häufigem Mangel an Nahrungsmittel- und Brennmaterial wird versucht, die Kantinenverpflegung möglichst regelmäßig auszugeben. (Aus dem offiziellen Reisebericht)

„Heute hat unsere Mahlzeit fast gar keinen Nährwert", sagt uns die Kantinenleiterin, „aber es ist wichtig, daß alle Kinder zum Essen kommen. Manchmal gibt es mehr, manchmal weniger, manchmal fällt das Essen aus, wenn wir kein Gas bekommen. Aber die Kinder sind hier und eines Tages werden wir ihnen genug zu essen geben können."
Die Kinder sitzen im Sand und warten auf das bißchen heiße Suppe. Nach dem Essen werden sie wieder in das Schulzelt gehen oder Lehmziegel für die festen Bauten formen. Zusammen mit den Frauen hauen sie unter dem Wüstensand hartes Lehm-Sand-Gemisch heraus, weichen es mit Wasser auf, formen aus dem dicken Brei Ziegel und bauen daraus niedrige, schmale, langgestreckte Baracken, in denen die wichtigsten Funktionen für das Gemeinwesen wahrgenommen werden.
Neben den Mangelsituationen in allen Lebensbereichen stoßen wir wiederholt auf zwei weitere Probleme mit großer Auswirkung: Wasser und Brennmaterial. Das Wasser kommt aus einigen Tiefbrunnen, die es in der Region gibt und wird in Tankwagen zu den Lagern transportiert. Es ist kein sauberes Wasser, stark salzhaltig, streng rationiert. Als Trinkwasser muß es seinen Dienst leisten, auch wenn die gesundheitsschädliche Wirkung wohlbekannt ist. Das Abkochen des Wassers ist nur eine theoretische Lösung, da der Mangel an Brennmaterial einschneidend ist. Das Flaschengas reicht kaum für die öffentlichen Aufgaben wie Kantinen und medizinische Versorgung aus. Die Zeltfamilien verfügen über ein kleines Häufchen Holz und Gestrüpp, was aus der Umgebung oft über 100 km von den Lagern entfernt in der Wüste zusammengesucht wird. Alle paar Kilometer findet sich ein Busch, selten ein Baum. Fußmärsche bis über 40 km von einer Gruppe von Frauen sind an der Tagesordnung. Sie wandern so weit in die Wüste in der Hoffnung, mit einem Rücken voll brennbarem Material zurückzukommen, um die Getreideration, Brei oder Suppe

> Die Bekleidung, insbesondere der Kinder, ist völlig unzureichend für die kommenden klimatischen Bedingungen im Wüstenwinter. Es stehen auch nicht genügend Schlafdecken zur Verfügung, um die Menschen vor dem nächtlichen Absinken der Temperaturen in den Wintermonaten auf unter 0°Celsius zu schützen. (aus dem offiziellen Reisebericht)

anrichten zu können. Holz als Gold des Haushaltes, behütet als Lebensspender.
Wir haben Glück: In einem der Lager ist ein LKW voll mit Holzästen angekommen. Die Lagerbevölkerung steht in einem riesigen Kreis um das Gold der Wüste. Unzählige Häufchen werden vorbereitet, für jedes Zelt eins. Die Menschen geben die Größe der Zeltfamilie an. Es wird sorgsam abgewogen – ein Ästchen mehr, ein Ästchen weniger? Es wird genau geteilt, alle sind dabei, keiner arbeitet für seinen persönlichen Vorteil. Als alles klar zu sein scheint, nehmen die Familiensprecher ihr Häufchen auf und tragen es zu ihrem Zelt. Erleichterung für ein paar Tage.
Wir sehen einige wenige Ziegen in den Lagern. Die Ziegen geben ein wenig Milch und stellen die Eiweißreserve für den Notfall dar. Sie finden keine Nahrung zwischen Sand und Steinen und müssen, wie die Menschen, von außen ernährt werden. Mager und hungrig kauen sie Papierfetzen und zupfen Zeltlappen. Nach diesen ersten Eindrücken über die Lagersituation wenden wir uns intensiver der Gesundheitsversorgung in den Lagern zu. In jedem Einzellager gibt es ein kleines Versorgungszelt, in dem Krankenpfleger einen Basisdienst tun. Die Medikamentenausstattung ist ärmlich, alle warten sehnsüchtig auf unsere große Sendung, die noch auf der 2000-Kilometerstrecke ist. Die Pfleger haben gute Grundkenntnisse, sind in ständigem Kontakt mit dem Verantwortlichen für das Gesundheitswesen im Verwaltungsbezirk und werden regelmäßig von unserem Begleiter Mohamed aufgesucht, der die gesamte Koordination im Bereich der



Gesundheit für alle Lager übernommen hat. Eigene Ärzte gibt es nicht. Ein oder zwei Ärzte aus dem Ausland kommen immer mal für einige Wochen in die Lager, um zu beraten und zu kurieren. Es gibt zwei Gesundheitsstationen in neugebauten Lehmbaracken, in denen auch spanische Krankenschwestern einen sachkundigen und engagierten Dienst tun. In den kleinen Zimmern finden wir immer das gleiche Bild: Kinder, Frauen und Männer, ausgemergelt bis auf die Knochen. Hineingeraten in den Teufelskreis der Unterernährung, Krankheit und vielleicht Tod. Uns erschreckt der Zustand derer, die hier hingekommen sind, zutiefst. Doch es wird noch viel schlimmer, werden wir belehrt. Der Winter steht vor der Tür. Der Winter in der Wüste, das Schreckgespenst. Tagsüber Hitze, nachts Kälte unter dem Nullpunkt. Fast täglich Sandstürme, die den geringen Schutz der Zelte immer wieder zunichte machen. Dies bei Unterernährung und, wenn's hochkommt, Sommerbekleidung am Leib. Im letzten Jahr starben etwa einhundert Kinder pro Tag. In diesem Winter wird es, entsprechend der Zunahme der Flüchtlinge, das doppelte werden, wenn sich die Bedingungen nicht bald und wesentlich ändern. Nahrungsmittel! Vitamine! Bekleidung! Decken !
Zeltmaterial! Schon jetzt sind die wenigen sturmfesten Lehmbaracken überfüllt. Schon jede banale Infektion packt bei den unterernährten Kindern lebensgefährlich zu. Sie warten auf die Grippe-Epidemie, vor der sie sich nicht schützen können, und die unter den Lagerbedingungen wie ein tödliches Geschenk von einem zum anderen gereicht wird. Wir hören dies angesichts der kranken Kinder und bekommen die Stichworte: ein Mädchen, sechs Monate alt, Darminfektion, Atemweginfektion, ihr Geburtsgewicht ist bereits unterschritten – ein Säugling aus Haut und Knochen. So geht es weiter. Im nächsten Raum sind die, die es „geschafft" haben. Daumendicke Ärmchen, schmale Gesichtchen, die Augen schwarz, groß und ernst – wir sind angeklagt. Diese Kinder haben Glück gehabt, sind „durchgekommen" werden noch einige Wochen gefüttert, hochgepäppelt, warm gehalten, bis sie in den beginnenden menschenfeindlichen Wüstenwinter entlassen werden. Rehabilitationsstation.
Neben den weiteren Krankenzimmern, in denen Frauen wie kleine Häufchen unter ihren Tüchtern verborgen liegen mit fieberhaften Erkrankungen, gibt es ein Notfallzimmer, in dem – halbwegs gut ausgerüstet – die Intensivbehandlung eingeleitet wird.
„Die Patienten kommen zu spät", klagt die spanische Kollegin. „Was wäre, wenn sie rechtzeitig kämen?" fragen wir angesichts der vollen Krankenstationen und dem Mangel an Material. Bei der Beantwortung dieser Frage kommen wir wieder auf den Ursprung des Problems. Die Krankenschwester gibt uns recht, es ist nicht das „zu-spät-gekommen-sein" allein. Es ist das Problem des Teufelskreises. Mit ihren Armen und Händen beschreibt sie einen großen Kreis in der Luft und sagt: „Mangelernährung! Kälte! Mangelnde Hygiene! Verdrecktes Wasser! psychischer Stress! Trockene Mutterbrüste!" Plötzlich schlägt sie mit der rechten Hand durch den Kreis und sagt: „Da muß man es treffen! Das sind die Verursacher. Wir sind nur noch Verwalter der Folgen."
Unter diesem Eindruck verlassen wir das „Zentral-Hospital" für zwei Bezirke. Wir kommen zum Abendessen in unser Zelt, und es fällt uns schwer, uns über das zu freuen, was unseren Gastgebern traditionsgemäß zu einer der größten Freuden gehört: ein gutes Essen zusammen mit Gästen

> In jeden der Lager befindet sich ein mit kleinen Steinen begrenzter Platz, auf dem regelmäßig Zusammenkünfte der Lagerbewohner stattfinden.
> Die Lagerbevölkerung ist, meist vorgegeben von der Zahl der Bewohner der Zelte, in Zwölfergruppen eingeteilt. Es besteht die Verpflichtung, alle auftretenden Probleme zunächst in den Zwölfergruppen zu besprechen und erst bei gruppenübergreifenden Problemen oder Problemen von allgemeinem Interesse für das jeweilige Lager bei den Forumsdiskussionen vorzutragen. Auf dem Versammlungsplatz finden zudem abends Theaterabende, Liederabende und Problemdiskussionen statt. In den Problemdiskussionen spielt die Bewußtseinsbildung unter den Lagerbewohnern eine große Rolle (Aus dem offiziellen Reise-Bericht)

und Freunden. Ein besonders gutes Essen mit Fleisch, Hirse und Gemüse: Cous-Cous. „Warum schlachtet ihr für uns ein Zicklein, meine Güte. . . " Der Lagerälteste lächelt und beruhigt uns mit dem Hinweis, daß die schönsten und liebsten Werte seines Volkes auch in diesen Lagern nicht verkommen werden: mit dem Gast etwas Gutes zu essen, sich zu freuen und beim Tee ein gutes Gespräch zu haben.

Am späten Abend gibt es noch eine Überraschung: wir gehen „ins Theater". Wir sitzen auf dem Boden zusammen mit den Lagerbewohnern. Die Kinder sitzen neben den Frauen, sind ganz still und voller Spannung vor dem dünnen Vorhang, der die Bühne nur in Konturen erkennen läßt. Wir sehen heute Abend mehrere Szenen von einer Theater- und Gesangsgruppe, die sich vor einigen Wochen gebildet hat und heute ihre Erstvorstellung gibt. In den Liedern wird der Mut der kämpfenden Männer und Frauen besungen und der Tod ihres Helden El Quali, der weiterleben wird, weil er ihnen den Mut zum Kampf, den Mut zur Selbstverwaltung gegeben hat. In den Szenen werden die Probleme der Lagersituation gespielt.
Breiten Raum nimmt die Entwicklung der Frauen ein, ihr Lernprozess und ihre Kraft. Es wird viel gelacht, wenn sich die Männer in den Szenen über die Frauen erheben und alle applaudieren heftig, wenn sich die Frauen mit Erfolg dagegen wehren. Alle sind entspannt und fröhlich. Wir auch.
In der zweiten Nacht beginnt ein Sandsturm, der uns mehr oder weniger stark die restlichen Tage unseres Aufenthaltes in den Lagern begleitet. Wir sind von unseren Freunden in Tücher vermummt worden und lernen, sie fachgerecht zu binden. Der Sturm reiß den sehr grobkörnigen Sand mit großer Gewalt hoch. Der Sand peitscht



wie Glassplitter in die unverhüllten Gesichter. In gebücktem Gang kämpfen alle Schritt für Schritt gegen Sturm und Sand. Die Sicht ist behindert. Zelte brechen zusammen. Der Kleinkrieg gegen den Wüstensturm beginnt, die Mühsal wird zur Qual. Wir werden so lieb von allen bedauert, sie haben gehofft, daß wir dies nicht erleben müssen.
„Ist das denn besonders schlimm heute?" „Nein, dies ist normal. Die heftigen Stürme kommen erst im Winter." Außerhalb der Zelte wirbelt der Wüstensand durch die Luft. In den Zelten werden alle Gegenstände mit einer dicken Sand-Staubschicht überdeckt. Wir bekommen bei unserer Arbeit in den Lagern die ganze Härte des Klimas zu spüren und wissen dabei, daß wir nur das erleben, was alltäglich ist, womit hier gelebt wird. Diese enorme Behinderung gehört in den Lagern bereits zur Routine. Das, was im Winter wird, ist gefürchtet. Uns fällt es nicht mehr schwer, uns eine Vorstellung davon zu machen.
In den folgenden Tagen besuchen wir die weiteren Lager in den Verwaltungsbezirken Esmara – der etwa 25 km von dem Bezirk El Aiun entfernt liegt – und dann weiter, 150 km entlang der mauretanischen Grenze in den Bezirk Dachla. Die Flüchtlinge werden nach Möglichkeit in die Lager eingewiesen, die den Namen ihrer Heimatorte tragen, wo sie andere Flüchtlinge aus ihrer Gegend treffen und wo auch sie

Ein großer Teil der Flüchtlinge sind aber Fischer von der Küste, Händler und Handwerker sowie Phosphatarbeiter, die sich unter den Wüstenbedingungen entsprechend schwer tun. (Aus dem offiziellen Reisebericht)

AUSZUG AUS DEN BERICHTEN DER INTERNATIONALEN LIGA FÜR DIE MENSCHENRECHTE (FIDH)

Der Bericht des Rechtsanwalts Denis Payot, Generalsekretär der FIDH, über die Situation in der ehemals spanischen Westsahara, stellt Ende Oktober 1976 fest: „Nach den Prinzipien des Menschenrechts verstößt die marokkanisch-mauretanische Invasion gegen das Völkerrecht." Die FIDH erkennt die FRENTE POLISARIO als legitimen Vertreter der Sahauris an, die einhellig und um den Preis ihres Lebens in nationaler Unabhängigkeit regieren. Zur aktuellen Situation der 100 000 Flüchtlinge heißt es in Denis Payot's Bericht wörtlich: „Als humanitäres Problem ist die Lage der Flüchtlinge das Drückendste. Tuberkulose und Bronchialerkrankungen, wie auch andere Erkrankungen, sind an der Tagesordnung. Kinder und alte Menschen leiden entsetzlich unter dem Nachtfrost, 4 Grad minus in der Sahara, und unter Mangel. Die Berichterstatter sind nach ihrer Rundreise in der Westsahara tief bewegt durch das Schicksal dieser zehntausende Menschen, die Not und Entbehrung mit Würde und vollkommener Disziplin ertragen. Die Organisation des Lebens in den Lagern wird ausschließlich von der Sahauribevölkerung getroffen und es gäbe viel zu berichten über die außergewöhnliche Qualität der Organisation. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die äußerste Entschlossenheit dieses Volkes einen Sieg der FRENTE POLISARIO möglich machen könnte." Der Bericht der FIDH befürchtet für den Fall, daß dieser rationale Erfolg nicht erreicht werden kann, einen Genocid, einen Völkermord an den Sahauris und fordert: „Was die Fragen der Gesundheit anbelangt, so alarmieren die Berichterstatter hiermit die FIDH; denn genauso wie ein Völkermord nach den Beschlüssen der UNO vermieden werden muß, ist es unerläßlich, diesem gefährdeten Volk zu helfen."

gefunden werden können. Mit dem, was sie in den Lagern lernen, wollen sie dann beim Wiederaufbau nach der Rückkehr in ihre Heimat behilflich sein, ihre Kenntnisse anwenden und weitergeben.
Alle Lager sind in Aufbau und Struktur gleich. Es gab keine wesentlichen Überraschungen bei dem Vergleich der Lager untereinander. Umverteiltes Elend, keine Privilegien. Enorme Anstrengung aller, das zu erhalten, was möglich ist. Die Aktivität verhindert Resignation. Sie schenkt der Angst um das Überleben eines jeden einzelnen keinen Raum. Das Entsetzen und die Empörung der Flüchtlinge wird in einen Kanal geleitet, aus dem Kraft und Entschlossenheit kommt für das, was Fatima die Freiheit ihres Volkes nennt.
Wir verlassen am fünften Tag die Lager mit einem Bewußtsein, das aus der Betrachtung des Elends der Flüchtlinge geprägt ist, aber auch durch die Betrachtung ihrer Selbstorganisation und Entschlossenheit. Wir haben gesehen, daß sie in unserer Welt totgeschwiegen werden und sich dies nicht erklären können. Sie haben viel Hoffnung auf „unseren Sieg und eure Solidarität" – wie sie zum Abschied zu uns sagen.

Nähere Informationen bei und Spenden an:
medico international
Homburger Landstr. 455
6000 Frankfurt 50

WIE POLITISCH DÜRFEN ENTWICKLUNGSHELFER SEIN?
DED VERHINDERT AUSREISE EINES ENTWICKLUNGSHELFERS

Presseerklärung der Entwicklungshelfer des IV. Quartals Wächtersbach und Berlin vom 12.12.1976:

Entwicklungshelfer drohen mit Nichtausreise.

„Zu erheblichen Spannungen zwischen zukünftigen Entwicklungshelfern (EHs) in den Vorbereitungsstätten Wächtersbach und Berlin in der Geschäftsleitung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) ist es gekommen, weil einem Vorbereitungsteilnehmer die geplante Ausreise zum 29.12.1976 auf Grund eines laufenden Ermittlungsverfahrens verweigert werden soll.
Der 29jährige Ingenieur H.J. B. wurde am 16.10.76 in Bonn als unbeteiligter Passant in eine Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Teilnehmern einer Kundgebung verwickelt. Die Kundgebung wandte sich gegen einen beim Bonner Amtsgericht laufenden Prozeß gegen Teilnehmer einer § 218 Demonstration vom 21.9.1975, an der sich damals 25.000 beteiligt hatten. Bei der Auseinandersetzung kam es zu einem Handgemenge und Festnahmen durch die Polizei, bei denen der Betroffene und ein Polizist verletzt wurden. Der DED wurde von H. J. B. umgehend über den Vorfall informiert.
Vor wenigen Tagen erfuhr er, daß die Geschäftsleitung (GL) des DED seine Ausreise vom Ausgang eines eventuellen Verfahrens abhängig machen will. Von Seiten der Staatsanwaltschaft liegen jedoch keine Bedenken gegen eine Ausreise vor.
Von 106 zukünftigen EHs, die sich zur Zeit in den Vorbereitungsstätten des DED befinden, schlossen sich 100 einer Erklärung an die GL an, in der sie eine Unterzeichnung der Verträge von der Ausreise H. J. B's abhängig machen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, waren am Donnerstag voriger Woche 90 Vorbereitungsteilnehmer nebst Mitgliedern des Lehrpersonals aus Berlin und Wächtersbach in Bonn angereist, um ein Gespräch über die Angelegenheit mit der GL zu erzwingen. Die zweieinhalb-stündige Unterredung führte zu keiner Annäherung der Standpunkte.

Die zukünftigen EHs erklärten daraufhin, daß die für Mittwoch geplante Unterzeichnung der Verträge unterbleiben werde, wenn die GL ihren Standpunkt nicht ändere.

Die EHs machen der GL zum Vorwurf, daß die Infragestellung der Ausreise von H. J. B. einer Vorwegnahme eines Gerichtsurteils durch den DED gleichkommt. Desweiteren lehnen sie es ab, daß die GL auf Grund des Vorfalls die Eignung des Betroffenen anzweifelt.
Mehrfache Äußerungen aus der Geschäftsstelle des DED und die Tatsache, daß es sich bei der Auseinandersetzung mit der Polizei um eine Aktion gegen den § 218 handelte, lassen nach Meinung der EHs den Schluß zu, daß bei der Entscheidung der GL über die Nichtausreise von H.J. B. politische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben. Den Äußerungen war zu entnehmen, daß von Seiten des DED Befürchtungen bestehen, daß ein zukünftiger Mitarbeiter mit bestimmten politischen Aktionen in Verbindung gebracht werden könnte.

Sollte es zwischen Vorbereitungsteilnehmern und GL nicht zu einer Einigung kommen, brächte dies nicht nur erhebliche soziale Härten für die Nichtausreisenden mit sich, sondern hätte auch die Gefährdung einer großen Zahl von Entwicklungshilfeprojekten in Ländern der 3. Welt zur Folge."

Wie wir erfahren konnten, hat am 22.12.76 ein Vermittlungsausschuß getagt, in dem neben einem Vertreter der Geschäftsleitung des DED und einem Vertreter der Entwicklungshelfer noch der von den EH vorgeschlagene Professor Ipsen (Bochum) saß. Die Entscheidung der GL des DED wurde mit 2 : 1 Stimmen bestätigt, Begründung war der anstehende Prozeß. Die EH haben sich dieser Entscheidung gebeugt und sind inzwischen alle ausgereist.

Red.

Liberia

LIBERIA IN SEINER BEDEUTUNG FÜR DEUTSCHES KAPITAL

Robert Kappel

Ende Mai hat Liberias Präsident William Tolbert die Bundesrepublik besucht. Vor einem Jahr war Außenminister Genscher in Liberia. Die Staatsbesuche dienen dem Ausbau der Kontakte zwischen den beiden – ungleichen – Partnern.

Die BRD sieht Liberia als wichtigen Verbündeten in Schwarzafrika an. Politisch hat Liberia große Bedeutung in der derzeitigen Entwicklung Schwarzafrikas für die BRD. Zusammen mit der Elfenbeinküste u.a. unterstützt Liberia den friedlichen Übergang zur Machtübernahme in Südafrika. So empfing Tolbert den südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster und war zugegen bei den Gesprächen zwischen Houphouet-Boigny und Vorster in der Elfenbeinküste. Weitere politische Übereinstimmungen ergaben sich bei der von der UNO verabschiedeten Resolution gegen den Zionismus, die Liberia ebenfalls ablehnte. Wirtschaftlich gibt es enge Beziehungen. Die Bundesrepublik ist der zweitgröße Außenhandelspartner nach den Vereinigten Staaten. 40 % aller Eisenerzimporte der BRD stammen aus Liberia.

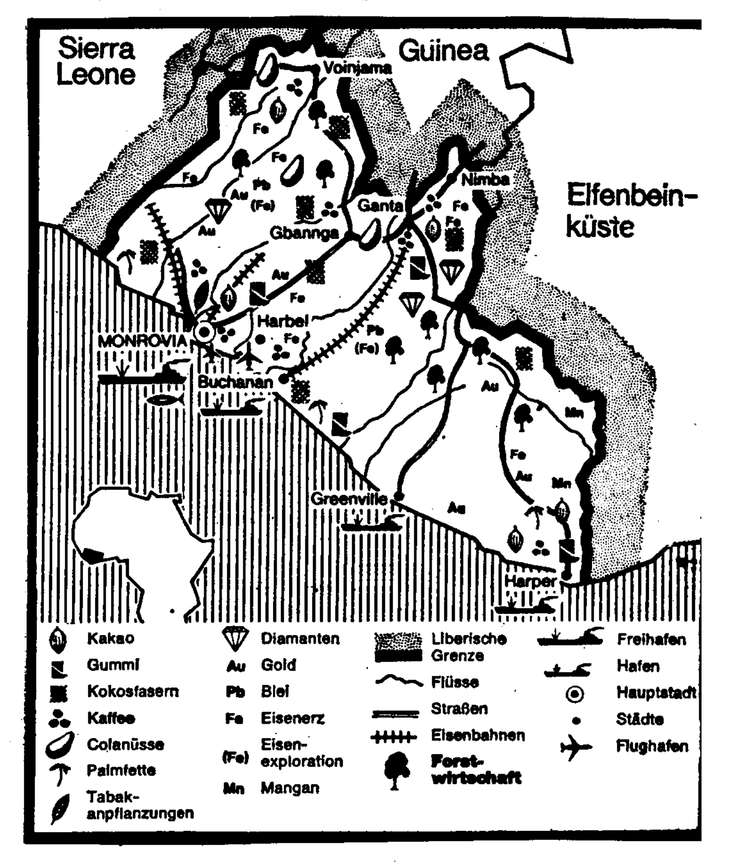
Die Geschichte der Beziehungen zwischen ungleichen Partnern.

Schon seit über hundert Jahren bestehen enge Beziehungen zwischen deutschem Kapital und Liberia. Nach der politischen Unabhängigkeit Liberias 1847 nahmen vor allem Hamburger und Bremer Kaufleute Handeslbeziehungen auf. 1857 wurde zwischen Liberia und den freien Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck ein Freundschafts-Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen, der den beiden Partnern „freien" Handel zugestand. Während deutsche Kaufleute sich in Liberia niederließen, billig Kaffe, Palmöl, Elfenbein, Farbhölzer usw. einkauften und teuer Alkohol und Tand verkauften, und so die liberianischen Völker ausplünderten, war Liberia nicht in der Lage, gleichwertigen Handel aufzunehmen. Dazu fehlte es an Handelskapital, an einer Seeflotte, die die Waren hätte transportieren können und an deutschen Abnehmern. Bis zum 1. Weltkrieg wurde Deutschland wichtigster Handelspartner, der es verstand, Liberia nahezu vollständig unter Kontrolle zu bringen, ohne daß Liberia Kolonie wurde.

Wie die deutschen Kaufleute sich als Unterdrücker und Ausbeuter aufführten, zeigt exemplarisch der Brief des Kaiserlichen Konsuls in Monrovia, August Humpelmayr: „In sehr vielen Fällen betrachten Deutsche den Liberianer und seine Regierung als absolut unberechtigt zur Handhabung ihrer Gesetze und Polizei, und indem sie auch die gebildeten Liberianer, sowie die Beamten bis zu den höchsten Stellen hinauf als gemeine Nigger behandeln ... tragen sie sehr dazu bei, daß die Deutschen nichts weniger als beliebt, sondern geradezu gefürchtet und gehaßt sind." (1)

Das deutsche Kapital unterschied sich durch nichts von dem englischen, amerikanischen und französischen Kapital, das ebenfalls imperialistische Interessen in Liberia verfolgte. Deutschland hatte jedoch eine exponierte Handelsstellung zu verlieren, die es sich durch eine geschickte Anleihepolitik erworben hatte. Durch ein sogenanntes „order system", durch das die Verschuldung Liberias von 800 Tsd. $ aufgehoben werden sollte, gelang es den deutschen Kaufleuten, die gesamten Zolleinnahmen des Staates zu beschlagnahmen. So war der liberianische Staat ein Staat, der vollständig von ausländischem Kapital abhängig war, keine eigenständige Basis hatte und nur über neue Anleihen im Ausland in der Lage war, die Abhängigkeit von einem Schuldnerland auf das andere zu übertragen. Liberia blieb so im Verlaufe seiner Geschichte Spielball der imperialistischen Nationen, die liberianische Kompradoren einsetzten, um ihre Politik und die Ausbeutung der Rohstoffe und der Menschen Liberias ungestört vornahmen. Bis zum 1. Weltkrieg war Liberia hauptsächlich abhängig von europäischem Kapital; nach dem 1. Weltkrieg geriet es unter die Kontrolle der USA, vor allem unter die Kontrolle des Reifenkonzerns Firestone Cy.

Die ökonomisch dominierende Position vor dem 1. Weltkrieg konnte das deutsche Kapital danach nicht wieder erreichen. Zwar gelangten deutsche Kaufleute wiederum in eine führende Stellung, doch amerikanischer Kapitalexport führte zur Errichtung der größten Kautschukplantagen der Welt. Der Firestone Konzern erwarb 1927 durch ein Abkommen 1 Mio. Acres (= 40 %) des gesamten liberianischen Staatsgebietes) zu einem Spottpreis und mußte jährlich für



die Nutzung lediglich einige Cents pro Acre an den Staat abführen. Dieser Konzessionsvertrag war der Abschluß einer Verschuldungsstrategie amerikanischen Kapitals, das nach der Etablierung daran ging, Arbeiter für die Plantagen zu rekrutieren und zu versklaven. 1930 wurden diese Praktiken aufgedeckt und der Präsident von Liberia King der Sklaverei angeklagt. Firestone blieb unbehelligt. Dem deutschen Handelskapital gelang es zwar den Handel in den 20iger und 30iger Jahren zu 75 % zu dominieren, aber er genügte nicht zur Kontrolle des ganzen Landes.

Mit Beginn des 2. Weltkrieges geriet Liberia vollständig unter amerikanische Hoheit. Nahezu sämtliche Importe kamen aus den USA und fast sämtliche gingen in das ehemalige Mutterland. Liberia wurde als „Firestone-Country" bezeichnet, worin zum Ausdruck kommt, daß Firestone ökonomisch und politisch in Liberia herrschte. Die einseitige Ausrich-

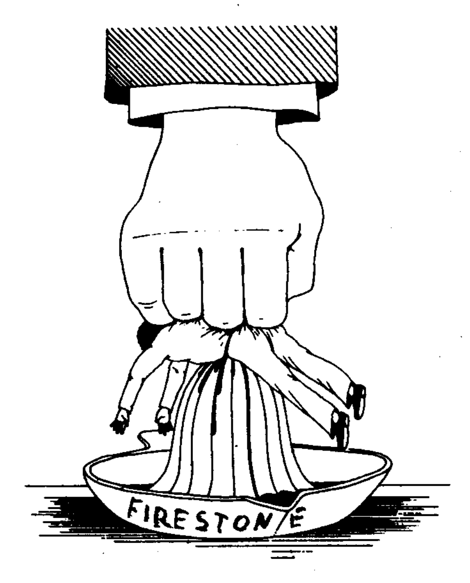
tung der Ökonomie auf einen Konzern und ein Produkt konnte erst ab 1950 durch die Entdeckung von Eisenerzen allmählich aufgehoben werden, allerdings nicht die Extraversion des liberianischen Wirtschaftssystems.
Nachdem nach 1945 die Neuaufteilung der ökonomischen und politischen Einflußgebiete vorgenommen wurde – die USA eroberten sich die führende Position in der Welt – versuchte die BRD im Fahrwasser der USA, ihre alten Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Doch das Handelskapital spielte eine immer unbedeutendere Rolle, immer wichtiger wurde aufgrund der Entwicklung in Europa und Nordamerika der Kapitalexport. Auch deutsches Kapital investierte immer stärker in Liberia und erschloß sich wichtige Eisenerzvorkommen. Bei einer Importabhängigkeit bei Eisenerz von 95 %, einem Gesamtimportwert von 1,9 Milliarden DM 1973 und 55,4 % der Importe aus Entwicklungsländern (2) kommt Liberia wegen seiner riesigen Eisenerzvorkommen mit hohem Eisengehalt besondere Bedeutung zu.
Die USA sind derzeit noch wichtiger ökonomischer Faktor in Liberia. Gleich danach folgt die BRD, dessen Position immer stärker wird. Das zeigt sich an vielerlei Daten:
1. Die BRD ist zweitwichtigster Handelspartner Liberias. Der Anteil an den Exporten betrug 1972 17,2 %, an den Importen 11,2 %. Die folgende Tabelle zeigt die Verschiebung der Anteile am Export (in %) zugunsten der BRD. (3)

	1952	1960	1970
USA	92,9	52,4	23,2
BRD	1,1	8,3	17,8
Italien	–	2,2	10,3
Niederlande	3,5	3,5	15,3
Japan	–	–	7,5

2. Die öffentliche Verschuldung Liberias bei der BRD belief sich 1975 auf 174,4 Mio $ (5) Vor allem wurden davon Straßenbauprojekte, Holzverwertungsuntersuchungen, geographisch-geologische Forschungen zur Sichtung der Rohstoffe und Wasserversorgungsprojekte finanziert.
3. Insgesamt hat privates deutsches Kapital von 1952 - 1970 ca. 150 Mio DM in Liberia investiert. Bis zu diesem Zeitpunkt war Liberia zweitwichtigstes Investitionsgebiet Afrikas. 95 % der Investititonen wurden im Eisenerzsektor vorgenommen. An der Bong Mine Company (BMC), die ein 70-jährige Konzession in Liberia besitzt und die 1975 6 Mio to Eisenerz produzierte, ist zu 75 % deutsches Kapital beteiligt, davon allein 37,3 bei Thyssen, des weiteren Hoesch, Rheinstahl und Krupp. 40 % der deutschen Eisenerzimporte kommen aus Liberia.
4. Im agrarischen Bereich sind u.a. die Hamburger Handelsfirmen Afrikanische Fruchtkompanie Laeisz, die Salala Rubber Corporation, an der die Hamburger Firma Nordmann und Rassmann und Co. beteiligt ist, die Maryland Logging Company und der Reifenkonzern Uniroyal. (5)
5. Deutsches Handelskapital ist führend im Import und Exportgeschäft, so u.a. das Handelshaus Jos. Hansen.
Kennzeichnend für das Verhältnis zwischen deutschem Kapital, dem deutschen Staat und Liberia ist:
1. Als wichtigster Abnehmer des in Liberia geförderten Eisenerzes, profitiert das deutsche Kapital von der Entwicklung der Preise für Eisenerz, die für Liberia einen Trend nach unten haben: Betrug der Preis pro Tonne 1965 12,3 $, so fiel er bis 1971 auf 10,3 $ (6). Ausgehend von 1965 hat Liberia allein durch den Preisrückgang bis 1971 33,1 Mio $ verloren. Rechnet man bis 1975 noch den Abwertungsverlust des Dollars – Liberia hat bislang als Währung die amerikanische beibehalten müssen – hinzu, dann summiert sich der Verlust nochmals zusätzlich auf mindestens 72 Mio $ (7). Diese Profite fließen zu 75 % in die Hände der deutschen Anteilseigner der BMC. Das sind Verluste, die Liberia allein durch den Preisrückgang und durch die Abwertungen des Dollars verloren gehen. Dazu kommen noch die „normalen" Profittransfers, die in Liberia, der LAMCO, 1974 allein 26,6 Mio $ Reingewinn abgeben. Ähnliche Zahlen dürften sich für BMC errechnen lassen. Geschätzt werden können die Reingewinne der BMC auf jährlich ca. 20 Mio. $, in 10 Jahren Ausbeutung der Rohstoffe also 200 Mio $.
Längst hat sich das investierte Kapital mehrfach bei den deutschen Konzernen wiedergefunden.
2. Liberia ist im Ausland stark verschuldet, vor allem bei den USA und der BRD. Der durchschnittliche Schuldendienst beträgt 25 Mio. $, was ca. 20 - 25 % der Staatsausgaben oder 8 % der Exporterlöse ausmacht. Mit den Krediten, die die BRD Liberia gewährt, hat sie hauptsächlich Projekte finanziert, die den deutschen Kapitalisten diente, aber von Liberia bezahlt werden mußten. Hinzu kamen relativ hohe Zinsen und kurze Laufzeiten. Ein Beispiel: „1967 führte eine deutsche Forstmission eine Inventur der Holzbestände im Gebiet Greenville-Tschien durch. Sie sollte Liberia helfen – so die Begründung des Projektes – seinen Reichtum an tropischen Hölzern sinnvoll zu nützen. Nach Fertigstellung der Studie wurden an verschiedene Konzessionäre Einschlagsrechte vergeben. Bis heute existiert weder eine liberanische Holzhandelsfirma noch besitzt Liberia ein eigenes Sägewerk." (8)
Diese Verhältnisse zeigen:
Liberia ist abhängig vom ausländischen Kapital, das das Land ausbeutet. 1972 waren von 2835 in Liberia registrierten Unternehmen 71,7 % ausländische, 1,6 % Gemeinschaftsunternehmen und 16,7 % liberianische. Durch die Verschuldung im Ausland wird Liberia dazu gebracht, immer neues ausländisches Kapital ins Land zu holen, um mit Hilfe der Steuerabgaben und Profitbeteiligungen die Schulden zurückzubezahlen. Damit verbunden ist, daß das ausländische Kapital diese Abhängigkeit nutzen kann, um die Bedingungen der Ausbeutung in Liberia zu diktieren und Liberia in politische Abhängigkeit zu halten. So kommt es dann zustande, daß Liberia sich seines „freien Unternehmertums", zahmer Gewerkschaften, niedriger Löhne und eines ruhigen Investitionsklimas rühmt. Des weiteren wird Liberia zum politischen Verbündeten; kein Wunder, ein Land, das im eigenen Land nichts oder nur wenig besitzt und in dem die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung von außen diktiert werden, hat keinen eigenen Willen zu haben.
Dem Besuch von Ministerpräsident Tolbert in der BRD kommt insofern erhebliche Bedeutung zu, als deutsches Kapital weitere Eisenerzquellen erschließen will. Gemeinsam mit japanischen wollen deutsche Stahlkonzerne 350 Mio to. Eisenerzreserven in der Putu-Range in Südostliberia ausbeuten. Jährlich sollen 8 Mio to. gefördert werden.
Des weiteren geht es um bislang noch nicht erschlossene Bauxit-, Mangan-, Kupfer-, Rutil-, Ilmenit- und Schmirgelvorkommen.

Doch nicht nur die Rohstoffe spielen eine Rolle in den Gesprächen zwischen Genscher, der Industrie und der liberianischen Delegation. Es geht darum, Liberia politisch aus der gemeinsamen Front der Länder der Dritten Welt herauszutrennen, die ein „integriertes Rohstoffprogramm" und eine Umstrukturierung des Welthandels auf dem Rohstoffsektor fordern:
„so daß für die Rohstoffprobleme eine lebensfähige Lösung gefunden wird, daß der Wert der Exporte und der Exporterlöse und der Exporterlöse der Entwicklungsländer steigen oder aufrechterhalten werden können, daß die Weiterverarbeitung in diesen Ländern zunimmt und die terms of Trade sich zu ihren gunsten entwickeln. Unter Berücksich-

tigung dieser grundsätzlichen Ziele sollte die Vierte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung konkrete und wirksame Beschlüsse über ein integriertes Programm, alle seine Bestandteile, die Verwirklichung aller seiner Ziele und alle notwendigen internationalen Maßnahmen, einschließlich einem Verhandlungsplan, fassen." (9)
Daß Liberia trotz seiner Abhängigkeit vom ausländischen Kapital inzwischen aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, der Verschlechterung der terms of trade (10), der sozialen Verhältnisse des Landes – immer noch müssen erhebliche Mengen an Reis eingeführt werden – und den Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und Unternehmen auf den großen ausländischen Plantagen und den Eisenerzminen gezwungen ist, auch gegen die großen ausländischen Konzerne aufzutreten, macht folgendes Beispiel deutlich: Der Firestone Konzern entließ 1975 im Mai 350 Arbeiter, um mit weniger Arbeitern die Produktion aufrechtzuerhalten und um die Profite zu steigern. Auf den Plantagen gab es daraufhin Unruhen, die den Präsidenten Tolbert zwangen, gegen Firestone Stellung zu beziehen. „Unwürdig und beschämend" sei das Verhalten von Firestone. Ein halbes Jahrhundert hätten sie reichlich aus Liberia herausgeholt und den Arbeitern Löhne von knapp



über einem Dollar pro Tag (1974) gezahlt. Diese Lohnhöhe wurde den Arbeitern allerdings erst nach mehreren Streiks in verschiedenen Jahren zugestanden. Breit veröffentlicht wurde der Zustand der schlechten Wohnungen für die Arbeiter auf den Firestone Plantagen und der Bericht eines Arbeiters, der 25 Jahre gearbeitet hatte und jetzt im Monat 13 $ Rente erhalte (11). Firestone wurde gezwungen, die Arbeiter wieder einzustellen und sich um die Verbesserung der sozialen Lage zu kümmern. Inzwischen wurde das Abkommen mit Firestone geändert. Firestone muß jetzt wie alle anderen ausländischen Konzerne Steuern, Abgaben und Gebühren voll entrichten. Bislang wurden Firestone besondere Vergünstigungen gewährt. (12)

Der objektive Widerspruch zwischen Liberia und dem imperialistischen Ausland schlägt sich nieder in den Klassenauseinandersetzungen in Liberia. Die gegenseitigen Besuche des Ministerpräsidenten Tolbert mit Außenminister Genscher verändern an der Lage nichts. Die Gespräche, die dem „gegenseitigen Nutzen" dienen sollen, sind zum Nutzen des westdeutschen Kapitals und der liberianischen Regierung, zum Nutzen Liberias sind sie nicht. Die Lage des Volkes verschlechtert sich. Tolbert wird allerdings immer mehr gezwungen, in der Öffentlichkeit Stellung gegen ausländische Ausbeutung und Unterdrückung zu beziehen.

Nach dem 1. Weltkrieg konnte in einer Denkschrift über den deutschen Handel für Liberia noch festgestellt werden: „Bezeichnend für Westafrika ist die gewaltige Masse der ohne Kultur gewonnenen Erzeugnisse. Seiner Tätigkeit (des deutschen Handels) ist es zu danken, daß sich keine Industrie in Westafrika entwickelte, sondern die Rohstoffe der heimischen Industrie und dem heimischen Erwerbsleben zugute kamen. Andererseits sorgte er für den Absatz der heimischen Industrieerzeugnisse in Westafrika und bewirkte dadurch wieder, daß Westafrika ein Produktionsland für Rohstoffe blieb und kein Konkurrenzland der einheimischen Industrie geworden ist," (13) und die Handelskammer Bremen formulierte 1906: „So sehr zu wünschen gewesen wäre, daß die Vorherrschaft des deutschen Handels auch zur politischen Vorherrschaft Deutschlands geführt hätte, so ist doch nicht zu verkennen, daß auf eine Verwirklichung dieses Wunsches kaum zu hoffen ist." (14)
Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Metropolen und Peripherie seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hat einen Verlauf genommen, der zu immer größerer Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nationen – sowohl politisch als auch ökonomisch – führte. Liberia, das als Land der Ausrichtung auf die westlichen Industrieländer und als politisch reaktionär eingestuft wird, steht in objektivem Widerspruch zur Ausbeutung und Unterdrückung. Es gibt auch für Liberia nur den Weg der vollen Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Erste Schritte dahin sind gemacht.

Anmerkungen:

1) Brief von August Humpelmayr an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches, Berlin 7.2.1902.
2) nach: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 50, Bonn, August 1975, Tab. 15
3) nach: Robert Kappel, Liberia, in: Handbuch der Dritten Welt, Band 2, Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika, Hrsg. Nohlen/Nuscheler, Hamburg 1976, S. 280 - 290, S. 287
4) nach: Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Zweiter Bericht) Drucksache 7/4293, Tabelle 7, S. 114
5) vgl. R. Kappel, Liberia-Ausbeutung, Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: Blätter des iz3w, Nr. 29, November 1973, S. 47.
6) vgl. International Bank for Reconstruction and Development, Bank Staff Working Paper No. 160, August 1973, Annex
7) berechnet nach Angaben der Statistiken des United Nations Monthly Bulletin of Statistics
8) R. Kappel, s. Anm. 5, S. 49
9) nach: Zusammenarbeit für Entwicklung – UNCTAD IV, in: 3. Welt Magazin, Nr. 3/4, 1976, S. 33
10) vgl. zur Entwicklung der terms of trade in Liberia, R. Kappel, s. Anm. 3, S. 288
11) vgl. West Africa, 21.4.1975
12) vgl. West Africa, 31.5.1976
13) Denkschrift über den deutschen Handel in Liberia, Hrsg. Vereinigung der in Liberia ansässigen Hamburger Firmen, o.O., o. Jg. (nach dem 1. Weltkrieg)
14) Handelskammer Bremen, 19.3.1906



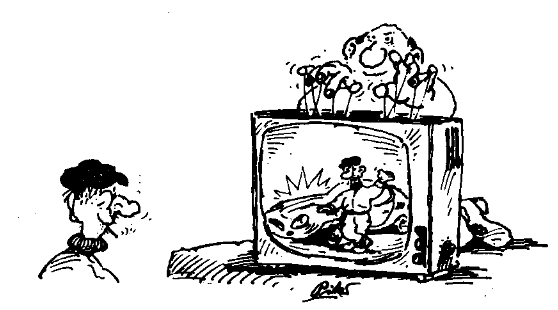
Glossen

ZDF

SEHNSUCHT NACH PROSTITUTION – VIETNAM IM ZDF

„Vietnam '76", ZDF-Sendungen
19.12.1976, 22.05 Uhr
23.12.1976, 21.15 Uhr

Man muß es dem Scholl-Latour schon lassen: Indochina kennt er, wie kaum ein anderer hierzulande. Seine Intimkenntnisse beruhen beileibe nicht nur auf seiner Tätigkeit als Fremdenlegionär dort. Nein, als der Fremdenlegionär Scholl-Latour abzog, setzte er seine Mission mit Feder, Schreibblock und Kamera bis zum heutigen Tage fort. Selbst nach der Befreiung durch den Fall Saigons blieb er seiner Sache treu. Er erhielt jüngst wieder die Möglichkeit für die große freie Welt zu filmen, wie die Entwicklung in Vietnam nach dem Abzug der USA weitergeht. Er reiste gen Norden, er reiste gen Süden, und was er sah, ließ ihn vor Trauer erbeben. Nein, nein, er filmte nicht etwa die zerstörten Wälder, die vielen Bombenkrater in den Feldern, die zerschossenen Ortschaften, die riesigen Elendsviertel in den aufgeblähten Städten, die Verstümmelten und Verbrannten und nicht die früher auf Auslandszufuhr orientierte südliche Industrie mit ihren gegenwärtigen Problemen, nun ohne diese Zufuhr zu produzieren. Warum dies auch noch jetzt filmen! Schließlich hatten die Vietnamesen doch selbst diesen Krieg mitbetrieben und außerdem war er zu Ende.



»Was die Gegner uns geben, geben sie nicht freiwillig, sondern es wird ihnen abgetrotzt...

Nun galt es vielmehr Vietnam in seiner neuen Armut zu ergründen und der freien Welt zu zeigen, daß die vietnamesischen Kommunisten es eben nicht besser, sondern nur schlechter könnten. Dies aber konnte Scholl-Latour mit seinem Aufklärungsstoßtrupp nur allzu gut leisten. Denn gibt es nicht auch im kommunistischen Bereich und besonders in den Großstädten noch immer Arbeitslosigkeit? Und ist nicht die Arbeit auf dem Lande furchtbar hart und eigentlich unzumutbar für die, die vorher von den amerikanischen Ausgaben profitierten? Viele Dinge sind auch noch rationiert und nur durch Schlangestehen vor staatlichen Verteilungsstellen (um hautnah zu werden assoziiert S.-L. mit HO-Läden der DDR) in geringen Mengen zu erwerben, die Löhne sind niedrig und in den Kinos laufen sogar sowjetische Spielfilme. Dies und vieles Scheußliche mehr zeigt die große Unfähigkeit der nördlichen Führung, die natürlich fast alle Schlüsselstellungen übernommen hat, um den Süden besser ausbeuten zu können. Wer den Unter- und Übertönen des Scholl-Latour-Berichtes im ZDF lauschte, mußte zu der Erkenntnis gelangen, daß die vorbürokratisierende nördliche Herrschaftsclique ihren Aufgaben und Versprechungen nicht gerecht werden kann. Freilich drängt sich hier die höchst illegitime Frage auf: wie konnten die USA und die Thieus nur von solchen schwachen Figuren geschlagen werden?
Durch den Bericht Scholl-Latours werden alle diejenigen – und das ist wahre Volkserziehung – die einst euphorisch die Befreiungsbewegung in Vietnam unterstützten und die 'Imperialistische Intervention' verurteilten letztlich doch eines Besseren belehrt. Es hatte sich nicht gelohnt, für die vietnamesische Guerilla Partei zu ergreifen. Vietnam kann – und dies ist wohl der Kern von Scholls Botschaft – eben doch kein Exempel für die Lösung von Entwicklungsproblemen durch Befreiungsbewegungen sein. Wozu also sich noch für die Befreiung Rhodesien, Südafrikas, des Irans usw. engagieren?
Wie tief Vietnam gefallen ist, seitdem die Puristen aus dem Norden nun auch im Süden das Sagen haben, zeigt uns Scholl-Latour dankenswerter Weise am Beispiel Saigons, wo – schrecklich es nur auszusprechen – nicht einmal mehr die Prostitution dieser Stadt Farbe und Gepräge geben kann; denn die Prostituierten werden auf ein anderes Gewerbe umgeschult. Armer Scholl, ohne Prostitution in Saigon! Aber nein, es gibt einen kleinen Lichtblick. Solange Scholl-Latour noch ab und zu nach Saigon kommen kann, gibt es dort wenigstens etwas Prostitution. Nämlich die eines Fernsehjournalisten, der wider besseres Wissen die historischen Zusammenhänge und Wahrheiten verfälscht, um sich so den ewigen Kalten Kriegern und der weltweiten Kommunistenhatz als Trommler anzudienen.

Andreas Buro

KBW

HILFE – DIE DEUTSCHEN STERBEN AUS!
Wie der KBW Ausländerpolitik machen will

Spätestens nach 6 Monaten Aufenthalt in der BRD sollen Ausländer **gezwungen** sein, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. So jedenfalls steht es im Programm des KBW (Beschlüsse der Ersten Ordentlichen Delegierten Konferenz des KBW, Mannheim, Juli 1974). Und 3 Jahre lang **obligatorisch** sollen die Sprachkurse von 4 Stunden pro Woche sein – nicht etwa nur für den Staat zur Finanzierung, sondern auch für die neuen „deutschen Staatsbürger ausländischer Herkunft" (aber nicht für Ausländer).
Die Arroganz, mit der der KBW die Ausländer mit Zwangsmaßnahmen für unmündig verkaufen will, mutet zunächst wie ein Mißverständnis an – auch verschiedenen KBW'lern. Sobald man ihnen jedoch den Programmtext zitiert hat, finden sie diese Forderungen plötzlich sehr, sehr richtig, notwendig und vor allem gerecht:
„Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie 3 Monate in der Bundesrepublik verbracht haben. MÖGLICHKEITEN ZUR EINMALIGEN VERSCHIEBUNG DES TERMINS DURCH DEN BETREFFENDEN AUSLÄNDER UM WEITERE 3 MONATE. (...)
Kostenlose und obligatorische Sprachkurse von 4 Stunden in der Woche für alle deutschen Staatsbürger ausländischer Herkunft während der ersten drei Jahre ihres Aufenthaltes in der BRD." (Hervorhebung von uns)
Das Ausländergesetz zu bekämpfen ist dringend notwendig. In Freiburg gab es im Dezember 1976 wieder 2 Fälle, mit denen die Ausländerbehörde besonders die fortschrittlichen Studenten einschüchtern wollte:

1. der Fall der indischen Kommilitonin Guori, der es verwehrt werden soll, an der Pädagogischen Hochschule ein Aufbaustudium zu absolvieren, und die ausgewiesen werden soll. Begründung: ihre Ausbildung als Erzieherin genüge doch für ein Entwicklungsland wie Indien.
2. wurden alle ausländischen Organisationen am Ort aufgefordert, ihre Satzung sowie die Namen sämtlicher Mitglieder abzuliefern. Sofern sie dieser Anordnung nicht Folge leisten, sind sie illegal. Da die Zusammenarbeit der Geheimdienste der BRD mit faschistischen Ländern als erwiesen gelten kann, würde die Befolgung dieser Anordnung bedeuten, daß bei der Rückkehr in ihr Heimatland viele Ausländer Gefängnis und Folter erwartet.
Deshalb ist es richtig, die Abschaffung der diskriminierenden Ausländergesetze zu fordern und stattdessen die völlige Gleichberechtigung der Ausländer zu verlangen (was der KBW immerhin auch fordert) sowie die Möglichkeit, Eingliederungshilfe wie auch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.
Es geht aber völlig am Kampf gegen die Ausländergesetze vorbei, wenn man diese dadurch unterlaufen will, daß man die Ausländer schnell und zwangsweise zu Deutschen macht. Immerhin verlieren sie in sehr vielen Fällen damit automatisch (!) auch ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft, wären also bei einer Rückkehr in ihr Land schon nach 3 oder 6 Monaten BRD-Aufenthalt Ausländer in ihrer Heimat und dort wohl ebenso reaktionären Ausländergesetzen unterworfen wie jetzt hier.
Gänzlich falsch ist es, wenn der KBW meint, daß die obligatorische Einbürgerung „gleichzeitig der beste Schutz dagegen ist, daß die Arbeiter ausländischer Herkunft bei einer eventuellen Rückkehr in ihr Heimatland individueller Repression und neuer Willkür ausgesetzt sind" (Beschlüsse der 1. ordentlichen DK.) Denn damit wäre eine Handhabe gegeben, sie als Ausländer gar nicht erst wieder in ihr Heimatland einreisen zu lassen oder sie auszuweisen, ganz abgesehen davon, daß sie auch als Ausländer in ihrer Heimat eingesperrt, gefoltert oder ermordet werden können.

ebe

BMZ

„MISS MUTTERWITZ" ODER MARIE SCHLEI ALS ENTWICKLUNGSMINISTERIN

Zum ersten Male gibt es in der BRD eine Frau als Entwicklungsministerin. Insoweit ist das schon ein guter Schritt, weil bisher nur die „weiblichen" Ressorts – Jugend, Familien, und Sozialministerium – den Frauen vorbehalten blieben.
Die Tatsache, daß jetzt eine Frau mit einem so „empfindlichen" Thema wie Entwicklungspolitik betraut wurde, scheint die bürgerlichen Journalisten empört zu haben. Der neuen Entwicklungsministerin wird nicht nur angelastet, daß sie eine Frau ist, sondern auch die Befähigung für diesen Posten wird ihr abgesprochen. Sie wird lediglich mit mütterlichen Eigenschaften und Humorsinn charakterisiert. Als Staatssekretärin im Bundeskanzleramt „hatte sie schon frühmorgens einen Herrenwitz (für den Kanzler) auf Lager und für Klaus Bölling, den Regierungssprecher, das neueste Horoskop" („Kölner Stadt-Anzeiger" 30.12.1976).
„Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" vom 26.12.1976 bringt einen Artikel mit dem Titel: „Miß Mutterwitz. Marie Schlei – kein Glücksfall für die Dritte Welt".
Zwar wird Marie Schlei „Fleiß, Disziplin und Ehrgeiz" („Kölner Stadt-Anzeiger") zugesprochen – alle Eigenschaften, über die eine Frau überdurchschnittlich verfügen muß, um im Beruf mit Männern konkurrieren zu können – aber auf der anderen Seite wird ihr Unerfahrenheit und Perspektivlosigkeit vorgeworfen.
Das Ressort des Entwicklungsministers behandelt sowieso „männliche Themen", mit denen es eine Frau offenbar (wegen des niedrigen Intelligenzquotienten) schwer haben wird . . . „Eine Frau auf dem Vorposten, der es mit Wirtschaftsabkommen und Rohstoffen, mit Schulden und dem Abbau von Handelsschwierigkeiten zu tun hat?" („Kölner Stadt-Anzeiger"). Außerdem meinen die Skeptiker: „Verhandlungspartner für Länder zu sein, in den aus rein religiösen oder weltanschaulichen Motiven eine Frau nicht als gleichwertiger Partner gilt, das sei ein Nachteil, der bei der Ernennung Marie Schleis hätte bedacht werden müssen." („Kölner Stadt-Anzeiger")



Wenn es nach Gutdünken dieser Skeptiker ginge, so sollte schon Entwicklungspolitik betrieben werden, aber nicht durch eine Frau. In diesem Punkt dürften die bestehenden Verhältnisse nicht angetastet werden.
So wird der Entwicklungsministerin eine düstere Zukunft prognostiziert. Obwohl sie „lernfähig" sei, sei da „mit Mutterwitz und Einfühlungsvermögen allein . . . nicht viel zu gewinnen." („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt").
Wir können nichts zu den entwicklungspolitischen Qualifikationen Marie Schleis sagen, aber welcher Minister ist schon sachkundig, wenn er seinen Posten übernimmt.
Den Kritikern kommt es hierbei viel weniger darauf an, zu fragen, welche Qualifikationen überhaupt ein Minister aufweisen muß, als darauf, daß jetzt eine Frau einen „männlichen" Themenbereich zu verwalten hat. Außerdem, viel wird sich sowieso in dem entwicklungspolitischen Konzept der Bundesregierung nicht ändern, egal, ob da eine Frau oder ein Mann an der Spitze steht.

rsg

Argentinien – BRD

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen deutsche Botschaft in Buenos Aires

Am 24. März 1976, kurz nach dem rechten Militärputsch in Argentinien, wurde der 36-jährige deutsche Psychologe Klaus-Dieter Genuit in Buenos Aires verhaftet. Der Grund: Er hatte bei einer Straßenkontrolle keinen Ausweis bei sich. Nach seiner Verhaftung wurde er im Gefängnis Villa Devoto in Buenos Aires und später in einem anderen Gefängnis in Olavarria unter schlimmsten Bedingungen gefangengehalten. Wie viele andere Häftlinge wurde Genuit geprügelt und die Verpflegung war so mangelhaft, daß er schwer erkrankte. Die deutsche Botschaft in Buenos Aires, die natürlich für den Schutz Genuits verantwortlich war, kümmerte sich kaum um ihn. Sie lehnte es ab, sich für seine medizinische Betreuung einzusetzen, und verließ sich stattdessen auf Aussagen von Gefängnisärzten, die – obwohl sie bereits nach 5 Minuten eine paranoide Schizophrenie bei Genuit „festgestellt" hatten – „augenblicklich keine Gefahr" für ihn erkennen konnten. Auch die Verlegung in das entfernte Olavarria beunruhigte die deutsche Botschaft nicht. „Es besteht zunächst kein Anlaß zu befürchten, daß Ihr Bruder in Olavarria schlechter als bisher behandelt wird." (Aus einem Brief der Botschaft an Genuits Schwester) Anders z. B. die italienische und die britische Botschaft: Sie holten ihre Häftlinge in ähnlichen Fällen binnen weniger Tage aus den Gefängnissen der Militärjunta heraus.
Die deutsche Botschaft wurde erst wirklich aktiv, als „amnesty international" sich um den Fall Genuit zu kümmern begann und die Sache damit politisch brisant zu werden drohte. Im Dezember wurde Genuit endlich freigelassen und ausgewiesen. Obwohl in miserablem psychischen und physischen Zustand, half ihm die BRD-Botschaft aber auch jetzt nicht weiter. Auf dem Flughafen in Buenos Aires mußte der völlig mittellose Kranke unterschreiben, die Flugkosten binnen zweier Monate zurückzuzahlen. Auf dem Frankfurter Flughafen ließ man ihn nach seiner Ankunft zwei Tage schutzlos umherirren, ehe die Bahnhofsmission ihm weiterhalf und seine Schwester in Hannover verständigte.
Diese Schwester hat jetzt Dienstaufsichtsbeschwerde beim Auswärtigen Amt eingelegt. Den Text der Beschwerde drucken wir im folgenden gekürzt ab. Angesichts der Tatsache, daß in argentinischen Gefängnissen nach dem Militärputsch 36 Deutsche verschwunden sind, von denen 13 bisher noch nicht freigelassen wurden (Angaben des AA), und die BRD-Botschaft in Buenos Aires darüber hinaus für den Schutz weiterer Personen verantwortlich ist – z. B. für Genuits Frau Alicia Calderon de la Barca, die ebenfalls noch in argentinischer Haft sitzt –, fordern wir das Auswärtige Amt auf, so rasch wie möglich die Konsequenzen aus dem Fall Genuit zu ziehen, damit kein weiterer Schaden an Leib und Leben von deutschen Staatsbürgern entsteht.

Red.

Anneliese Genuit — 3000 Hannover, den 12. 1. 1977
Clemensstraße 5

Herrn
Bundesminister des Äußeren
Hans Dietrich Genscher
Auswärtiges Amt

53 Bonn / Bad Godesberg

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde – Klaus Dieter Genuit

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Fall meines Bruders Klaus-Dieter Genuit, der sich in der Zeit vom 24. 3. 1976 – 10. 12. 1976 in argentinischer Haft befand, veranlaßt mich, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Deutsche Botschaft in Buenos Aires zu erheben.

Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang von einer Gesamtschilderung des Falles abzusehen, da ich voraussetze, daß der Fall dem Auswärtigen Amt bekannt ist.

Folgende Punkte jedoch führe ich zur Dienstaufsichtsbeschwerde an:

1. Obwohl der psychische Zustand meines Bruders äußerst kritisch war, (siehe Schreiben der Deutschen Botschaft vom 2. 9. 1976 – Untersuchung des Gefängnisarztes), hat die Botschaft davon Abstand genommen, sich für dessen medizinische Betreuung einzusetzen und sich stattdessen auf die Auskunft des Gefängnisarztes verlassen, daß „augenblicklich keine Gefahr bestehe". Dies erscheint angesichts einer diagnostizierten paranoiden Schizophrenie (Schreiben vom 2. 9. 76) unverständlich, da diese Krankheit permanent mit Medikamenten behandelt werden muß.
   Des weiteren war die Ernährung in den beiden Gefängnissen, in denen sich mein Bruder aufhielt, mangelhaft, so daß schon bald Erscheinungen einer Fehl- bzw. Unterernährung auftraten, die nur durch zusätzlichen Kauf von Nahrungsmitteln aus der Gefängniskantine hätten gemildert werden können. Obwohl mein Bruder mangels eigener finanzieller Mittel die Botschaft um finanzielle Unterstützung gebeten hatte, wurde ihm eine solche nicht gewährt, noch die Notwendigkeit derselben an mich weitergeleitet.

2. In der Zeitung „La Opinion" erschien im August 1976 ein Bericht über den Transport von Gefangenen von Villa Devoto nach Olavarria, während dessen grobe Gefangenenmißhandlungen geschahen. Dies hat die Botschaft dennoch nicht auf den Plan gerufen, sich nach dem Zustand meines betroffenen Bruders zu erkundigen, der anläßlich dieses Vorfalls am Kopf verletzt und ohnmächtig geprügelt worden war.
   Wie sehr die Botschaft die gesamte Situation des Gefangenen verkannt hat, zeigt ihre Äußerung im Schreiben vom 14. 10. 76 an mich. Ich zitiere: „Es besteht zunächst kein Anlaß zu befürchten, daß Ihr Bruder in Olavarria schlechter als bisher behandelt wird."

3. Nachdem mein Bruder infolge der Ausweisung von der Polizeistation in Buenos Aires zum dortigen Flughafen am 10. 12. 1976 verbracht worden war und die Paßkontrolle passiert hatte, wurde er nicht mehr von der Deutschen Botschaft zum Flugzeug begleitet. Gerade in dieser Zeit jedoch wäre es der Polizei ohne weiteres möglich gewesen, meinen Bruder verschwinden zu lassen, ohne daß die Deutsche Botschaft hiervon etwas bemerkt hätte. Dieses Verhalten steht in Widerspruch zu den Möglichkeiten der Deutschen Botschaft, einen deutschen Staatsangehörigen bis ins Flugzeug hineinzubegleiten und damit seine Sicherheit zu garantieren. Zum anderen hatte ich mit Schreiben vom 3. 12. 1976 auf derartige Gefahren hingewiesen. Mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 10. 12. 1976 war mir zugesichert worden, daß sich die Deutsche Botschaft um den Schutz meines Bruders bemühen würde. Dies ist offensichtlich nicht geschehen.

4. Mit Schreiben der Deutschen Botschaft vom 19. 11. 1976 wurde zugesichert, ich zitiere: „Die Passage nach Deutschland wird die Lufthansa übernehmen, so daß für Ihren Bruder durch die Reise keine Kosten entstehen."
Mit Schreiben der Deutschen Botschaft vom 2. 12. 1976 wird wiederholt: „Die Lufthansa ist bereit, Ihren Bruder kostenlos nach Deutschland auszufliegen." Dennoch wurde meinem Bruder am 10. 12. 1976 ein von der Deutschen Botschaft vorbereitetes Schreiben in letzter Minute vor dem Abflug nach Deutschland zur Unterzeichnung vorgelegt, in welchem er sich verpflichten sollte, innerhalb von 2 Monaten die Flugkosten samt anfallender Unkosten zurückzuzahlen.
Es stellt sich daher die Frage nach der Widersprüchlichkeit der Äußerungen der Deutschen Botschaft einerseits und ihrem späteren Verhalten andererseits. Lag bei meinem Bruder eine paranoide Schizophrenie vor, wie diagnostiziert wurde, so hätte die Botschaft wissen müssen, daß seine Geschäftsfähigkeit infrage stand und damit das Zustandekommen des Vertrages. Erlauben Sie mir, außerdem die Frage zu stellen, ob nicht auch hier der Punkt der Sittenwidrigkeit angeschnitten werden sollte, wenn man bedenkt in welcher Situation er sich befand: Unterzeichnen und Ausfliegen oder zurück ins Gefängnis.

5. Meinem Bruder wurde kein deutsches Handgeld mit auf die Reise gegeben, mit der Folge, daß er nicht einmal grundsätzliche Bedürfnisse und einen Telefonanruf nach Ankunft erfüllen konnte. Die weiteren Folgen hiervon sind Ihnen bekannt (2 1/2 Tage Herumirren auf dem Flughafen in Frankfurt, ohne die Möglichkeit, sich etwas zum Essen kaufen zu können).

6. Gleiches gilt im Hinblick auf die Folge der Nichtweitergabe und Nichtinformation meiner Adresse und Telefonnummer sowie fehlende Betreuungsanweisungen an die Lufthansa, wie es bei kranken Personen selbstverständlich geübt wird. Ich halte dieses Verhalten für mehr als unverantwortlich.

Sie werden sicherlich verstehen, daß derartig gravierende Vorkommnisse meinen Widerspruch hervorrufen und nicht ungeprüft bleiben können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ZUR NACHAHMUNG: Unterstützungsaktion für die politischen Gefangenen

Liebe Kollegen und Freunde,
Vom 18. bis 20. Dezember tagte in Siegen ein Kongreß von chilenischen Flüchtlingen verschiedener Europäischer Länder, deren Heimatorte vorher Süd-Chile, vor allem die Gegend von Valdivia war. Anwesend waren gebenfalls sämtliche Organisationen, die die Gefangenenarbeit in Süd-Chile unterstützen, z.B. die entsprechenden Amnesty-Gliederungen, kath. und evangelische Unterstützungsgruppen und Vertreter von uns. Dieser Konferenz lag eine Liste vor mit 41 politischen Gefangenen aus Südchile, die entweder im Gefängnis von Valdivia oder Santiago sind. Die anwesenden Organisationen haben auf Vorschlag der Chilenen beschlossen, die Unterstützungs- und Betreuungsarbeit für diese 41 Menschen entsprechend aufzuteilen. Unsere Aufgabe in Freiburg ist es nun, neben der Unterstützung des Aufbaus der illegalen Gewerkschaftsorgane der CUT und deren Unterstützung der existierenden Widerstandskomitees und der Untergrundpresse, neun politische Gefangene mit ihren Familienangehörigen zu unterstützen.
Es sind dies:

1. Hector Hormeno Salazar, verhaftet 1973, verurteilt zu 15 Jahren Gefängnis, eingesperrt im Gefängnis von Osorno (Süd-Chile), verheiratet, 12 Kinder. Er hat es abgelehnt, einen Ausweisungsantrag nach § 504 zu stellen, weil er der Meinung ist, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden müssen. Die materielle Unterstützung, bei der die chilenischen Kollegen einen Satz von monatlich 40 Dollar für die zwei Erwachsene zugrunde legen, würde sich auf 160 Dollar belaufen. (2 x 20 Dollar plus 12 x 10 Dollar pro Kind). Dies jeden Monat.
2. Sergio Bascur Torres, verhafet 1973, verurteilt zu lebenslänglich, eingesperrt im Zentralgefängnis von Santiago, hat den § 504 aus demselben Grund abgelehnt, verheiratet und drei Kinder. Seine Unterstützung beliefe sich auf monatlich 70 Dollar.
3. Jose Mansilla Hernandez, 26 Jahre, verhaftet am 12.9.1973, verurteilt im Prozeß 1448/73 zu 10 Jahren Gefängnis, eingesperrt im Gefängnis von Valdivia, hat Antrag nach § 504 gestellt, besitzt aber kein Visa aus dem Ausland, was Bedingung für die Ausreise ist. Gegen ihn läuft noch ein weiterer Prozeß. Die monatliche Unterstützung beträgt 20 Dollar.

(Es folgen Namen von 6 weiteren Gefangenen)
Die Gesamtsumme ergäbe so rund 500 Dollar. Da wir aber bei einigen die Verhältnisse nicht genau kennen, haben wir einen Mindestgrundstock von 600 Dollar für diese 9 Gefangenen angesetzt, wobei die hier angegebenen Zahlen das m i n d e s t e darstellen, was diese Gefangenen benötigen. Beispielsweise müssen die Gefangenen im Gefängnis, wollen, sie sich durch Herstellen von Kulturgegenständen o.ä., das sie dann draußen, z.B. über uns, verkaufen können, das Lebensnotwendigste selbst schaffen, das Material dafür selbst bezahlen. Bei den von uns angesetzten 600 Dollar wäre das eine monatlich aufzubringende Summe von 1.500 DM. Da diese Summe regelmäßig nach Chile gehen muß, Monat für Monat, und nach unserer Ansicht zunächst befristet auf mindestens 1 Jahr, ▶

haben wir folgenden Vorschlag und würden euch bitten, ihn ebenfalls zu diskutieren und zu unterstützen:
Es werden Dauerauftragskarten über je 10 DM gedruckt, und mit Hilfe dieser Dauerauftragskarten vom jeweiligen Spender diese 10 DM monatlich von seinem Konto abgebucht. Der Spender erhält dafür in regelmäßigen Abständen ein Informationsbulletin über die von uns betreuten Gefangenen sowie die von anderen Gruppen betreuten Gefangenen.
Beginnen soll die Aktion bereits mit einer Überwesung für Januar. Die Chile-Initiative hat zu diesem Zweck einen Grundstock von 700 DM bereitgestellt, der gesammelt worden ist.

Gewerkschaftliche Chile-Initiative, Freiburg

**Aktionsgemeinschaft
Dienst
für den Frieden e.V.
Malteserhof, Telefon 02223 - 214 93
5330 Königswinter 1 (Römlinghoven)**

Die AGDF hat eine kleine Spezialbibliothek von über 1.600 Titeln zu allen wichtigen Gebieten der Friedensforschung und der praktischen Friedensarbeit (Sozialarbeit, Abrüstung, Ökologie, Entwicklungspolitik, Religion, Theologie u.a.) zusammengestellt.
Wir bieten die Bücherei hiermit zur öffentlichen Nutzung an. Interessenten (Examenskandidaten, Entwicklungshelfer, Stipendiaten u.a.) können hier auf dem Malteserhof arbeiten oder Bücher nach Katalog per Post kostenlos (außer Porto) entleihen. Der Katalog, 2. Auflage 1976, 94 Seiten, kostet DM 5,–, die Leihzeit beträgt bis zu zwei Monaten.

VIETNAMESISCHES STUDIENWERK – EINE INITIATIVE ZUR SELBSTHILFE

Viele vietnamesische Studenten haben seit einigen Jahren Bekanntschaftmit finanziellen Poblemen gemacht. Vor der Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurden ihnen wegen ihres Engagements gegen den Krieg vom Thieu-Regime die Stipendien gestrichen und auch andere Schwierigkeiten gemacht, die finanzielle Folgen mit sich brachten. Die Solidarität der vietnamesischen Studenten geht auf diese Zeit zurück. Sie haben sich schon damals gegenseitig dabei geholfen, billige Unterkünfte und geeignete Ferienjobs zu finden.
In einigen Städten der BRD haben sie auch gemeinsame Studienunterstützungsfonds gebildet. Alle diese Initiativen sind gute Beispiele der selbstlosen brüderlichen Hilfe. Sie wurden von den vietnamesischen Studenten geleistet, die den tiefen Wunsch hegen, gemeinsam und tatkräftig am Wiederaufbau des Heimatlandes mitzuwirken.

Am 7.3.1976 sind vietnamesische Studenten aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin in Karlsruhe zusammengekommen. Sie gründeten das VIETNAMESISCHE STUDIENWERK IN DER BRD UND WEST-BERLIN (VSW). Das STUDIENWERK setzt sich u.a. zur Aufgabe, bedürftigen vietnamesischen Studenten zu helfen, damit sie ihre Ausbildung abschließen können, bevor sie in die Heimat zurückkehren, um am Aufbau des Landes mitzuwirken.
Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung direkt gewählt, er arbeitet ehrenamtlich. Er sammelt Spenden und verwaltet den Unterstützungsfonds. Wenn Unterstützung gewährt wird, darf nur die soziale Lage des Antragstellers in Betracht gezogen werden. Der Vorstand muß über alle Einnahmen und Ausgaben jährlich öffentlich Rechenschaft ablegen. Die Studenten möchten durch die Bildung des VIETNAMESISCHEN STUDIENWERKS nicht nur ihrer materiellen Notlage wirksam entgegentreten, sondern auch aktive Solidarität untereinander üben. Gleichzeitig wollen sie ihren Landsleuten in der Heimat zeigen, daß sie gewillt sind, sich selbst zu helfen, um ihre Ausbildung abschließen zu können.

In der augenblicklichen Situation, in der sich Vietnam anstrengt, die Kriegsfolgen zu beseitigen, ist Selbsthilfe ein bescheidener, aber wirkungsvoller Beitrag zum Wiederaufbau des Landes.

AUFRUF

Das VIETNAMESISCHE STUDIENWERK ruft alle Freunde Vietnams auf, dem „Freundeskreis der vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland beizutreten.
Das Ziel dieses Freundeskreises ist es, das VIETNAMESISCHE STUDIENWERK zu unterstützen.
Viele vietnamesische Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), deren sehnlichster Wunsch es ist, am Wiederaufbau ihres Landes teilzunehmen, befinden sich heute in einer sozialen Notlage.

Durch Ihren Beitritt zum Freundeskreis können Sie dazu beitragen, die soziale Notlage dieser Studenten zu lindern.
Durch den Freundeskreis haben Sie die Möglichkeit, mit vietnamesischen Studenten direkt Kontakt aufzunehmen. Damit können Sie auch einen Beitrag zum Kulturaustausch und zur Verständigung zwischen den Bürgern der Bundesrepublik Deutschlands und Vietnams leisten.

Das VIETNAMESISCHE STUDIENWERK wird regelmäßig Informationen über die eigene Arbeit und die Tätigkeit des Freundeskreises veröffentlichen und wird kulturelle Veranstaltungen durchführen

**Der Vorstand des VIETNAMESISCHEN STUDIENWERKS
Der Vorsitzende
Do Ngoc Quynh
Neuhauser Straße 3, Telefon (0711) 45 16 86
7 Stuttgart 70**

Leserbriefe

Ich habe die „blätter" seit einem Jahr abonniert und bin mit jeder Nummer überrascht, wie ihr zu den schwierigsten und problematischsten Themenbereichen informationsreiche und fundierte Analysen und Stellungnahmen über die Situation der Länder in der Dritten Welt liefert. In einem Wort ausgedrückt, mir gefallen die „blätter" ausgezeichnet, was den Inhalt betrifft.
Eine kritische Anmerkung möchte ich aber doch machen. Ich stimme zwar inhaltlich mit Euch überein, glaube aber, daß die „blätter" für ein größeres Publikum oft zu schwierig geschrieben sind. Zwar weiß ich nicht, wer Eure Zeitschrift liest, bzw. wen Ihr damit erreichen wollt, ich meine aber, daß es manchem interessierten Laien schwerfallen wird, bestimmte Artikel zu verstehen.
Wahrscheinlich seht ihr dieses Problem auch, ich weiß auch, wie schwierig es ist, „allgemeinverständlich" zu schreiben. In diesem Zusammenhang würde mich mal interessieren, wie hoch Eure Auflage ist und ob Ihr wißt, welche Leser Ihr erreicht.

Eckhard Finsterer

Zur Information: Die Druckauflage der „blätter des iz3w" beträgt zur Zeit 5000. Davon werden ca. 3500 an Abonnenten verschickt, der Rest wird durch Einzelverkauf über uns oder andere Vertriebsstellen (Buchläden, Dritte-Welt-Gruppen etc.) abgesetzt. Auflage und Abonnentenzahl haben kontinuierlich ansteigende Tendenz.
Wir versuchen, mit den „blättern" hauptsächlich solche Leser anzusprechen, die unsere Informationen für ihre eigene Arbeit verwenden und sie dann an andere Personen weitervermitteln. Also: Lehrer, Jugendgruppenleiter, Pfarrer, Jounalisten. Eine Leserumfrage im Frühjahr 1974 ergab, daß sich die Leserschaft der „blätter" – neben vielen Schülern und Studenten – tatsächlich zur Hauptsache aus diesen Berufsgruppen zusammensetzt.

Bitte senden Sie mir noch 4 Exemplare von Nr. 55 (August 1976) der „blätter" wegen der ausgezeichneten Analyse der Situation in der VR China.

Christa v. List

Ich bin selber außerordentlich an den Problemen der Dritten Welt interessiert, und bin auch durchaus der Meinung, daß die politische Seite die primäre ist. Insofern finde ich den Ansatz Eurer Zeitung prinzipiell sehr gut; Ihr seid da ja auch einigermaßen allein da. Mein Bedürfnis an Eurer Zeitung war, die Informationen, die mir von den bürgerlichen Medien vorenthalten werden, nach denen aber meine marxistische Sicht verlangt, durch Eure Zeitung zu bekommen. Sicher – Ihr bringt auch recht viel Information. Was Ihr aber falsch macht: Ihr könnt vom Interpretieren nicht lassen. Eure Interpretationen mögen sogar richtig sein! Doch so wie Ihr interpretiert, werde es ich und die anderen sicher genau so auch können! Und dabei seid Ihr so schrecklich in Phrasen versunken. Manchmal habe ich den Eindruck, Ihr habt aufgehört, Euer politisches Bewußtsein zu reflektieren, so leblos und ohne Kraft klingt das, was Ihr sagt. Ich habe dasselbe an der eigenen Haut erlebt – und es ist wirklich ein elementarer Fehler, vor dem sich zu hüten sich tatsächlich lohnt. Es ist verdammt schwer, politisch zu denken und zu handeln. Und das auch noch konsequent zu tun. Die Gefahr dabei ist das innerlich Austrocknen.

Und dann ist da noch Euer Standpunkt zur Gewalt, zur revolutionären Gewalt zwar, doch für mich ziemlich unreflektiert. Bedauerlicherweise gebt Ihr Euch keine Mühe, ihn mir – der ich mich als Anarchisten bezeichnen möchte – auch nur in blassen Zügen klar zu machen. Und ich glaube kaum daß Ihr da bei Leuten, die bisher an einer Entfaltung ihres politischen Bewußtseins gehindert wurden, besseren Erfolg haben werdet. Im Gegenteil: Ihr werdet eher die einprogrammierten Abwehrreaktionen auslösen. Bitte!: kommt von der Gefahr des Dogmatismus weg. Er bedeutet den sicheren Untergang der linken Bewegung, die durch ihn ohnehin schon genug gelitten hat in der letzten Zeit.
Vielleicht folgt Ihr mir politisch nicht. Dann nehmt mich wenigstens bitte aus taktischen Gründen ernst. Es ist ja schließlich auch eine wichtige Sache.

Stephan Flemming

An Spenden gingen 1976 auf unser Konto:
Für die ZANU: 1.632,62 DM
Für die Erdbebenopfer von Guatemala: 12.155,27 DM

Übrigens möchte ich Euch ein großes und solidarisches Lob für Euer Heft „Frauen in der 3. Welt" aussprechen. Fand ich sehr gut!

Uta Gerweck

Herzlichen Dank für das Probeheft „blätter des iz3w" Nr. 57, das Sie mir auf Anfrage geschickt haben. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, daß ich nicht abonniere: mir mißfällt der antisowjetische Ton in bezug auf Indien (meinen Informationen nach hat Indira Gandhi viel Positives erreicht; ferner besteht seit langem Klarheit darüber, daß Indien eine starke Hand braucht, wenn schon die Revolution a la China nicht möglich ist). Ferner besteht Ihr Artikel über Caboverde aus Gemeinplätzen ohne jede handfeste Information.

Rudolf Sowade



Bei dem angesprochenen Artikel über Caboverde handelt es sich vermutlich um den Text „Perspektiven für die Frauen der Kapverden", Nr. 57, Nov. 76, S. 46 f. Dieser Artikel stammt nicht von uns, sondern wir haben ihn – nicht zuletzt in der Funktion eines Dokumentes über die Rolle der Frau in den Befreiungsbewegungen der kapverdischen Zeitung „Voz di Povo" vom 6. 3. 76 in der Übersetzung der Amilcar Cabral Gesellschaft, Münster, übernommen. Ausführliche Informationen über den Aufbau in der Republik Kapverde enthalten die „blätter des iz3w", Nr. 58, Dez. 76, S. 19 ff.